

Dienstag, 28. August 1984 - D ＊＊＊

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 201 - 35.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Rüstung: Unter das Rubrum „psychologische Kriegsführung" ordnet die NATO die Mitteilung Moskaus über die erfolgreiche Erprobung weitreichender Marschflugkörper ein. Es sei seit langem bekannt, daß die Sowjets solche Waffen entwickeln. (S. 4)

SS-20: Die Sowjetunion verfügt jetzt über insgesamt 378 Mittelstreckenraketen vom Typ SS-20, von denen 243 gegen Westeuropa gerichtet sind, teilte die Bundesregierung mit.

Asyl für Besetzer: Die zehn Türken, die 1982 das türkische Konsulat in Köln besetzt und 50 Geiseln genommen hatten, haben inzwischen in der Bundesrepublik politisches Asyl erhalten. Sie verbüßen Haftstrafen zwischen vier und viereinhalb Jahren.

„Hitler-Tagebücher": Der Befangenheitsantrag der Verteidiger des ehemaligen „Stern"-Reporters Heidemann gegen die elfte Große Strafkammer ist abgelehnt worden. Damit kann der Prozeß heute weitergehen. (S. 5)

Abgewiesen: Panama verweigerte dem britischen Frachter „Pacific Fisher" die Durchfahrt durch den Kanal, weil das Schiff Plutonium geladen hatte.

Polen: Auf die im vergangenen Monat verfügte Amnestie werden keine weiteren Schritte des Entgegenkommens gegenüber der Opposition folgen, stellte die Parteizeitung *„Trybuna Ludu"* gestern fest. Sie reagierte damit auf die in jüngster Zeit wieder verstärkt von der Opposition und auch der Kirche erhobene Forderung nach mehr Pluralismus in den gesellschaftlichen Organisationen.

Indien: Trotz der Unruhen im Land sollen die Parlamentswahlen nach Angaben von Ministerpräsidentin Gandhi wie vorgesehen im Januar stattfinden. (S. 5)

Israel: Die sozialistische Mapam-Partei, die sechs Abgeordnete stellt, will das Fraktionsbündnis mit den Sozialdemokraten von Simon Peres aufkündigen, falls dieser eine große Koalition mit dem Likud-Block eingeht.

Streit um Jordan: UNO-Beobachter haben die Quellflüsse des Jordan in Südlibanon inspiziert, jedoch offenbar keinen Beweis für libanesische Behauptungen gefunden, daß Israel das Wasser nach Galiläa ableiten wolle.

Heute: Südafrikas Inder wählen ihre neugeschaffene Parlamentskammer.

ZITAT DES TAGES



„Die Kirche ist kraft ihrer Sendung überall dort zu offenem Widerstand aufgerufen, wo Grundwerte und Grundrechte des Menschen in das Belieben und dadurch in die willkürliche Verfügbarkeit des Einzelnen oder der Gesellschaft abzugleiten drohen"

Papst Johannes Paul II. anläßlich der Entgegennahme des Beglaubigungsschreibens des neuen deutschen Vatikan-Botschafters Peter Hermes FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Chemieindustrie: Die Gesamtbranche konnte in den ersten sechs Monaten ihren Umsatz um neun Milliarden DM oder 14,4 Prozent auf 71,4 Milliarden DM steigern. Für das Gesamtjahr wird ein reales Wachstum von fünf Prozent erwartet. (S. 9)

Krankenkassen: Nach der gemäßigten Kostenentwicklung im Medizinbetrieb im vergangenen Jahr sind die Ausgaben der Krankenversicherer im ersten Halbjahr wieder deutlich stärker gestiegen. Falls sich der Trend fortsetzt, sehen die Ortskrankenkassen die Beitragsstabilität gefährdet. (S. 9)

Touristen-Rekord: In Großbritannien wird für dieses Jahr mit deutlich mehr als 13 Millionen Touristen gerechnet. Der bisherige Rekord lag bei 12,6 Millionen im Jahre 1978. Stark zugenommen hat die Zahl der Besucher aus den USA. (S. 10)

Benzinpreise: Auch der jüngste Versuch der Ölgesellschaften – der 16. in diesem Jahr – die Preise anzuheben, ist gescheitert. Sie liegen weiterhin um rund zwölf Pfennig unter dem Niveau des Vorjahres.

Börse: Schleppender Geschäftsverlauf führte an den Aktienbörsen zum Wochenbeginn zu etwas leichteren Kursen bei den meisten Standardwerten. Der Rentenmarkt war freundlich. WELT-Aktienindex 143,5 (143,8). Dollarmittelkurs 2,8717 (2,8694) Mark. Gold: Keine Notierung. Börse in London wegen Feiertag geschlossen.

KULTUR

Riesenbilder: In der Ebene von Nazca, dem rund 450 Kilometer südlich von Lima gelegenen Zentrum der indianischen Zivilisation des 1. bis 8. Jahrhunderts, sind neue Riesenzeichnungen entdeckt worden. Sie sind überwiegend in tiefen Furchen in die Erde gegraben. (S. 15)

Theater: Neue Rekorde kündigen die deutschsprachigen Schauspielbühnen der Bundesrepublik, Österreichs und der Schweiz an. Einhundertneunzig Ur- und Erstaufführungen sind für die Spielzeit 1984/85 geplant, 20 mehr als im Vorjahr. Hinzu kommen 660 Stücke aus dem Reportoire. (S. 15)

SPORT

Fußball: Fehlstart für den früheren Bundestrainer Jupp Derwall in der Türkei. Sein Klub Galatasaray Istanbul unterlag vor eigenem Publikum Denizlisport 0:1.

Leichtathletik: Zdena Silhava (CSSR) stellte mit 74,56 m einen neuen Weltrekord im Diskuswerfen auf. Bisher: Meczynski, „DDR" – 73,36 m.

AUS ALLER WELT

Massaker: Bei sieben der acht Personen, die bei Neapel von einem Killerkommando ermordet wurden, handelt es sich um namhafte Angehörige der Unterwelt. Die Polizei erwartet jetzt einen neuen Waffengang zwischen verfeindeten Camorra-Banden. (S. 16)

Wohnhaus in Flammen: Bei einer der schwersten Brandkatastrophen in der Bundesrepublik wurden in Duisburg sieben Türken, darunter vier Kinder, getötet und 23 verletzt. Brandstiftung wird nicht ausgeschlossen. (S. 16)

Wetter: Teils heiter, teils wolkig, überwiegend trocken. Um 23 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Geißler bleibt im Amt – Arbeit der Regierung wird gestrafft

Kohl erwartet mehr Disziplin in der Koalition / Genscher lobt Umweltpolitik

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Zügel in Bonn wieder in die Hand genommen. Selbstbewußt und zielsicher nahm Kohl vor dem CDU-Präsidium zu dem „Sommertheater" Stellung, das sich belastend für das Koalitionsklima und das Bild der Bundesregierung insgesamt ausgewirkt hat. Ohne Namen zu nennen meinte Kohl, im Sommer seien „einige unnütze Interviews" gegeben worden. Politiker der Regierungsparteien sollten aufhören, sich gegenseitig öffentlich Ratschläge zu geben oder auf Kosten des Partners zu profilieren.

Als „blanken Quatsch" bezeichnete der Bundeskanzler Bericfité, wonach er an eine Ablösung von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler denke. Da sei nichts dran. Ob Geißler auch über 1985 hinaus das Amt des Generalsekretärs beibehalten wird, entscheidet sich auf dem CDU-Bundesparteitag vom 20. bis 22. Mai in Essen, wenn er zur Wiederwahl ansteht. Kohl hat sich vor dem Parteipräsidium dazu nicht geäußert. Geißler selbst hat erklärt, er stehe zur Verfügung.

Der Bundeskanzler, der mit einem ausführlichen Bericht „zur Lage" die über sechsstündige Präsidiumssitzung eröffnete, räumte „Probleme" in der Zusammenarbeit zwischen Regierung, Bundestagsfraktionen und den von der Union regierten Bundesländern ein. Er werde sich dafür einsetzen, daß der Informationsaustausch und der Abstimmungsprozeß künftig „reibungsloser" gestaltet werden, sagte Kohl, der allerdings keine neuen Mechanismen dafür vorschlug. Ausdrücklich widersprach er Mutmaßungen, zwischen ihm und dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, gebe es zum Beispiel in der Deutschlandpolitik Meinungsverschiedenheiten. Dies sei nicht der Fall. Dregger, der entgegen ursprünglichen Absichten seinen Urlaub unterbrochen hatte, um an den Beratungen in Bonn teilzunehmen, stimmte dieser Aussage des Kanzlers ausdrücklich zu.

Die Situation der FDP spielte in der CDU-Präsidiumssitzung ebenfalls eine Rolle. Kohl sagte, natürlich habe der kleinere Partner seine Probleme. Aber diese müsse die FDP selber lösen. „Es ist nicht klug, wenn man ihr von außen Ratschläge gibt." Auch in diesem Zusammenhang nannte Kohl, wie Teilnehmer berichteten, keine Namen. Aber in der Sitzung wurde dieser Hinweis des Kanzlers allgemein als Reaktion auf das kürzliche Interview von Geißler gedeutet, der sich kritisch mit der FDP und deren programmatischen Zielsetzungen befaßt hatte. Die CSU, so war zu hören, spielte in dem Bericht Kohls ebenfalls eine Rolle. Der Kanzler, so hieß es, habe sich sehr differenziert geäußert und dabei sehr wohl zwischen Aussagen von CSU-Politikern in München und in Bonn unterschieden.

Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Theo Waigel, hatte sich gestern verhalten kritisch zum Erscheinungsbild der Koalition geäußert. Die Regierungsarbeit, so Waigel, sei grundsätzlich positiv zu bewerten, jedoch widersprach er der Einschätzung, das Hauptproblem der Koalition sei „die totale Überlastung durch den Arbeitsanfall" gewesen. Waigel: „Es kann nicht so sein, daß man wegen Arbeitsüberlastung sagt,

● Fortsetzung Seite 8

SED verstärkt Druck auf Oberschüler

Schule soll „nachhaltigen Einfluß" auf die weltanschauliche Erziehung nehmen

H.R. KARUTZ, Berlin

Mit neuen, vom jetzt beginnenden Schuljahr an geltenden Lehrplänen aus dem Hause von Volksbildungsministerin Margot Honecker will die SED ihren Einfluß auf Denken und Handeln der „DDR"-Oberschüler weiter verstärken. Die verbindlichen Agitations-Vorgaben betreffen vom 1. September an Hunderttausende 14- bis 17jährige Schüler der Klassen 8, 9 und 10. Die Partei ist mit dem bisherigen Ergebnis der politischen Erziehung offenbar unzufrieden. Der Unterricht soll „nachhaltigen Einfluß auf die weltanschauliche, politische und moralische Erziehung" nehmen.

Ziel der neu gefaßten Richtlinien ist es offenbar, den Schülern den „allmählichen Übergang zum Kommunismus" im eigenen Land als zwangsläufige Tatsache hinzustellen. Im Lehrplan für die 10. Klasse werden vier Schwerpunkte als entscheidend genannt: Der „Nachweis", daß der Sozialismus die „bestimmende Kraft" der Gegenwart sei und sich der Imperialismus in der „historischen Defensive" befinde. Der „unerbittliche Kampf zwischen Sozialismus und Imperialismus" sei die Drehachse des gesamten politischen Weltgeschehens. Der Unterricht müsse die Schüler zur Einsicht bringen, daß sich die Krise des Imperialismus „ständig vertiefe und vor allem daraus seine wachsende Aggressivität" hervorgehe.

Schärfer als bisher hoben die Autoren der Pläne aus dem Ministerium von SED-Generalsekretär Honeckers Ehefrau auch die Rolle der SED hervor: „Wichtigste Grundlagen für den Unterricht sind Abschnitt I des Programms der SED sowie die in den Materialien der Parteitage der SED und KPdSU vorgenommenen Analysen der internationalen Lage."

Trotz der ex cathedra festgestellten Überlegenheit des Kommunismus werden den Schülern jedoch auch „erschwerende Bedingungen" für weitere „DDR"-Erfolge genannt.

● „Verknappung und Verteuerung der Roh- und Brennstoffe, verschärfter Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt, Zuspitzung der Situation im internationalen Klassenkampf, Wirtschaftskrieg der USA und der NATO gegen den Sozialismus."

● Da der Klassenfeind bekanntlich nicht schläft, seien die Schüler zu befähigen, sich offensiv mit ideologischen Angriffen des Imperialismus auf die sozialistische Planwirtschaft ... und die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei auseinanderzusetzen".

● Auch auf Mängel in der eigenen Gesellschaft sollen die Schüler eingestimmt werden: „Auseinandersetzungen mit Auffassungen und Lebenshaltungen, die einen hohen individuellen Konsum ohne Bereitschaft zu entsprechender Leistung erstreben", heißt ein Lernziel.

Auf Vokabeln wie „Klassenfeind" oder „Gegner" – wie auch auf jeden Hinweis auf die Bundesrepublik – verzichten die Partei-Pädagogen.

DER KOMMENTAR

Freizeitgeist

PETER GILLIES

Schon lange haben die Deutschen das Vorurteil entkräftet, sie lebten nur, um zu arbeiten. Beim Jahresurlaub halten sie den Weltrekord. Freizeit ist ihnen lieb und – vor allem – teuer. Für Hobby und Urlaub, Spiel und Sport geben sie viel Geld aus. Die Steigerungsraten für die Wachstumsbranche „Freizeitkonsum" übertreffen seit Jahren die der Einkommen deutlich. Schon längst sei, so meinen Spötter, das Kampflied der Arbeiter verfremdet: „Brüder, zur Wonne, zur Freizeit ..."

Der Mensch, so heißt es, sei ein spielerischer. Der Wohlstand von heute gibt ihm die Zeit und das Geld für jene Neigungen, denen er sich zuwenden möchte. Den einen gilt als Gipfel erholsamer Muße, einfach die Seele baumeln zu lassen, den anderen das Campen, Autofahren, das Filmen oder die Verdübelung der Wohnung. Über den Wert kostspieliger Steckenpferde mag jeder für sich befinden. Aber die Chance für das eine oder das andere bietet ihm das mancherorts verschmähte Wirtschaftswachstum. Man erinnere sich: In den fünfziger Jahren verschlang das Grundbedürfnis Nahrung die Hälfte eines Durchschnittsverdienstes, heute nur noch ein Viertel.

Der hohe Lebensstandard ist nicht für bestimmte Einkommensschichten reserviert. Er hat alle erfaßt. So ist das Begriffspaar „Alt gleich Arm" widerlegt, die Statistiker attestieren den Rentnern gar den „dynamischsten" Freizeitkonsum. Ihre Freizeitgestaltung ähnelt immer stärker der der Erwerbstätigen, was gewiß auch damit zusammenhängt, daß immer mehr Arbeitnehmer früher in Rente gehen. Wenn Ruheständler mehr und länger urlauben, so ist auch das Sozialpolitik.

So verbergen sich hinter dem spröden Begriff „Sozialprodukt" mehr Wirklichkeiten als Einkommen und ihre Verwendung. Unter anderem jene, daß Freizeit weit mehr als eine schiere Erholungsfunktion der Arbeit darstellt. Gleichwohl hängen beid^ voneinander ab. Auch nach dem überflüssigen Arbeitskampf mag niemand behaupten, man köne Zeit und Qualität der produktiven Arbeit senken und gleichzeitig den Freizeitkonsum erhöhen. Das eine wie das andere unterliegt strukturellen wie konjunkturellen Widrigkeiten.

Hierzulande ist niemand verpflichtet, in seiner Freizeit „freiwillige" Aufbauschichten zu leisten. Der Blick in die Statistik eines Wachstumsmarktes zeigt aber auch: Für den homo ludens gehören Freizeit und Freiheit zusammen.

Bulgarien sieht neue Initiative der Sowjetunion

DW. Bonn

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Mischnick hat in Bulgarien den Eindruck gewonnen, daß die Sowjetunion zu einer Neuaufnahme der Ost-West-Verhandlungen bereit ist. Wie Mischnick gestern im Deutschlandfunk über seine Gespräche mit dem bulgarischen Staatschef Todor Schiffkow und dem Vorsitzenden der Bauernpartei, Tantschew, sagte, sei es für ihn deutlich spürbar geworden, daß „beide davon ausgehen, daß zu Beginn des nächsten Jahres eine Offensive aus der Sowjetunion kommen wird, um die Verhandlungsmöglichkeiten wieder auszuschöpfen".

Zur Sicht des deutsch-deutschen Verhältnisses in Sofia sagte Mischnick, daß es „ein ureigenes Interesse auch von Bulgarien ist, daß zwischen den beiden deutschen Staaten nicht nur ein vernünftiges Verhältnis besteht, sondern daß man auch in der Lage ist, Probleme, die vorhanden sind, miteinander zu lösen, und nicht gleichzeitig die ganzen Paktsysteme zu belasten".

In diesem Sinne betrachte Bulgarien auch seinen eigenen Balkanbereich. Selbstverständlich sei die bulgarische Außenpolitik in die Gesamtpolitik des Warschauer Paktes eingebettet, aber es gebe sich viel Mühe, „über die Grenzen des eigenen Paktsystems hinaus durch enge Kontakte mit Griechenland und der Türkei dafür Sorge zu tragen, daß untereinander möglichst keine Konflikte entstehen", sagte Mischnick, der gestern von Sofia aus zu Gesprächen mit führenden Politikern nach Rumänien weiterflog.

Seite 2: Schiffkow zwinkert

Rumänien geht gegen Kritiker des Regimes vor

DW. Bukarest

Die Behörden Rumäniens gehen offensichtlich verstärkt gegen regimekritische Intellektuelle vor. Wie aus Dissidentenkreisen in Bukarest bekannt wurde, sollen kürzlich die Zensur verschärft und mehrere Schriftsteller verhaftet worden sein. Gleichzeitig hieß es, der Schriftsteller Sandulescu und der Filmschaffende Daneliuc hätten dem Zentralkomitee der KP Rumäniens ihre Mitgliedskarten zurückgegeben, um gegen den „Totalitarismus, die Verstöße gegen die Pressefreiheit und die Meinungsfreiheit" zu protestieren. Sandulescu soll seitdem zweimal von der Polizei verhört worden sein. Er hat um die Genehmigung nachgesucht, mit seiner Frau und seinen beiden Kindern in die USA zu emigrieren.

Die Rückgabe der Mitgliedskarte ist eine der letzten Möglichkeiten der Intellektuellen in Rumänien, um öffentlich gegen die Kulturpolitik der Regierung zu protestieren. Dieser Schritt hat einen Bruch mit dem Regime zur Folge. Die beiden Künstler folgten dem Beispiel Nicolae Steinhardts, der sich ebenfalls um eine bisher verweigerte Ausreiseerlaubnis in die Vereinigten Staaten bemüht. Ihm war vor kurzem die Teilnahme an einem Dichtertreffen in Belgien verweigert worden.

Im Zuge der Maßnahmen der Behörden wurde auch das Haus des Essayisten Steinhardt durchsucht. Er hatte vor einigen Monaten einen Artikel gegen die elitäre Kultur veröffentlicht, der eine Vielzahl rumänischer Schriftsteller und Philosophen huldigen.

Reederei will Behälter mit Urangas bergen

DW. Paris

Die französische Reederei CGM bemüht sich um die Bergung von 450 Tonnen Urangas, mit dem der Frachter „Mont Louis" nach einer Kollision vor der belgischen Küste gesunken war. Wie die Schiffahrtsgesellschaft erklärte, würden die 30 Container mit *Uranium-Hexafluorid, ein radioaktives* Gas, das bei der Anreicherung von Uran verwendet wird, keine Umweltgefährdung bedeuten. Man habe aber mit Versicherung und Eigentümer der für den sowjetischen Hafen Riga bestimmten Ladung Kontakt aufgenommen, wie man die Behälter aus 15 Metern Tiefe bergen könne. Wie die CGM erklärte, habe sich die Besatzung vor Verlassen des Schiffs vergewissern können, daß die Stahlbehälter unversehrt waren. Sie seien so gebaut, daß sie bis zu einem Jahr unter Wasser dicht blieben. Der zuständige Staatssekretär Lengagne versicherte, eine Verseuchung des Wassers sei nicht zu befürchten.

Seite 16: Frachter

Neuordnung der Ruhrkohle wird nicht genehmigt

DW. Düsseldorf

Das Bundeskartellamt will die angestrebte Neuordnung der Besitzverhältnisse an der Ruhrkohle AG (RAG) nicht genehmigen. Wie ein Sprecher des Berliner Amtes gestern erklärte, hat es den betroffenen Unternehmen am Freitag schriftlich seine Absicht mitgeteilt, die Übernahme von Ruhrkohle-Anteilen in Höhe von 31 Prozent durch die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen (VEW) und die Westdeutsche Landesbank Girozentrale (WestLB) abzulehnen. Diese Lösung sah die Gründung einer gemeinsamen Tochter vor, an der VEW mit 51 Prozent und WestLB als Treuhänder des Landes Nordrhein-Westfalen mit 49 Prozent beteiligt sein sollten.

Wie ein Sprecher weiter erklärte, haben die Unternehmen nun Gelegenheit, zu der Vorentscheidung des Kartellamtes Stellung zu nehmen. Eine endgültige Entscheidung ist in drei bis vier Wochen zu erwarten.

Seite 9: Beteiligung

Polnische Panzer treffen in CSSR zu Manövern ein

DW. Prag

Das tschechoslowakische Fernsehen hat Aufnahmen von der Ankunft polnischer Panzer in der CSSR anläßlich der für Anfang September an einem noch nicht genannten Ort angesetzten Manöver des Warschauer Paktes gezeigt. Zuvor war das Eintreffen *ungarischer Panzer gezeigt worden.* An den Übungen nehmen nach offiziellen Angaben 60 000 Soldaten teil. Seit Jahresanfang haben schon drei bedeutende Militärübungen des Warschauer Paktes stattgefunden. Nach Ansicht westlicher Militärexperten unterstreicht das vorzeitige Eintreffen der Truppen die Bedeutung der Manöver. Beobachter wiesen darauf hin, daß in Zentraleuropa seit 1968 keine derartigen Truppenkonzentrationen mehr registriert worden sind.

Auch die NATO wird im Herbst eine der größten Übungen ihrer Geschichte abhalten, an der 250 000 Mann teilnehmen sollen.

Seite 2: Panzer im Fernsehen

„Dynamische Rentner" sind reiselustig

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Den neuen „dynamischen Rentnertyp" hat jetzt das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) ausgemacht: Er gestaltet seinen Lebensabend aktiv, geht viel auf Reisen, fährt mehr als noch vor einigen Jahren mit dem Auto, gibt dafür jedoch vergleichsweise weniger für Bücher, Zeitschriften, Zeitungen, Radio und Fernsehen, für Gartenpflege und Tierhaltung aus. Dafür stehen bei dem neuen Typ Heimwerken und Basteln höher im Kurs als früher. Überhaupt: Bei dem, was er in der Freizeit macht, unterscheidet er sich kaum noch von anderen.

Generell sind die Freizeitausgaben der privaten Haushalte in den vergangenen Jahren stärker gestiegen als die Einkommen. Bei den Rentnern - hier wird für 1983 ein monatliches Haushaltseinkommen von weniger als 1800 Mark angesetzt - wuchs der Anteil des Freizeitkonsums am Haushaltseinkommen zwischen 1965 und 1983 von 5,2 auf 8,9 Prozent. Bei Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen (1983: 2450 bis 3700 Mark) kletterte die Quote während dieses Zeitraums von 9,5 auf 12,6 Prozent. Und selbst die Haushalte mit höherem Einkommen (1983: 4750 bis 6500 Mark im Monat) erhöhten ihre Ausgaben für Freizeitaktivitäten an ihrem Budget noch auf 13,6 Prozent, 1965 waren es 11,9 Prozent.

Wurden die Einkommen der Rentner zwischen 1965 und 1983 um ein Prozent erhöht, so gaben sie 1,4 Prozent mehr für die Freizeit aus. Die Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen steigerten ihren Freizeitkonsum um 1,3 Prozent und die besserverdienenden Beamten- und Angestelltenhaushalte um 1,1 Prozent.

Die gesamten Freizeitausgaben der Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen, die in etwa den deutschen Durchschnittshaushalt repräsentieren, betrugen im vergangenen Jahr monatlich 438 Mark. Mit 807 Mark lagen die Freizeitaufwendungen der Beamten- und Angestelltenhaushalte deutlich darüber, die der Rentnerhaushalte mit 141 Mark erheblich niedriger. Allerdings: Die Rentner steigerten ihren Freizeitkonsum am deutlichsten, und zwar um gut elf Prozent jährlich.

Der Anteil des Urlaubs am gesamten Freizeitbudget nahm bei den Haushalten mit mittlerem und höherem Einkommen nur mäßig zu. Der Grund: Die lang andauernde Konjunkturschwäche, vor allem das Arbeitsplatzrisiko und das gedämpfte Einkommenswachstum. Es wurde nicht weniger gereist, sondern während des Urlaubs weniger ausgegeben. Anders bei den Rentnern: Ihre Urlaubsausgaben am Freizeitkonsum schnellten von 17 auf 33 Prozent nach oben.

Die Konjunktur hat überdies auf die Urlaubsplanung der Rentner wenig Einfluß; ganz anders als bei den anderen Haushalten: Verschlechterte sich die Konjunktur, dann sparten sie am Urlaub.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Drusische Blockade

Von Peter M. Ranke

Alle Regierungsstellen in Beirut beteuern, daß der Hubschrauber-Absturz vorige Woche, bei dem der drusische Stabschef Nadim Hakim mit acht anderen Offizieren ums Leben kam, ein Unglücksfall und kein Sabotageakt gewesen sei. Dabei hatte Drusenchef Dschumblatt bei den Trauerfeiern in seinem Schloß Mukhtara selber gefragt: War es Mord?

Der Fürst und Parteiführer der Drusen fürchtet auch um sein eigenes Leben. Die Ermordung seines Vaters 1977 ist ihm ständige Erinnerung daran, wie Politiker enden können, die sich nicht mit den syrischen Herren arrangieren wollen. Wie damals ist es heute wieder ein Drusenchef, der sich in Libanon querlegt. Walid Dschumblatt gilt bei Präsident Gemayel, Regierungschef Karame und den sie stützenden Syrern als „obstruktiv", als der Mann, der zur Zeit alles blockt.

An Kabinettssitzungen nimmt Dschumblatt nicht mehr teil. Die Regierung, der er als Minister für öffentliche Arbeiten und Tourismus angehört, nennt er nur noch die „sogenannte". Präsident Gemayel ist sein Erbfeind. Sein Besuch in Damaskus letzte Woche blieb ohne Ergebnis. Denn Dschumblatt bleibt dabei: Die Armee kommt nicht in unsere Berge, oder nur als drusische Truppe. Erst muß es politische Regelungen zu unseren Gunsten geben. Und außerdem muß noch Südlibanon von den Israelis befreit werden.

Vorher will der Drusen-Chef nicht den von Damaskus und Gemayel abgesegneten Sicherheitsplan akzeptieren, der die Öffnung der Straße nach Damaskus, der Küstenstraße und die Entsendung der libanesischen Armee in die Schuf-Berge vorsieht. Die Folge ist weitere Unsicherheit in Beirut.

Drusenmilizen bleiben weiter in Stellung gegen die Armee vor Souk-el-Gharb, oberhalb Beiruts im Schuf-Gebirge. Sie beschießen die Soldaten fast täglich. Dort und an der Küste blockieren sie die Straßen nach Südlibanon, und Dschumblatt handelt schon wie der eigenwillige Herrscher eines Teilstaates, ähnlich wie die Christenpolitiker nördlich Beiruts.

Aber Syrien will ganz Libanon, nicht nur Teile. War also der Absturz des Hubschraubers mit dem führenden Dschumblatt-Militär vielleicht doch kein Unglücksfall?

Panzer im Fernsehen

Von Carl Gustaf Ströhm

Wird das größte Manöver des Warschauer Pakts, das im Rahmen der diesjährigen *Militärübungen* stattfindet, auch das letzte sein? In der Tschechoslowakei haben sich Truppen aller Paktstaaten des Ostens – mit Ausnahme Rumäniens – *zu den umfassendsten militärischen Übungen* versammelt, die seit 1978 abgehalten wurden. Mehr als sechzigtausend Soldaten und tausende Panzer nehmen daran teil. Dann aber kommt der Winter, und dann, im Frühjahr 1985, läuft der Warschauer Pakt aus.

Nach den sowjetischen Sondermanövern ohne Beteiligung der anderen Paktstaaten, als Moskau die Schlagkraft seiner eigenen Besatzungstruppen in der „DDR" und Tschechoslowakei ohne Hilfe der sogenannten Bruderländer demonstrieren wollte, wird die jetzt anlaufende Übung auch dazu dienen, die Bindung der osteuropäischen Armeen an den sowjetischen Oberbefehl deutlich zu machen. Gerade zu der Zeit, da in den osteuropäischen Politbüros und in den Armeekommandos bereits darüber diskutiert wird, was nach dem Warschauer Pakt kommt, muß den Marschällen Ustinow und Kulikow daran gelegen sein, gewisse Pflöcke einzuschlagen.

Die militärische Philosophie *lautet:* Wir Sowjets können auch ohne euch „sozialistische Brüder" militärisch vorgehen, sogar gegen den Westen – deshalb fand das sowjetische Juni-*Manöver*, bei dem die *neuen* Kurzstreckenraketen getestet wurden, auch in unmittelbarer Grenznähe statt, was einigen Alarm auf westlicher Seite ausgelöst hat –; gleichzeitig aber sind wir durchaus imstande, die brüderliche Kontrolle über die Bruderarmeen aufrechtzuerhalten.

Die böhmischen Manöver des Warschauer Pakts werden übrigens, anders als die „einseitigen" Juni-Übungen der Sowjetarmee, durch die östlichen Medien publik gemacht. Durch das tschechoslowakische Fernsehen gehen Bilder von Panzern und schwerem Gerät. So diskret man im Juni war, so offen stellt man sich im August dar. Nicht nur in Richtung Westen, sondern auch gegenüber den eigenen „Allierten". Das hängt gewiß auch mit der politischen Wetterlage und den internen Diskussionen im Ostblock zusammen.

Schiwkow zwinkert

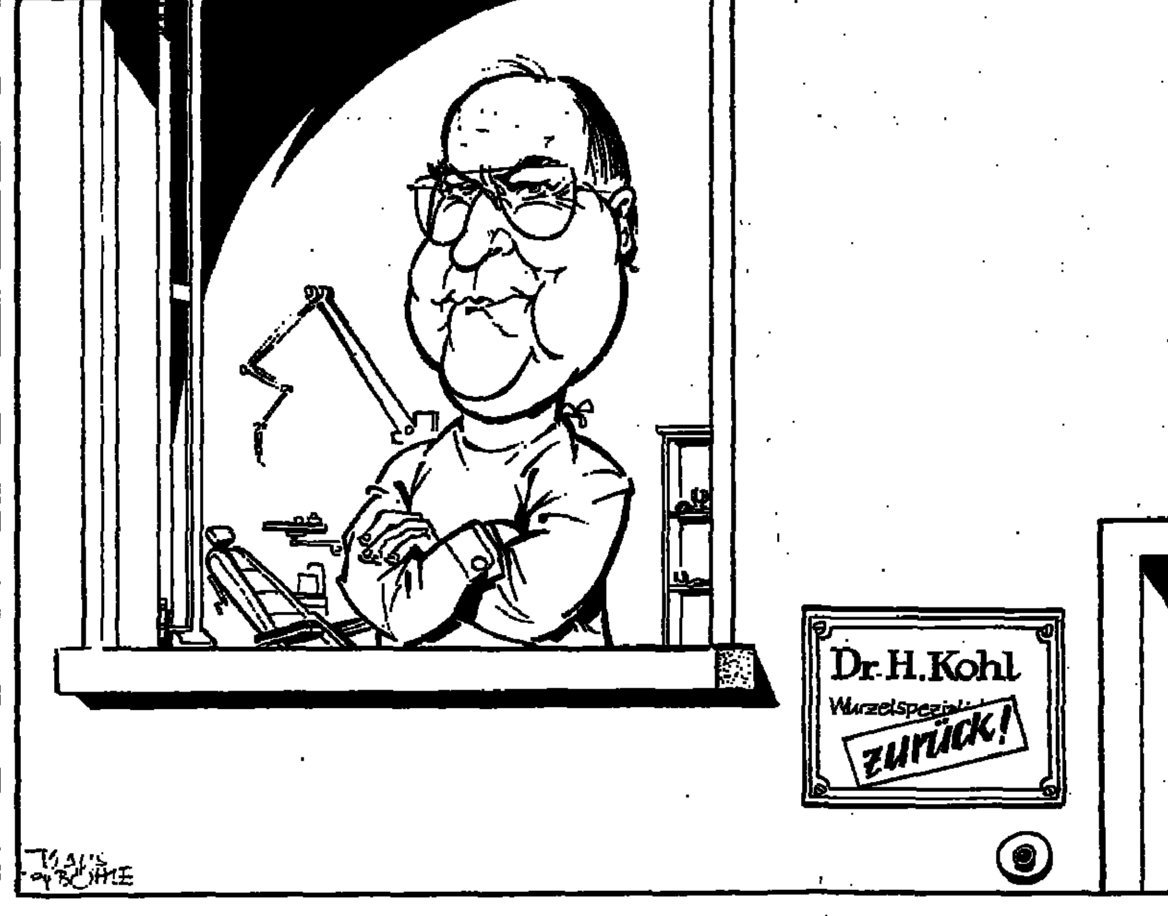
Von Enno v. Loewenstern

In Bulgarien also erwartet man, das ist Mischnicks Eindruck aus seinen Gesprächen dort, „daß zu Beginn des nächsten Jahres eine Offensive aus der Sowjetunion kommen wird, um die Verhandlungsmöglichkeiten wieder auszuschöpfen" – eine Offensive in Richtung USA. Damit wird zwar auch im Westen gerechnet, aber als Insider-Information aus dem Ostblock ist das eine nützliche Bestätigung.

Es würde zugleich eine besonders plausible Erklärung dafür abgeben, warum Schiwkow und Honecker ihre Westkontakte so unverdrossen auch unter *Kreml-Grolltönen* weiterpflegen: wenn sie schon damit rechnen, daß im Frühjahr alles wieder von vorn losgeht, warum sollen sie zwischendurch eine Teil-*Eiszeit* veranstalten und alle Kreditkontakte abbrechen? Im nächsten Jahr wäre der Neubeginn mühsam, und man weiß auch nie, ob die UdSSR nicht die Pause nutzt, um einiges von diesen Geschäftsmöglichkeiten an sich zu ziehen.

Ggeenüber dem Kreml ist diese Unbekümmertheit freilich nicht unbedingt loyal. Die Vormacht wird dargestellt, als sei sie nicht ernst *zu nehmen*. Den Leuten im Westen, die alles als Theaterdonner abtun und nach Reagans Wahl mit einem Moskauer Einlenken rechnen, wird bestätigt, daß man das im Osten genau so sieht und sich augenzwinkernd verständigt, wie Kinder, die sich über den Streit ihrer Eltern lustig machen. Da Moskau aber keine politischen Mittel hat außer Lärm und Einschüchterung, kann es darüber nicht glücklich sein, daß aus den eigenen Reihen souffliert wird: Viel Lärm um nichts.

Bleibt die Frage, woher der als vorsichtig bekannte Schiwkow seine *Einschätzung hat. In diesen* Tagen werden in Moskau halböffentliche Hinweise darauf verbreitet, daß Tschernenko krank und eine Situation wie in Breschnews und Andropows letzten *Monaten eingetreten sei. In solchen Lagen* haben die Bewahrer allemal die Vorhand, während derjenige, der sich als Kronprinz empfehlen möchte, unter der Hand Änderungen zum *Besseren zu versprechen pflegt.* Was auch immer die Auguren im Glacis mitbekommen haben: es zeigt nicht unbedingt, wie es kommen muß, aber es zeigt die Stimmung.



KLAUS BÖHLE

Kolumbianisches Risiko

Von Günter Friedländer

Während das Waffenstillstandsabkommen der kolumbianischen Friedenskommission mit der „Bewegung des 19. April" (M-19) unterschrieben wurde, flog ein Hubschrauber schwerverwundete Kämpfer des M-19 zur ärztlichen Behandlung nach Bogotá. Eine Gruppe des M-19 war auf dem Weg zum Ort der Zeremonie von der Polizei aufgefordert worden, ihre Waffen abzugeben. Sie hatte diese Aufforderung – nach eigener Schilderung der Aufständischen – „selbstverständlich" mit einem Angriff auf die Ordnungshüter beantwortet: „Wir konnten uns doch nicht demütigen lassen!"

Dieser jüngste Zwischenfall gefährdete für kurze Zeit abermals die Unterzeichnung des Abkommens; schließlich rettete sie das *persönliche Eingreifen* des Präsidenten Belisario Betancur. Kurz vorher hatten zwei andere blutige Episoden die Unterzeichnung in Frage gestellt: die Ermordung des Ideologen des M-19, eines Arztes namens Toledo Plata, durch bisher *unbekannt gebliebene* Täter, *und* der Überfall des M-19 auf die Industriestadt Yumbo, der vierzig Todesopfer forderte.

Das alles zeigt, wie prekär die Lage geblieben ist. Nur eine Woche vor der Unterzeichnung sagte Betancur *in einer Rede anläßlich* des Jahrestages des Wachregimentes der Präsidentschaft: „Unser Land durchlebt sehr schwere Augenblicke ... Überall treten die Schatten von Attentaten und der Terrorismus an die Stelle der Verständigung und des Dialogs." Solche Worte zeigen, welche Zweifel den stets optimistischen Präsidenten zuweilen schütteln.

An die Stelle der Amnestie, die der Staat immerhin in seiner Souveränität gewährte, ist nun ein Waffenstillstand von einem Jahr getreten. Das ist einmal bedeutsam, weil dadurch die Guerrilla als gleichberechtigter Vertragspartner des Staates anerkannt worden ist, also das Ziel erreicht hat, das die Baader-Meinhof-Bande in der Bundesrepublik vergeblich anstrebte. Und zweitens hat sie dies Ziel erreicht, ohne irgendwelche Zugeständnisse gemacht zu haben, die über die Waffenruhe selber hinausgehen. Ihre Mitglieder tragen, so wird von der Heeresleitung berichtet, weiter die Uniformen des Heeres und Waffen, obwohl die Verfassung das ausdrücklich verbietet. Und die Umwandlung des Waffenstillstandes in einen Friedensvertrag hängt davon ab, daß die der Guerrilla vorsprochenen, bisher aber in keiner Weise definierten sozialen und wirtschaftlichen Reformen ihren Erwartungen entsprechen – was nicht erwartet werden kann, denn die Guerrilla will nicht Reformen, sie will die Macht; Reformen sind immer nur der Vorwand. Die Lage in Kolumbien scheint jetzt haargenau der internationalen zu entsprechen, die Sir James Goldsmith, der Herausgeber der Pariser Wochenschrift „L'Express", mit den folgenden Worten beschreibt:

„Viele unter uns möchten gern glauben, daß die uns trennenden Probleme durch Verhandlungen und beiderseitigen guten Willen gelöst werden können. Leider müssen wir erkennen, daß, wir keinen dauernden Frieden durch Verhandlungen finden können: Was die Sowjets wirklich wollen, kann nicht Gegenstand von Verhandlungen sein. Wir können ihnen nicht das Recht auf fortschreitende imperialistische Eroberungen geben."

Der Vergleich ist angebracht, weil einerseits die Guerrilleros, die den Waffenstillstand unterzeichneten, nach eigenem Eingeständnis die Ziele des Sowjetkommunismus verfechten, und weil andererseits Kolumbiens Befriedung als ein Modell für Lateinamerika gedacht ist. Zweifel erfüllen viele Kolumbianer. Man kann sie in Gesprächen ebenso wie in der Presse beobachten. Im übrigen ist im Gegensatz zu allen Hoffnungen der Waffenstillstand nicht komplett: Das von Fidel Castros Revolution inspirierte ELN (Heer der nationalen Befreiung) lehnt jeden Waffenstillstand ab.


Waffenstillstand mit Löchern: Regierungsvertreter Bernardo Ramirez (l.) und Guerrillaführer Alvaro Fayat nach der Unterzeichnung FOTO: AP

Das ELN ist kleiner als die Gruppen, die ihn unterzeichneten, aber vom Waffenstillstand enttäuschte Elemente werden sich ihm anschließen. Eine mit dem Waffenstillstand unzufriedene Gruppe der FARC (Bewaffnete revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens) hat bereits unter eigener Fahne kämpferische *Aktionen aufgenommen*.

Die Regierung will dieser Gefahr mit einem Gesetz begegnen, das die *Amnestie* von 1982 mit einer allgemeinen Begnadigung derer ergänzt, die sie nicht annahmen. Das Gesetz soll das Ergebnis „eines nationalen Übereinkommens" sein.

Diese Maßnahme kann jedoch nur gerechtfertigt werden, wenn sie wirklich Kolumbiens Bürgerkrieg beendet. Davon kann bisher kaum die Rede sein. Man hört und *liest immer wieder*, daß „das Heer" die Guerrilla verdächtigt, den Waffenstillstand nur als Atempause zu benutzen, um sich zu reorganisieren, neu zu bewaffnen und inzwischen ihr Image für die Öffentlichkeit aufzupolieren, was dank der ungewollten Mitarbeit der Medien gelingen könnte. Es ist jedoch ungerecht, diesen Verdacht immer dem Heer zuzuschreiben. Er wird von sehr vielen Bürgern geteilt.

Betancur kann mit Recht sagen, daß er neue Voraussetzungen für die Befriedung Kolumbiens hergestellt hat. Nun aber muß die Guerrilla darauf aufbauen und ihren Beitrag leisten. Nichts zeigt bisher, daß sie das verstanden hat, daß sie überhaupt eine derartige Verpflichtung empfindet. Wenn aber Betancur sich verkalkuliert hat, werden die Folgen unabsehbar sein.

IM GESPRÄCH Wladimir Bykow

Pazifischer Vorposten

Von Ladislaus Hory

Eine brisante diplomatische Affäre zeigte im Januar 1980, wie geduldig der Sowjetimperialismus ein subversives ideologisches und politisches Netz im Stillen Ozean ausspannt: Der neuseeländische Sowjetbotschafter Wsewolod Schofinskij bekam den diplomatischen Laufpaß, weil er dabei ertappt worden war, *daß* er eine ansehnliche Summe aus den subversiven Fonds des KGB diskret, aber illegal an die sowjettreue Kommunistische Partei Neuseelands verschob, die unter der Tarnkappe des harmlos anmutenden Etiketts „Sozialistische Einheitspartei" ihre Maulwurftätigkeit ausübt.

Nun besuchte eine Delegation der *Neuseeländer Sozialistischen* Einheitspartei die Sowjetunion vom 8. bis zum 20. Mai. Gleich danach ernannte das Präsidium des Obersten Sowjets einen neuen Baumeister zur Realisierung der Sowjetträume im weiten Inselparadies. Der bisherige *Botschaftsrat in London*, Wladimir Bykow, wurde zum Sowjetbotschafter in Neuseeland auserkoren. Er wird die UdSSR auch in Tonga und Westsamoa vertreten. Hinter dieser lapidaren Mitteilung verbirgt sich ein neuer wichtiger Vorstoß der Sowjetdiplomatie.


Bei der Unesco bewährt: Sowjetdiplomat Bykow FOTO FIELDS

Wer ist der 52 Jahre alte Fuchs in der goldbestreßten Diplomatenuniform? Seit 27 Jahren bewährt er sich auf dem glatten Parkett der internationalen Diplomatie, vor allem 1973 in Washington im Rang eines Botschaftsrats. Seine Glanznummern hat er jedoch im Pariser Unesco-Palais vorgeführt. Vor allem seiner Leistung von 1974 bis 1976 ist es zu verdanken, *daß die Unesco eine* neue Weltmedienordnung entwarf, die mit der Presse- und sonstigen Medienfreiheit weltweit Schluß gemacht hätte. In jener Zeit war Wladimir Bykow der stellvertretende Repräsentant der Sowjetunion bei dieser Weltorganisation in der französischen Hauptstadt. Die USA haben eben wegen dieser Weltmedienordnung ihren Austritt aus der Unesco angekündigt, was, wenn es vollzogen werden sollte, den Zusammenbruch der Organisation zur Folge haben müßte.

Nach getaner Arbeit wurde Bykow nach Moskau zurückgerufen und mit einem sogenannten „Seniorauftrag" im Außenministerium betraut. Es war keine Endstation. Man muß nicht nur das Schofinskij-Intermezzo studieren, um zu wissen, worin seine Aufgabe besteht. Bykow hat sich bei der Unesco als diskreter Einflußnehmer bewährt. Neuseeland hat soeben allen amerikanischen Nuklear-Kriegsschiffen die Besuche untersagt *und den Anzus-Pakt* somit *in* ernste Gefahr gebracht. Wladimir Bykow darf zeigen, was er kann; er hat so etwas wie die Chance seines Lebens bekommen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Zur Lage der CDU heißt es hier:

Daß sich die politische Spekulation nun dem CDU-Generalsekretär als einem Sündenbock für eine verpatzte Sommerpause zuwendet, dies paßt ins Bild eines Regierungsunternehmens, dessen beliebteste Requisiten die Fettnäpfchen zu sein scheinen. Gewiß, Geißler operiert zuweilen im rüden Stil, aber es gibt keine herzeigbaren Anhaltspunkte dafür, daß ihn die Doppelfunktion von Gesundheitsminister und Generalsekretär überfordern könnte. Wenn andere ihre Geschäfte so gut im Griff hätten wie er, der Regierungschef hätte einen geruhsameren Urlaub verbracht.

LES ECHOS

Die Ungewißheit über den Gesundheitszustand Tschernenkos ist Thema eines Kommentars der Pariser Wirtschaftszeitung:

Seit dem 15. Juli hat man ihn nicht mehr gesehen, und selbst wenn so etwas im öffentlichen Leben der sowjetischen *Spitzenpolitiker nichts* Außergewöhnliches ist, läuft die ganze Ungewißheit auf die Frage hinaus, ob Konstantin Tschernenko in der Lage ist, wirklich sein Land zu führen. So wiederholen sich die Vorgänge, die dem Tod Breschnews vorausgegangen waren. Bei der Machtübernahme durch einen Mann über siebzig und mit schlechter Gesundheit war das vorauszusehen. In zwei Jahren haben die Zeiten sich jedoch geändert und sind noch gefährlicher geworden.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Die Zeitung fragt sich, ob die Erklärungen Dreggers von Ost-Berlin nicht zum Vorwand genommen werden, um den Besuch doch noch scheitern zu lassen:

Dieser plötzliche Zorn ähnelt auf teuflische Weise einem Vorwand für einen Bruch, denn er steht in keinem Verhältnis zu der Bedeutung der Äußerungen Dreggers. *Er hebt sich jedenfalls* kraß von der bisherigen Unbeirrbarkeit Ost-Berlins gegenüber dem von den Sowjets gemachten Wirbel ab. Wenn die ostdeutsche Regierung dem sowjetischen Druck gehorchend den Besuch schließlich doch absagt, wäre dies nur ein scheinbarer Sieg des Kremls. Natürlich könnte man wieder einmal die perfekte Kontrolle des „Großen Bruders" über die Entscheidungen seiner untertänigen Satelliten konstatieren, aber der heimliche Groll der Ostdeutschen, die doch eigentlich die diszipliniertesten Vasallen sind, könnte auf lange Sicht verheerende Folgen haben.

Die Presse

Zur Einführung der „Euroscheibe" an den deutsch-österreichischen Grenzübergängen schreibt das Wiener Blatt:

An den Grenzübergängen zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland stauten sich die Autokolonnen, und die Grenzkontrolleure hatten alle Hände voll zu tun, um *verwirrte Lenker* wieder *in die* richtige Bahn zu dirigieren. Viele hatten Sinn und Zweck des weißen „E" auf grünem Grund noch nicht verstanden und wollten sich im wahrsten Sinne des Wortes auf der bevorzugten Europspur „durchschmuggeln". Es wird *wohl noch etliche Wochen dauern, bis* die erhoffte Beschleunigung im innereuropäischen Grenzverkehr wirklich greift. Einen Vorwurf kann man freilich Politikern nicht ersparen: Wenn sie schon die Grenzabfertigung für Nachbarn erleichtern wollten – *warum* hat *man dann* diesen Schritt nicht schon im Frühjahr, also vor Beginn der Reisewelle, gesetzt?

Wenn dem Kunden „grundlos" der Kredit verweigert wird

Seltsame Wege des Datenschutzes / Von Benjamin Michaels

Der Datenschutz strebt neuen Verbesserungen entgegen. Banken und Sparkassen scheinen bereit zu sein, Bankauskünfte über private Kunden nur noch in Fällen einer ausdrücklichen Zustimmung zu erteilen. Die Verbraucher haben *demnach also einen neuen Sieg auf* dem Kriegsschauplatz „informationelle Selbstbestimmung" errungen. Oder ist es ein Pyrrhussieg?

Um das zu klären, muß man sich überlegen, was Bankauskünfte eigentlich sind. Sie sind Informationen, die Banken über die wirtschaftliche Situation ihrer Kunden aus ihrer Sicht geben. Bankauskünfte werden eingeholt von anderen Banken oder Sparkassen, bei denen die gleichen Kunden Kredite aufnehmen wollen.

Hier will man nicht in der Intimsphäre der Kunden herumschnüffeln. Banken *sind vielmehr* verpflichtet, sich über die Bonität von Kreditnehmern zu erkundigen, da sie ja nicht ihr eigenes Geld ausleihen, sondern das ihnen von Sparern anvertraute. Liehen sie es ohne korrekte Prüfung an Personen aus, die eine Rückzahlung nicht gewährleisten, so machten sich die Banken der Veruntreuung von Spargeldern schuldig und würden völlig zu Recht von den Bürgern angegriffen, die ihnen ihr Geld anvertraut haben.

Wie aber, wenn nicht durch Einholung neutraler Auskünfte, soll denn die kreditgebende Bank die vom Kreditnehmer gemachten Angaben überprüfen? Wie soll sie denn sicherstellen, daß Kredite, also ihr anvertraute Gelder, nur an solche Personen gelangen, die dieser Kredite würdig sind und die Gewähr dafür bieten, die Kredite in der vorgesehenen Zeit zurückzuzahlen? Allein die Schuldnerlisten der Amtsgerichte, also diejenigen Listen, in denen die von unpfändbaren Personen abgegebenen eidesstattlichen Versicherungen und *Haftanordnungen verzeichnet* sind, weisen zur Zeit Eintragungen von mehr als zwei Millionen auf. Daß diese Personen einen erhöhten Kreditbedarf haben, steht außer Frage. Daß diese Personen aber absolut kreditunwürdig sind, wird jeder objektive Beobachter ohne Einschränkung zugeben. Andererseits aber zeigt die tägliche Erfahrung, daß gerade solche Personen nicht geneigt sind, Auskünfte über sie selber zuzulassen; vielmehr versuchen sie mit allen Mitteln, ihre *Kreditunfähigkeit zu verschleiern*.

Es verwundert, daß die Abneigung gegen die Überprüfung privater Kreditnehmer gerade aus solchen Kreisen kommt, die auf der anderen Seite immer wieder laut gegen die Wirtschaftskriminalität zu Felde ziehen und dabei den Eindruck zu erwecken versuchen, als wäre Wirtschaftskriminalität auf Subventionsbetrüger und Steuerhinterzieher beschränkt. Tatsächlich vollzieht sich ein großer Teil wirtschaftskrimineller Tätigkeit im privaten Bereich. Und zwar vor allem dort, wo kreditunfähige Privatpersonen – nicht *zuletzt unter Ausnutzung* vorgeblicher datenschutzrechtlicher Notwendigkeiten – ihre wahren Verhältnisse verschleiern und sich dadurch Kredite erschleichen. Die Volkswirtschaft wird hierdurch erheblich belastet.

Wie wird also in Zukunft die Abwicklung eines Kreditantrages bei einer Bank laufen, wenn der Antragsteller ausdrücklich oder durch Andeutungen kundtut, er wolle der Einholung einer Bankauskunft nicht zustimmen? Die Bank wird, *falls sie den künftigen Kunden* nicht doch von der Notwendigkeit der Zustimmung überzeugen kann, darauf verzichten müssen, den Kredit auszugeben. Oder aber sie wird Sicherheiten verlangen, die ein Kreditnehmer eben in aller Regel gerade nicht beibringen kann.

In der Tagesroutine wird, und dahin geht der Trend schon jetzt, die gesamte Problematik der Zustimmung am Kunden völlig vorbeilaufen. Er wird, falls er seine Zustimmung nicht von sich aus erteilt, gar nicht bemerken, daß der Kredit deshalb nicht gegeben wird, weil *er einer Bankauskunft nicht* zugestimmt hat. Das sogenannte Recht auf informationelle Selbstbestimmung kann nämlich nur ausgeübt werden, wenn man überhaupt weiß, wie man dieses Recht im Einzelfalle zum eigenen Nutzen in die Waagschale werfen soll. Es ist aber nicht zu erwarten, daß im Massenkreditgeschäft, vor allem bei den Kleinkrediten, bei den Banken Informationsstellen eingerichtet werden, die die jeweiligen, von bestimmten Kreisen bewußt desin*formierten Kunden* über *die* Notwendigkeit der Zustimmung zur Einholung einer Bankauskunft aufklären. Warum sollten die Banken das auch tun? Hernach könnte es heißen, sie hätten ihre Kunden zu einer Selbstentblößung überredet.

Wahrscheinlich täten die Verbraucher gut daran, auf Banken und Sparkassen einzuwirken, daß sie sich um die Beibehaltung des früheren Zustands bemühen. Der hat niemandem geschadet; vielmehr wurde das Massenkreditgeschäft zum Nutzen der Verbraucher schnell, reibungslos und kostengünstig abgewickelt. Aber wenn nicht, dann sollte man sich um Aufklärung bemühen, ehe Massen überraschter – *durchaus kreditwürdiger* – Kunden staunend vor abgelehnten Krediten und verdorbenen Wünschen stehen.

Aus Ulbrichts Not machen die Nachfahren eine Tugend

Nie zuvor hat die „DDR" so deutlich das preußische Erbe für sich in Anspruch genommen wie in einer Ausstellung, die zur Zeit in Österreich stattfindet. Das Überraschende: Preußen wandelt sich in dem hier präsentierten Geschichtsbild vom aggressiven zum defensiven Staat.

Von CARL G. STRÖHM

Die „DDR" hat die deutsche Geschichte für sich entdeckt. Der SED-Staat, der unter Ulbricht alle historischen Reminiszenzen an die „reaktionäre" und „militärische" Vergangenheit der Deutschen buchstäblich wegsprengte (man denke an das unter Ulbricht vernichtete Berliner Schloß) – präsentiert sich jetzt als Nachfolgestaat Preußens und Bewahrer preußisch-deutscher Traditionen.

Es entbehrt nicht eines gewissen *Hintersinns (und ist wohl auch nicht* unbeabsichtigt), daß diese neue Selbstdarstellung der Honecker-Republik ihren bisher deutlichsten Ausdruck auf dem Boden Österreichs gefunden hat. In der niederösterreichischen Schallaburg bei Melk, einer der schönsten Renaissance-Anlagen nördlich der Alpen, zeigt das Bundesland Niederösterreich in Zusammenarbeit mit amtlichen Stellen der „DDR" eine Ausstellung unter dem eigentümlichen Titel „Barock und Klassik – Kunstzentren des 18. Jahrhunderts in der Deutschen Demokratischen Republik".

Was die Besucher – unter ihnen auch viele Deutsche aus der Bundesrepublik – zu sehen bekommen, ist eine von marxistischer Ideologie weitgehend freigehaltene einzige Verherrlichung Preußens unter Friedrich dem Großen und des Kurfürstentums Sachsen unter August dem Starken, der ja zugleich König von Polen war. Da sieht man Canalettos Gemälde des wunderbaren, durch Bomben vernichteten Dresden und liest im Katalog aus der Feder eines „DDR"-Wissenschaftlers die Feststellung, daß sich in Sachsen „innerhalb des Reiches neben der habsburgischen eine wettinische (sächsische) Großmacht etablierte". Beide – Habsburg und Sachsen – seien „gleichermaßen gewichtig durch außerdeutsche Rechtstitel" gewesen.

Der wissenschaftliche Ausstellungsleiter, Professor Joachim Menzhausen aus Dresden (er ist dort Direktor der staatlichen Kunstsammlungen) präsentiert den Österreichern eine interessante Interpretation preußischer Politik im 18. Jahrhundert, die *ja damals in erster Linie anti-österreichisch* war. Der Kurfürst von Brandenburg habe sich durch die habsburgisch-sächsische Konstellation und deren Übergreifen nach Polen „bedroht" gefühlt und habe daraufhin 1701 mit der „Selbsternennung" zum König von Preußen reagiert. Auch er habe sich auf „Besitz außerhalb des Reichs" gestützt. Menzhausen deutet hier an, erwähnt aber nicht ausdrücklich, daß dieser „Besitz außerhalb des Reiches" Ostpreußen war und die Krönung in Königsberg erfolgte, einer Stadt, die heute den Namen „Kaliningrad" trägt und von der UdSSR annektiert wurde.

Preußen erscheint also im Katalog der „DDR"-Ausstellung aus der Sicht prominenter „DDR"-Historiker nicht als aggressive, sondern als defensive Macht, die sich – so Menzhausen – einer feindlichen „Aufmarschbasis" gegenübersah, die „bis fast vor die Tore Berlins" reichte. Dadurch habe – so der Dresdner Historiker – das habsburgische Herzogtum Schlesien eine neue strategische Position – die Schlüsselposition – innerhalb des nun beginnenden Machtkampfes (zwischen Brandenburg-Preußen einerseits, Habsburg und Sachsen andererseits) erhalten. Klingt das nicht wie eine Rechtfertigung der Eroberung Schlesiens durch die Preußen?

Weiter meint der „DDR"-Historiker Menzhausen, „daß Preußen am ernsthaftesten bedrängt war". Die Ausstellung, in deren Mittelpunkt die Büste Friedrich II. (des Großen) von Eckstein steht – sie zeigt den verbitterten, kantigen Gesichtsausdruck des Königs – ist gewissermaßen als Entschuldigung, wenn nicht sogar als Rechtfertigung preußischer Großmachtpolitik angelegt. Hier wird sogar die These vertreten, daß der kulturelle Glanz und die kulturelle Leistung Preußens mit dieser Großmachtstellung unauflöslich zusammenhängen. So schreibt der „DDR"-Historiker Menzhausen im Ausstellungskatalog über Friedrich: „Der Freund der französischen Aufklärungsphilosophie bekam 1740 die höchstentwickelte und stärkste Militärmacht der Region in die Hand und hatte sie zu gebrauchen ..."

Die Formulierung „hatte sie zu gebrauchen" zeigt bereits, daß Friedrich – oder der „Alte Fritz", wie er von seinen Untertanen teils respekt-, teils liebevoll genannt wurde – nach heutiger „DDR"-Auffassung kein militärischer Übeltäter (mehr) ist, sondern ein Herrscher, der sich in einer gewissen Zwangslage befand. Mit deutlich hörbarem Stolz schreibt der Historiker aus Dresden im Katalog der Schallaburg: „Der Mann (Friedrich), der die musische Zurückgezogenheit liebte, erkämpft in seinem Land den Rang einer Großmacht und ließ das in den ästhetischen Mustern des hohen Absolutismus manifestieren. Dem entsprach die Noblesse des Weinbergschlößchens Sanssouci, die Feinheit seines Porzellans und die hohe Kultur seines Möbels ..."

Die „DDR" hat Gemälde, Plastiken und andere Gegenstände nach Österreich geschickt, die vor 1945, als das Reich noch eine Einheit bildete, im Bewußtsein historisch interessierter Deutscher gegenwärtig waren, jetzt aber aus der Vergessenheit auftauchen wie die untergegangene Stadt Vinta aus dem Meer: Knobelsdorffs Bildnis Friedrichs des Großen, Cunninghams Gemälde „Rückkehr Friedrichs und seiner Generäle", Baupläne und Bilder von Potsdam, sogar das Frühstücksservice des Preußenkönigs aus der Berliner Porzellan Manufaktur, das „Tabakskollegium" Friedrich Wilhelm I., des „Soldatenkönigs", dann Leutnant Katte, der Friedrich bei seinem Fluchtversuch behilflich war und deshalb vom strengen Vater des damaligen Kronprinzen hingerichtet wurde. Und natürlich – die Freundschaft Friedrichs mit dem französischen Philosophen Voltaire.



Gefeierter Urahn: Der „Alte Fritz" (Büste von Johannes Eckstein) FOTO: VOTAVA

Das Lob des großen Preußenkönigs setzt sich bei *Hans-Joachim* Giersberg, Direktor des Schlosses Sanssouci, fort. Er schreibt für die Schallaburg-Ausstellung über die Wandlungen, die Preußen damals durchmachte: „Aus dem Tabakskollegium Friedrich Wilhelms I. im *Stadtschloß, bei dem er Bier* trank und sich mit derben Späßen unterhielt, war die Tafelrunde Friedrichs II. im Schloß Sanssouci geworden, wo Voltaire mit dem König und dessen Freunden beim Wein philosophische Gespräche führte.

Und es findet sich in seiner Darstellung ein Ausspruch des „Alten Fritz": „Potsdam! Potsdam, das brauchen wir, um glücklich zu sein ... Ich gestehe, ich liebe es, zu bauen und zu schmücken." Der jetzige Direktor des Schlosses bemerkt dann, Potsdam gelte als das „deutsche Versailles" oder als das „preußische Rom". Auch das ist ein sehr interessanter Unterton – denn von Abgrenzung oder gar von der *bis vor kurzem kultivierten* „sozialistischen" deutschen Extra-Nation ist hier nicht mehr die Rede.

Auch der militärischen Vergangenheit Preußens treten die offiziellen „DDR"-Veranstalter der Ausstellung in Österreich offensichtlich ganz unbefangen, ja sogar positiv gegenüber. Das friedrizianische Potsdam sei, so heißt es in der einleitenden Darstellung aus der Feder des Sanssouci-Direktors, beides gewesen: „Athen und Sparta, Feldlager und Gartenepikurs, Trompeten und Violinen, Krieg und Philosophie".

Ob die „DDR" die Fernwirkungen einer solchen Selbstdarstellung bewußt in Kauf genommen hat, bleibt eine Frage. Ein Zufall kann es aber schwerlich sein, wenn der SED-Staat das preußische Erbe mit einer solchen Zielstrebigkeit „besetzt", daß es manchmal schon aussieht, als bliebe für Bonn nicht mehr allzuviel davon übrig.

Amerika zieht den elektronischen Zaun noch höher

Mit einem hochmodernen Frühwarnsystem ersetzen die USA zur Zeit die veralteten Radaranlagen in Thule auf Grönland. Das neue System ermöglicht durch größere Reichweite, exaktere Identifizierung und längere Vorwarnzeit eine bessere Reaktionsfähigkeit auf einen eventuellen atomaren Angriff der Sowjets.

Von A. BÄRWOLF

Aus der Schneewüste von Grönland recken sich seit 24 Jahren gigantische Gebilde in den arktischen Himmel. Die gitterartigen Strukturen sehen aus wie überdimen*sionierte Fußballtore. Energiefächer* von zehn Millionen Watt greifen unsichtbar in den Himmel.

Die vier gigantischen Tore auf Grönland sind Teil der Station Eins des amerikanischen Frühwarnsystems BMEWS (Ballistic Missile Ear*ly Warning System). Jedes der vier* „Tore" ist 121 Meter lang und 50 Meter hoch. Und die Fächer aus Energie im Mikrowellenbereich decken einen Sektor von 160 Grad ab. Alle ballistischen Atomraketen der Sowjetunion, die diesen Fächer durchfliegen wür*den, wären durch ihr Radarecho* erfaßt und elektronisch registriert.

Lichtgeschwind würden in so einem Fall auf den großen Projektionswänden im Nordamerikanischen Verteidigungskommando NORAD bei Colorado Springs, im unterirdischen Hauptquartier des Strategischen Bomberkommandos SAC und im „War Room" im Pentagon, im Washingtoner Verteidigungsministerium, die von Computern errechneten Einschlagsbahnen der nuklearen Gefechtsköpfe erscheinen.

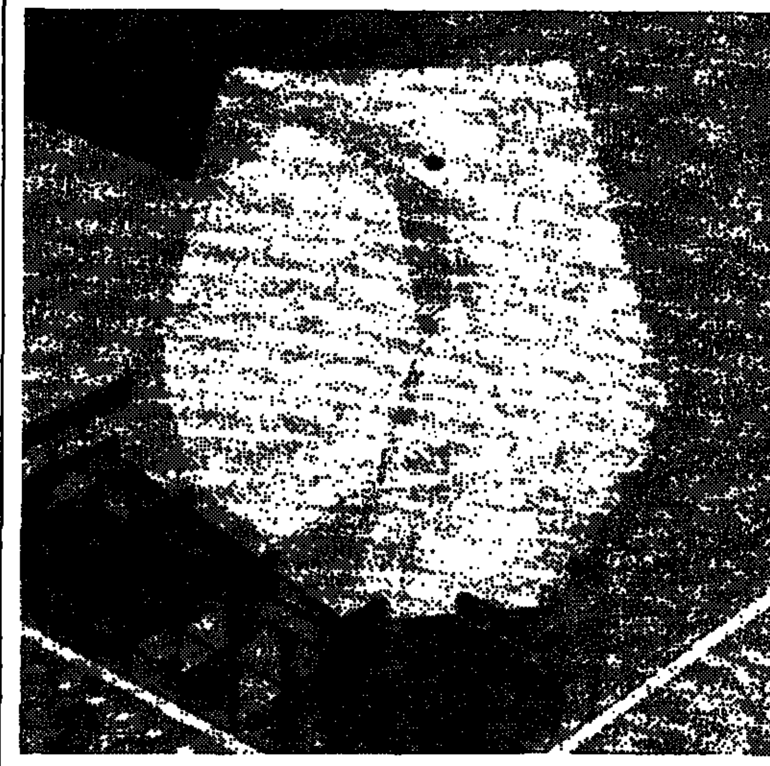
Diese Radaranlage auf Grönland machte zusammen mit den Schwesteranlagen in Alaska und England den elektronischen Zaun aus, den sowjetische Interkontinental-Raketen „überspringen" müßten. Die Radaranlagen Thule auf Grönland, Clear in Alaska und Fylingdales in Yorkshire gaben den amerikanischen Führungsgremien eine Reaktionszeit von 15 Minuten, den atomaren Gegenschlag auszulösen. Diese Radaranlagen waren eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Politik der *massiven* Reaktion.

Aber diese Radaranlagen sind veraltet, Produkte der Technik der 50er Jahre. Die Politik der flexiblen Reaktion verlangt ultramoderne Geräte, die auch flexibler sind. Heute sind Anlagen möglich, bei denen der abzuschirmende Sektor viel breiter ist, Radars mit viel größerer Reichweite und damit zusätzlicher Frühwarnzeit von etwa zwei Minuten.

So ein Radar der modernsten Technologie wird jetzt auf dem amerikani*schen Grönland-Stützpunkt Thule in*stalliert. Statt der vier „Tore" von Thule übernimmt diese starre Anlage mit ihren Tausenden von Minisendern und -empfängern die Überwachungsfunktion. Dies ist ein sogenanntes phasengesteuertes Radar. Statt des Radarstrahls eines einzigen Senders senden in der neuen Anlage von Thule gleichzeitig mehr als zweitausend Minisender. Und etwa ebensoviele Empfänger empfangen die reflektierte Energie. Dabei wird unter Computerkontrolle elektronisch Energie in einzelne Antennen-Gruppen geleitet. Die elektronische Steuerung des Strahls der Vielzellen-Antenne ermöglicht im Bruchteil einer Sekunde eine Änderung der Suchrichtung. Damit kann eine Vielzahl von Zielen gleichzeitig erfaßt und verfolgt werden.

Die Anlage in Thule wird im Auftrag des US-Luftwaffen-Kommandos für elektronische Systeme von den Raytheonwerken gebaut. Die Außenarbeiten an der Anlage sollen noch vor Einbruch des arktischen Winters abgeschlossen werden. Allerdings werden noch rund zwei Jahre vergehen, bis das Superradar auf Grönland operationell in das gesamte Frühwarnsystem integriert werden kann. Wann die veraltete Anlage in Großbritannien mit der neuen Technologie ausgerüstet werden kann, ist noch unbekannt. Für das Radar in Alaska ist kein Ersatz vorgesehen.

Inzwischen hat sich der Schwerpunkt der Frühwarnung ohnehin von erdgebundenen Radarketten auf kosmische Sensoren verlagert. Die Primärsensoren für eine Frühwarnung sind heute geostationäre Satelliten in 36 000 Kilometer Höhe. Damit ein Fehlalarm aber total ausgeschlossen wird, müssen die Bodenradars als zweiter Sensor den Angriff bestätigen.



Das neue Frühwarnsystem von Thule im Modell FOTO: RAYTHEON

Das „Werk Gottes" – Klagen über ein Zerrbild

Für Deutschland wäre es eine Premiere: Joseph Kardinal Höffner scheint entschlossen, eine Pfarrstelle mit Priestern des „Opus Dei" zu besetzen. Ein umstrittener Schritt, denn das Erscheinungsbild der Organisation ist eher ungünstig. Zu unrecht, meint der Kardinal.

Von GEORG BAUER

Joseph Kardinal Höffner, Erzbischof von Köln, hat Flagge gezeigt. Seine Haltung zur Besetzung einer vakanten Pfarrstelle im Kölner Stadtteil Holweide mit zwei Priestern des „Opus Dei" kleidete er in die rhetorische Frage: „Soll ich mich bei der Entscheidung nach der Hetze der Massenmedien richten oder nach dem Vorbild des Heiligen Vaters und des Kardinals König in Wien?" Beide, der Papst und der Kardinal in Wien, haben bereits eine entsprechende Entscheidung getroffen, die Höffner – möglichst im Einvernehmen mit der Pfarrgemeinde Mariä Himmelfahrt – anscheinend auch zu treffen wünscht. Zwei Mitglieder des „Opus Dei", ein 45jähriger Priester mit abgeschlossenem Jura-Studium und ein 39jähriger Kaplan, der den Weg zur Seelsorge nach einem abgeschlossenen Anglistik- und Sport-Studium einschlug, sollen erstmals in Deutschland eine Pfarrstelle übernehmen.

Höffners endgültiges Placet steht allerdings noch aus. Vorerst gilt es für den zuständigen Weihbischof Walter Jansen und Prälat Hubert Henze aus dem Kölner Generalvikariat, heute während einer Zusammenkunft mit der Pfarrgemeinde Überzeugungsarbeit zu leisten.

Das Erscheinungsbild des „Opus Dei" ist nach Meinung Höffners aufgrund negativer Berichterstattung – das „Werk Gottes" spricht selbst von einer regelrechten Kampagne – so verzerrt, daß es an eine Sekte erinnert, deren Guru die Mitglieder einer „religiösen Gehirnwäsche" unterzieht und die Jugendlichen den Eltern entfremdet; oder das Zerrbild zeigt eine Gruppe übereifriger Priester und Laien, die in ihrem religiösen Fanatismus jedes Verständnis für eine tiefe, doch offene Religiosität bei den Durchschnittskatholiken verloren haben. Hinzu kam die bei einigen Mitgliedern der Organisation übliche Praxis der Selbstkasteiung, die auf Befremden stieß.

Was also ist „Opus Dei"? Es ist eine, wie es von „Opus Dei"-Mitgliedern immer wieder betont wird, „Institution der Kirche" mit rund 72 000 Mitgliedern in 87 Ländern der Erde. Getreu dem Motto ihres Gründers, des 1975 verstorbenen spanischen Priesters José Maria Escrivá de Balaguer y Albás sehen sie die Erfüllung ihres Lebens in der Aufgabe, „Gott im Alltag zu finden". Oder, wie es der in Rom beerdigte und von den Mitgliedern „El Padre" genannte Gründer einmal ausgedrückt hat: „Alle Getauften daran zu erinnern, nach vollkommener Heiligkeit zu streben."

Der Spanier rief 1928, 26 Jahre alt und gerade zum Priester geweiht, die Organisation ins Leben – auf einen Wink Gottes hin, wie er wiederholt versicherte. 1930 folgte die Gründung einer Abteilung für Frauen, 1943 kam die „priesterliche Gesellschaft vom Heiligen Kreuz" hinzu. Nach dem Zweiten Weltkrieg erhob der Vatikan das Werk 1950 zum Säkularinstitut mit dem Recht, auch Nichtkatholiken zu rekrutieren. Die Krönung für das „Werk Gottes" war, als Papst Johannes Paul II. die Organisation am 28. November 1982 zur langersehnten Personalprälatur erhob.

Die katholische Kadertruppe, die einst nur wenige Freunde von „El Padre" in Madrid umfaßte, avancierte in den 40er Jahren in Spanien zu einer Organisation mit wachsendem Einfluß. Heute darf sie sich zu Recht die größte Laien-Organisation der Katholischen Kirche nennen, mit Bildungsstätten, Krankenhäusern, Sprach- und Landwirtschaftsschulen, Universitäten und Kindergärten rund um den Globus. Und eben hier setzt die Kritik ein. „Opus Dei"-Mitglieder, die sich nach der im Christentum vertrauten Idee der Heiligung der Arbeit richten, stehen eigenverantwortlich im Dienst des Apostolats der Kirche, sei es nun an einer Schule in Deutschland, einer landwirtschaftlichen Genossenschaft in Mexiko oder einer Universität in Spanien. „El Padre": „Das wesentliche Apostelwerk des Opus *Dei ist das Apostolat, das jedes* Mitglied für sich an seinem Arbeitsplatz, in seiner Familie, unter seinen Freunden und Bekannten ausübt."

Angesichts dieser religiösen Vorgabe und des Auftrags, zu gehorchen, „wie ein Werkzeug in der Hand des Künstlers gehorcht" (Escrivá in seinem Buch „Der Weg"), sind die Mitglieder der Organisation der besonderen Gefahr religiösen Übereifers ausgesetzt. Daß einige dabei in einer säkularisierten Welt über die Stränge schlagen, um es salopp auszudrükken, und ihren Bekehrungsdrang, aus spanischem Traditionalismus geboren, allzu beflissen betreiben, bleibt dabei nicht aus.

So mußte beispielsweise in Zürich das Generalvikariat drei Religionslehrer, Mitglieder des „Werkes Gottes", von Mittelschulen abberufen, weil sie durch ihren Unterricht Schüler psychologischen Zwängen ausgesetzt hatten. Wie es heißt, sollen sie bei den ihnen Anvertrauten Schuldkomplexe hervorgerufen haben. Kardinal Höffner meint zu solchen Vorgängen: „Die Kirche ist eine Kirche der Sünder. Auch die Mitglieder des Opus Dei sind Sünder. Auch leugne ich nicht, daß in einer Jugendbewegung Übereifer und Unklugheiten vorkommen und vorgekommen sind."

Auch der Vorwurf der blinden Gefolgschaft trifft nach Meinung des Kardinals nicht zu: „Opus Dei einen blinden Gehorsam zu unterstellen, ist eine Verleumdung. Die Mitglieder des Opus Dei bekennen sich zum Gehorsam des Evangeliums."

Auch die von einigen „Opus Dei"-Mitgliedern praktizierte Aszese, die Selbstpeinigung mit einem Bußgürtel (ein Metallband mit Spitzen auf der Innenseite), wurde in Presseberichten zum Teil scharf verurteilt und stieß bei Katholiken, denen solche Bußübungen nur aus der Zeit des düsteren Mittelalters bekannt sind, auf Befremden. Auch hier stellt sich der Kardinal vor die Organisation: „In der Aszese steht Opus Dei in jahrhundertelangen Überlieferungen unserer Kirche. Sie (Bußübungen) können nur vom Glauben her verstanden werden, setzen Reife, durchgeistigte Menschen voraus und haben nichts mit Masochismus zu tun."

Hochschulnovelle verzögert sich bis Jahresende

dpa, Bonn

Das Bildungsministerium wird den Entwurf für die angekündigte Novellierung des Hochschulrahmen-Gesetzes (HRG) erst zum Jahresende vorlegen. Vor der Presse in Bonn begründete Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms (CDU) gestern die Verzögerung der bisher für den Herbst geplanten Novellierungs-Diskussion damit, daß sie einen „rechtlich sauberen Gesetzentwurf" vorlegen wolle, der gründliche Arbeit verlange. Über die politische Intention der Novelle könne dann hinterher mit ihr durchaus gestritten werden, nicht aber über die juristische Ausgangsbasis.

Bei der Novelle selbst hofft die Ministerin auf breite Übereinstimmung bei allen Betroffenen und auch bei den Ländern. Einen „grundsätzlichen Dissens" in Sachfragen könne sie nicht erkennen, sagte Frau Wilms. Die SPD betonte dagegen gestern in Bonn, die Novelle sei derzeit ebenso „überflüssig wie bei dieser Regierung ein Bildungsministerium selbst".

FDP fordert mehr Mittel für Wohngeld

AP, Bonn

Für einen Rückzug des Bundes aus der Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus hat sich der wohnungspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Josef Grünbeck, ausgesprochen. Grünbeck erklärte gestern in Bonn, der soziale Mietwohnungsbau solle bei einem angemessenen Finanzausgleich in die Entscheidungshoheit der Länder übergehen. Es gebe schon heute sehr große Flächen in der Bundesrepublik Deutschland, in denen für sozialen Mietwohnungsbau kein Bedarf mehr bestehe.

Gleichzeitig setzte er sich dafür ein, als sozialen Ausgleich die Finanzmasse für das Wohngeld zu vergrößern und nur noch wirklich sozial Schwachen durch Zuschüsse zu helfen. Ferner sollten Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen erleichtert sowie mehr Mittel für Sanierung und Modernisierung zur Verfügung gestellt werden.

Neue Marschflugkörper und ein altes Konzept

Der Versuch Moskaus, die eigene Rüstung zu legitimieren

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die jüngste sowjetische Veröffentlichung über eine erfolgreiche Erprobung weitreichender Marschflugkörper wird im Westen im Fach „psychologische Kriegführung" abgelegt. In Expertenkreisen der NATO löste die Mitteilung aus Moskau keine Überraschung aus. Dank einer verläßlichen Aufklärung des Westens der sowjetischen Waffenentwicklungen ist seit langem bekannt, daß die Sowjetunion sowohl bei den ballistischen Raketen, als aber auch bei den Marschflugkörpern moderne Entwicklungsprogramme mit großer Energie vorantreiben läßt.

Für diese Bewertung wird der von der Nachrichtenagentur Tass zur Begründung der Marschflugkörper-Rüstung benutzte Satz angeführt. Er lautet: „Wenn die USA weiter auf militärische Überlegenheit aus sind, wird die Sowjetunion auch künftig zu Gegenmaßnahmen gezwungen sein, um sicherzustellen, daß das militärische Gleichgewicht zwischen der UdSSR und den Vereinigten Staaten sich nicht verändert."

Diese Methode, die eigene Rüstung zu legitimieren, hat sich auf sowjetischer Seite inzwischen weithin durchgesetzt. Ihre aus Moskauer Sicht entscheidende Bewährungsprobe hatte sie im von Moskau entfachten „Propagandakrieg" gegen die westliche „Nachrüstung". Seinerzeit wurde von der Sowjetunion unermüdlich die These wiederholt, schon vor Beginn der Stationierung westlicher Mittelstreckenwaffen in Europa habe es auf diesem Kontinent ein Atom-Gleichgewicht gegeben. Die „Nachrüstung" zerstöre es, deshalb sei die Sowjetunion gezwungen, mit Gegenmaßnahmen zu antworten. Als solche deklarierte Moskau die Aufstellung der „operativ-taktischen" Raketen auf deutschem und tschechoslowakischen Boden, die nach westlicher Ansicht eine ohnehin geplante Modernisierung der ballistischen Systeme hin zu den Raketen vom Typ SS-22 und SS-21 darstellt.

Von der NATO ist seit langem beobachtet worden, daß die Sowjetunion zwei neue Typen von Marschflugkörpern mit Reichweiten von 2000 beziehungsweise 3000 Kilometern testet. Es wird damit gerechnet, daß der Typ mit der NATO-Bezeichnung SS-X-4 und der höheren Reichweite vom nächsten Jahr an in die Streitkräfte eingeführt werden wird. Der andere Typ mit der Kennzeichnung BL-10 werde wahrscheinlich von 1986 an eingeführt. Neben seiner Reichweite von 2000 Kilometern ist für die NATO auffallend, daß der Marschflugkörper doppelte Schallgeschwindigkeit erreicht. An dieser Technik arbeiten die USA noch. Ein Waffensystem mit solcher Geschwindigkeit ist in Amerika noch lange nicht einsatzreif, so Fachleute.

Beide Grundtypen der sowjetischen Marschflugkörper sollen nach westlichen Erkenntnissen in insgesamt fünf Varianten gebaut werden. Aus der kleineren Version werden sowohl Marschflugkörper für den Einsatz auf U-Booten (SS-NX-21) als auch von Flugzeugen aus (AS-X-15) sowie von mobilen Werfern für die Landstreitkräfte (SS-X-4) gefertigt. Dieser Typ ist so kompakt gebaut, daß er aus den Standard-Rohren für Torpedos auf U-Booten gefeuert werden kann. Diese Marschflugkörper auf U-Booten werden nach Ansicht von Fachleuten später „auf Station" vor den Küsten Nordamerikas gehen und damit die sowjetische Ankündigung verwirklichen helfen, Moskau werde als Reaktion auf die NATO-„Nachrüstung" auch zu Gegenmaßnahmen gegen die USA selbst gezwungen sein.

Der größere in Entwicklung befindliche Marschflugkörper-Typ soll in einer See-Version und einer für die Landstreitkräfte gebaut werden. Alle erwähnten neuen Waffen dürften sowohl nuklear als auch konventionell bestückt werden können. Mit Atomsprengkopf stellen sie damit eine große Gefahr für gehärtete Kommandozentralen der NATO und andere Schutzbauten für Waffen dar. Auch konventionell bestückt wären sie eine Bedrohung für Flugplätze und die Depots westlicher Nuklearwaffen.

„Frage des Landeschefs stellt sich am 30. September nicht"

WELT-Interview mit dem FDP-Vorsitzenden in Nordrhein-Westfalen, Jürgen Möllemann

STEFAN HEYDECK, Bonn

WELT: Sind Sie ein Landesvorsitzender und Spitzenkandidat auf Abruf?

Möllemann: Nein. Der Landesvorstand hat mich mit nur einer Gegenstimme bestätigt. Das ist für liberale Verhältnisse wirklich nicht das Selbstverständlichste. Natürlich war ich bei der Aussprache bei einigen Punkten Gegenstand der Kritik. Aber so etwas ist nichts neues in der FDP.

WELT: Und wenn die FDP bei den Kommunalwahlen ähnlich schlecht wie bei der Europawahl abschneidet?

Möllemann: Ich bin sicher, daß das Ergebnis am 30. September besser sein wird. Anders als bei der Europawahl ist die Partei jetzt voll motiviert. Das Abschneiden vor Ort wird ganz überwiegend von lokalen Themen und dem Auftreten der Kandidaten abhängig sein. Die haben dann den Ruhm. Die Frage des Landesvorsitzenden stellt sich hier also nicht.

WELT: Ist die FDP tatsächlich im Aufwind?

Möllemann: Ja. Nachdem wir in Nordrhein-Westfalen zunächst 4000 Mitglieder verloren hatten, haben wir jetzt monatlich einen realen Zuwachs bis zu 200 Mitgliedern. Das ist nicht sensationell, aber durchaus spürbar. Im übrigen hat die Partei begriffen, daß sie wirklich vor einer historischen Herausforderung steht. Denn das größte Bundesland darf nicht zum Ausgangspunkt einer Umkehr unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung werden.

WELT: Steht die Koalitionsaussage für die Landtagswahl fest?

Möllemann: Die treffen wir im Dezember. Nur: Bei einer realistischen Betrachtung unserer Ziel- und Wertorientierung muß es dominierendes Ziel sein, ein rot-grünes Bündnis zu verhindern. Sonst würde eine grundsätzlich andere Politik betrieben. Angesichts dieser Herausforderung muß die Zeit für parteiinterne Hakeleien ebenso wie für kleinkarierte Mäkeleien der Koalitionspartner untereinander vorbei sein. Das gilt für Bonn genauso wie für Düsseldorf.

WELT: Sehen Sie denn echte Chancen, mit dem CDU-Spitzenkandidaten Bernhard Worms ein rot-grünes Bündnis zu verhindern?

Möllemann: Die Zeit einer absoluten SPD-Mehrheit ist vorbei. Die tatsächliche Gefahr ist rot-grün. Die CDU mit Bernhard Worms wirkt auf mich geschlossen. Er ist ein fairer und sehr engagierter Gesprächspartner der Liberalen. Wir haben vereinbart, uns voll auf die Auseinandersetzung mit einem möglichen rot-grünen Bündnis zu konzentrieren. Hier haben wir Versäumnisse aufzuarbeiten.

WELT: Welche?

Möllemann: Wir haben unter anderem die Grünen zunächst belächelt, dann versucht, sie totzuschweigen. Jetzt sehen wir mit einer gewissen überraschung, daß das ein dilettantisches Konzept war. Jetzt muß in der Sache Attacke geritten werden. Jetzt muß klar gesagt werden, daß die Unternehmen, aber auch zum Beispiel der IG-Bergbau-Chef Adolf Schmidt in größter Besorgnis sind, daß Nordrhein-Westfalen in seiner Politik unberechenbar werden könnte und daß der bereits in Gang gekommene Abwanderungsprozeß in Richtung Süden sich noch beschleunigen könnte.

WELT: Braucht die FDP zum Überleben CDU-Leihstimmen?

Möllemann: Nein, die Union hat keine Stimmen zu verschenken – und ich will auch keine geschenkt haben. Wenn es die FDP nicht aus eigener Kraft packt, hat sie im Landtag nichts zu suchen.

WELT: Ihre Erkenntnis über die Behandlung der Grünen kommt spät. Was hat denn die NRW-FDP und speziell ihr Landesvorsitzender noch für Fehler gemacht?

Möllemann: Der Landesvorsitzende muß der Partei die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner dadurch ermöglichen, daß er, vielleicht stärker als das manchmal der Fall gewesen ist, beim Vorantreiben von Projekten die Rückkopplung mit der Basis sucht. Er darf sich aber nicht im Stil der öffentlichen Präsentation das Maß an Farblosigkeit und Harmlosigkeit aneignen, das die FDP vollends uninteressant machen würde. Das ist ein Punkt, wo ich mich auch nicht zu ändern gedenke. Die betonte Darstellung von Ecken und Kanten oder auch von manchmal etwas umstrittenen Aktivitäten wird weiter aufrechterhalten bleiben.

WELT: Kein neuer Möllemann?

Möllemann: Nein. Aber einer, der aus Erfahrung lernt.

WELT: Wer soll denn Ihrer Führungsmannschaft angehören?

Möllemann: Ganz sicher sollen dazu neben meinem Stellvertreter Rudolf Wickel der frühere Düsseldorfer Regierungspräsident *Achim Rohde* und der ehemalige Staatssekretär Wolfram Dorn gehören. Ich denke an eine Mannschaft, die ein gewisses Maß auch an Unbefangenheit ausstrahlen kann, die mit neuen Ideen sowie mit wilder Entschlossenheit ans Werk geht, es schaffen zu wollen.

WELT: Ihnen wird eine Verquikkung von Privatgeschäften und Staatsaufgaben vorgeworfen.

Möllemann: Ich habe das zurückgewiesen und weise es auch weiter zurück. Ich führe einen Prozeß gegen den „Spiegel", der mit diesen Lügen hausiert. Aber es ist wohl so, daß man sehr schnell besonders kritisch betrachtet wird, wenn man sich um die Belange der Außenwirtschaft kümmert – was dringend erforderlich ist. Doch das muß man eben hinnehmen.

WELT: Nun geistert das Schlagwort von einer gegen Sie gerichteten angeblichen „zionistischen Verschwörung"?

Möllemann: Das habe ich weder gesagt noch gemeint. Es war vielmehr die Formulierung eines Journalisten. Meine Kritik bezog sich ausschließlich auf den „Spiegel".

WELT: Aber die Arabische Liga soll Ihren Rücktritt als Präsident der Deutsch-Arabischen Gesellschaft gefordert haben?

Möllemann: Eine weitere Lüge. Der Direktor der Arabischen Liga, Emile El-Kik, und andere Botschafter haben öffentlich und mir persönlich ihre Empörung über diese üble Unterstellung zum Ausdruck gebracht.

Papst würdigt Politik der Bundesregierung

F. MEICHSNER, Rom

Papst Johannes Paul II. hat anläßlich der Überreichung des Beglaubigungsschreibens durch den neuen deutschen Vatikan-Botschafter Peter Hermes „die vielfältigen Bemühungen" der Bundesregierung „um den Abbau von Spannungen, um Verständigung und immer engere Zusammenarbeit zwischen den Völkern des ganzen europäischen Kontinents, besonders mit den östlichen Nachbarländern", gewürdigt und diesen Bemühungen die Unterstützung des Heiligen Stuhls zugesagt. Hermes, bisher Botschafter in Washington und einer der erfahrensten Diplomaten des Bonner Auswärtigen Amtes, wo er vor seiner Entsendung in die USA das Amt eines Staatssekretärs bekleidet hatte, wurde gestern in der päpstlichen Sommerresidenz Castel Gandolfo empfangen.

Der Papst unterstrich in seiner Rede auch die Tatsache, daß die Kirche in der modernen pluralistischen Gesellschaft „in besonderer Weise gefordert" und „überall dort zu offenem Widerstand aufgerufen" sei, „wo Grundwerte und Grundrechte des Menschen in das Belieben und daduch in die willkürliche Verfügbarkeit des Einzelnen oder der Gesellschaft abzugleiten drohen". Nicht alles, was machbar sei in dieser Gesellschaft, „ist dadurch auch schon sittlich erlaubt und ein erstrebenswertes sittliches Gut". Politische Verantwortung dürfe sich „nicht allein an Mehrheitsverhältnissen orientieren, sondern ist letztlich an sittlichen Maßstäben zu messen". Der Papst wies in diesem Zusammenhang auf die „Unantastbarkeit des menschlichen Lebens in allen seinen Phasen", auf die öffentliche Moral, den Schutz der Familie, den Umweltschutz sowie auf soziale Probleme wie Arbeitslosigkeit und Gastarbeiterfrage hin.

Spranger: Kernenergie ist zuverlässig

dpa, Bonn

Die Kernenergie, die bereits mit 25 Prozent zur öffentlichen Stromversorgung beiträgt, hat sich nach den Worten des Parlamentarischen Staatssekretärs im Innenministerium, Spranger, nicht nur als volkswirtschaftlich vorteilhaft, „sondern auch als umweltfreundlich und zuverlässig bewährt". Mit Blick auf die bevorstehenden Inbetriebnahmen der Anlagen Philippsburg II, Grohnde und Gundremmingen betonte er, für Ängste oder Panikmache bestehe nicht der geringste Anlaß. Spranger hob hervor, daß auch für die neu ans Netz gehenden Kernkraftwerke umfangreiche Maßnahmen zur Entsorgung der abgebrannten Brennelemente und der radioaktiven Abfälle getroffen worden seien. Zum Stand der Entsorgungsprojekte sagte er, in Ahaus sei mit dem Bau eines zweiten zentralen Zwischenlagers begonnen worden. Zusammen mit dem bereits genehmigten Zwischenlager in Gorleben, den Lagerkapazitäten in den Kernkraftwerken sowie den Lagern für radioaktive Abfälle bestehe damit ausreichend Kapazität für eine Zwischenlagerung als erstem Schritt der Entsorgung.

„Rauchlose Industrie" im Zonenrandgebiet

Infrastruktur für Fremdenverkehr erheblich verbessert

BERND HUMMEL, Lüchow

„Ohne den Bund läuft hier nichts." *Der Landrat des Kreises Lüchow*-Dannenberg, Werner Meiner, meint damit dies: Ohne Mittel aus der Zonenrandförderung wäre sein Landkreis, der immerhin die Ausdehnung des Saarlandes hat, schon längst zum „Armenhaus" geworden. In Bonn hat man das zu verhindern gewußt. Durch den Einsatz von 30 Millionen Mark Bundesmitteln, die im vergangenen Jahrzehnt für kulturelle und soziale Projekte gezahlt wurden.

Anders als in manchem anderen Zonenrandkreis sind die Förderungsmodalitäten des innerdeutschen Ministeriums in Lüchow-Dannenberg kaum ein Thema. Zwar beklagt der Landrat, daß Städte wie Lüneburg oder Uelzen „mit gleichen Beihilfen bedacht werden wie unser extrem benachteiligtes Gebiet". Doch er stimmt zu, wenn ihm vom Ministerium in Bonn bedeutet wird, daß die Zonenrandförderung nicht sämtliche Strukturprobleme zu lösen vermag. Unter dem Strich – so empfindet es auch der *CDU-Landtagsabgeordnete Kurt*-Dieter Grill – „sind wir in Bonn mehr als gut aufgehoben".

Das kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß dieses Gebiet um jede Mark an Einnahmen kämpfen muß. Auf 144 Kilometer Länge ist die Kreisgrenze mit der innerdeutschen Grenze identisch, und schon deshalb scheint der Industrie dieser Landstrich für die Ansiedlung nicht gerade ideal. Daran hat auch die Förderpräferenz von 25 Prozent wenig ändern können, die den Städten Lüchow und Dannenberg – beide bieten jeweils drei Gewerbegebiete an – von Bonn aus zugestanden wurde. Denn: Ohne zusätzliche Betriebe gibt es auch keine zusätzlichen Arbeitsplätze. Das treibt die Arbeitslosenquote, die nicht selten über 13 Prozent liegt, beständig nach oben. Die dadurch bewirkte Abwanderung ist beträchtlich: Seit 1950 haben über 25 000 Menschen den Landkreis verlassen.

528 Ferienwohnungen

So scheint es logisch, daß man sich im Gebietsdreieck zwischen Hitzakker, Schnackenburg und Bergen/Dumme seither verstärkt um das bemüht, wovon man reichlich hat – nämlich Landschaft und Natur. So ist anstelle der ohnehin wenig interessierten Industrie zunehmend die „rauchlose Industrie", also der Fremdenverkehr, getreten. Mittlerweile werden mehr als 500 000 Übernachtungen jährlich registriert, in einem Landstrich, dessen Ruhe und Abgeschiedenheit die Politiker beizeiten unruhig werden ließ: Sie wurden mobil, als es galt, bei der Bundesregierung oder bei der Landesregierung in Hannover um Zuschußmittel zur Verbesserung der Infrastruktur vorzusprechen. Mit Erfolg, denn heute stehen dem Feriengast neben den 4000 Betten in 528 Ferienwohnungen 100 Pensionen und 41 Bauernhöfen auch jene Einrichtungen zur Verfügung, die er im Urlaub erwartet. In Hitzacker etwa ein Kur- und Kurmittelhaus – Bürgermeister Christian Zühlke: „Mit einer Traumrate von Bonn gefördert" – bis hin zum 45 Hektar großen See des Luftkurortes Gartow, der künstlich und freilich auch mit Fördermitteln, im alten Seege-Flußbett entstand.

Auch wenn der mit Bundesmitteln ermöglichte Prospekt „Naturpark Elbufer Drawehn", der den Landkreis einschließt, ohne den Hinweis auf die Deutschen jenseits der Elbe in Mecklenburg auskommt: Die deutsche Teilung bleibt für die Menschen in diesem Gebiet das größte Problem. Es ist allgegenwärtig durch die Befestigungsanlagen der „DDR" jenseits der Elbe, und es bekommt Gestalt durch einen Blick von der Plattform des Lüchower Amtsturmes hinüber nach Salzwedel in der „DDR", einst wichtiger Partner für *die Orte diesseits des Flusses.*

Begehrte Zusschüsse

Die ständig wiederkehrende Frage lautet: Wie interessiert man Fremde für ein strukturschwaches Gebiet, das zudem in seinen schönsten Gegenden durch Wachtürme, Sperrzäune und bewaffnete „DDR"-Grenzposten belastet ist? Eine Frage, die der damalige Chef des innerdeutschen Ministeriums, Egon Franke (SPD) einst mit dem Hinweis beantwortete, daß bei „einem Verbot des Schußwaffengebrauchs die DDR-Streifenboote der Grenztruppe zu einer Attraktion für den Fremdenverkehr an der Elbe" werden könnten. So jedenfalls formulierte er es am 2.9.1976 vor Zollbeamten. Vor Ort allerdings lautet die Antwort anders. Landrat Meiner, seit 36 Jahren in der Kommunalpolitik und mit jedem Problem vertraut, sagt es so: „Wir müssen täglich politische Klimmzüge unternehmen."

Zu jenen „Klimmzügen" gehört der Kampf um die begehrten Zuschüsse. Mittel etwa für die mittlerweile 41 Sportplätze, die 11 Sporthallen, für zwei Hallenbäder, sieben Campingplätze, acht Freibäder und sieben Reithallen, ohne die – so Meiner – „die Gäste wohl nicht kämen". Damit sie kommen, wird geworben. Durch Anzeigen-Aktionen vor allem in Berlin und Hamburg, sowie durch den Versand von Werbematerial, in dem so mancher Steuergroschen steckt.

Und, obgleich der Landkreis als ausgesprochenes „Zweiturlaubsgebiet" gilt – mit den Merkmalen einer 100-Tage-Saison und überwiegend Kurzurlaubern – sprechen die Verantwortlichen von Erfolgen. Der Landrat schwärmte vor Journalisten: „Auf einmal kam eine Berliner Welle auf uns zu."

Arbeitsplatzsuche für Umsiedler schwierig

dpa, Hannover

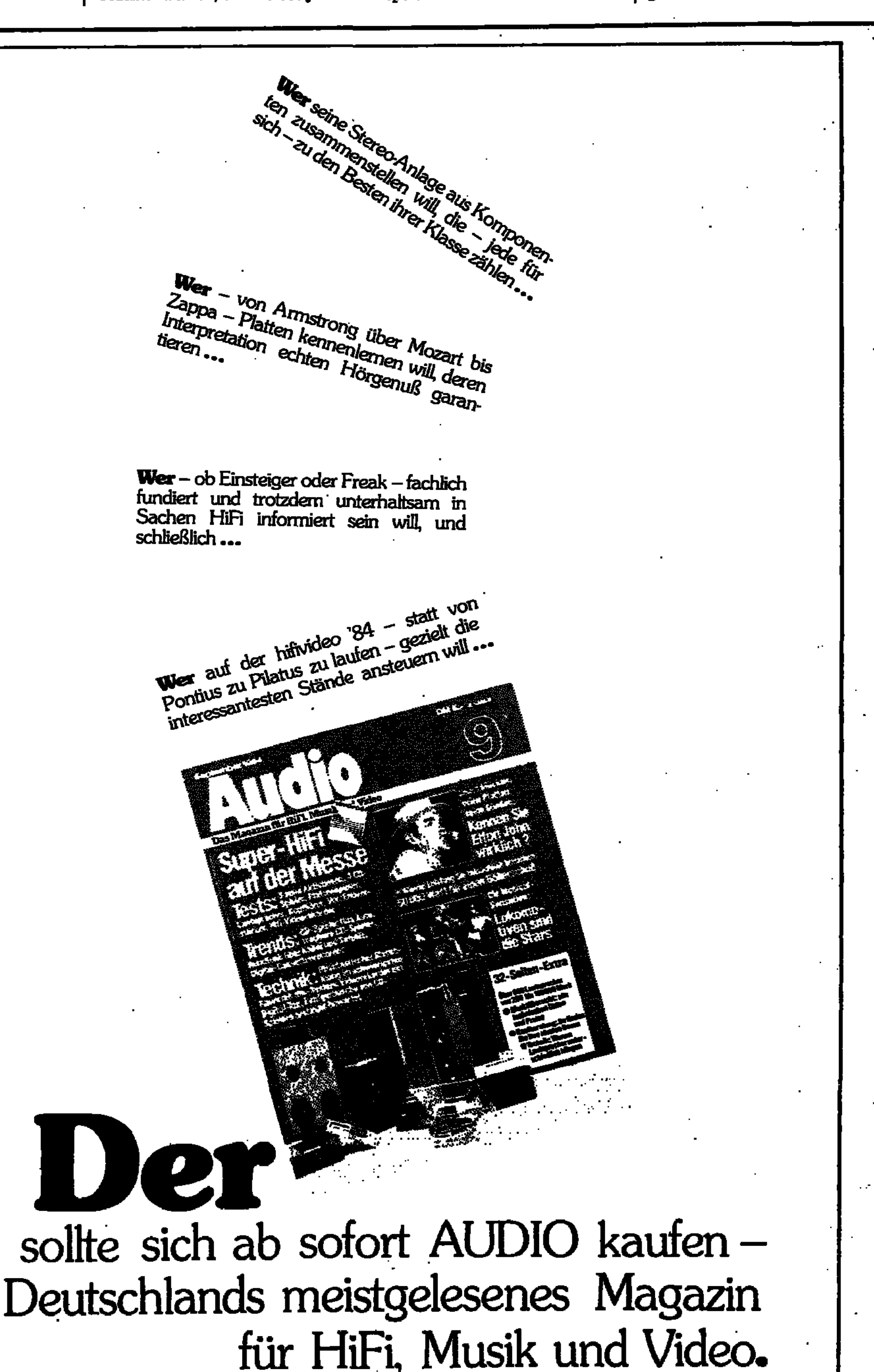
Übersiedler aus der „DDR" haben nach den Erfahrungen des Landesarbeitsamtes Niedersachsen/Bremen oft erhebliche Schwierigkeiten, in der Bundesrepublik Deutschland einen Arbeitsplatz zu finden. Ein Sprecher der Behörde in Hannover erklärte, von Januar bis April hätten sich in Niedersachsen und Bremen mehr als 1000 „DDR"-Übersiedler gemeldet. Die schwierige Vermittlung sei unter anderem auf den „auffällig hohen Anteil" von Akademikern und Vertretern gehobener Berufe – vor allem Ingenieure, Lehrer und Krankenschwestern – bei den Übersiedlern zurückzuführen.

Urteil des Bundesgerichtshofs

DW. Karlsruhe

Die Eigentümer von Wohnungen in einer Wohnungsanlage müssen nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofes die Betriebs- und Instandhaltungskosten auch dann tragen, wenn sie bestimmte Einrichtungen wie Aufzug, Treppenhaus, Fahrradkeller, Kinderspielplatz oder Waschmaschinenraum nicht benutzen. 85 Eigentümer einer aus mehreren Gebäuden bestehenden Wohnanlage in Dorsten-Holsterhausen müssen deshalb auch gemeinsam die Kosten für einen Aufzug tragen, obwohl nur die Bewohner eines Gebäudes ihn benutzen (AZ.: VII ZB 15/83).

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



Strafkammer: Unparteilichkeit der Richter nicht beeinträchtigt

Prozeß um die gefälschten Hitler-Tagebücher wird heute in Hamburg fortgesetzt

UWE BAHNSEN, **Hamburg**

Der Prozeß gegen den früheren „Stern"-Reporter Gerd Heidemann, den Militaria-Händler Konrad Kujau und dessen Lebensgefährtin Edith Lieblang um die gefälschten Hitler-Tagebücher wird heute vor der Großen Strafkammer 11 des Hamburger Landgerichts fortgesetzt. Die Große Strafkammer 23 hat gestern als Vertretungskammer entschieden, daß der von den beiden Verteidigern Heidemanns gestellte Befangenheitsantrag in der Sache unbegründet ist und die Strafkammer 11 dementsprechend nicht abgelehnt werden kann.

Die Richter der Kammer 23 stützten sich dabei auf dienstliche Erklärungen der Berufsrichter und Schöffen in der Strafkammer 11, die sich am Mittwoch der vergangenen Woche nach dem Ablehnungsantrag der Verteidiger ausdrücklich als nicht befangen bezeichnet hatten. Zwar hätten sie sich im Rahmen der allgemeinen Informations- und Pressefreiheit über den Skandal um die gefälschten Hitler-Tagebücher unterrichtet; doch habe dies ihre Unparteilichkeit nicht beeinträchtigt. Wie berichtet, hatten die Verteidiger Heidemanns zur Begründung ihres Antrags erklärt, angesichts einer „gigantischen Vorverurteilung" in den Medien habe ihr Mandant keine Chance und auch keine Hoffnung auf einen fairen Prozeß.

Die Richter der Großen Strafkammer 23 hatten sich in dieser Sache mit der rechtspolitisch bedeutsamen Grundsatzfrage auseinanderzusetzen, ob allein schon Veröffentlichungen über einen brisanten Prozeßstoff wie diesen, die den Richtern zur Kenntnis gekommen sind, Zweifel an ihrer Unbefangenheit begründen können. In diesem Fall kam freilich hinzu, daß beide Hauptangeklagten unabhängig voneinander Kontakt zu Medien gesucht und auch gefunden haben, um jeweils ihre Version in die Öffentlichkeit zu transportieren und zudem mit den Honoraren die Kosten ihrer Verteidigung zu decken.

Darüber hinaus hatte sich die Kammer 23 auch mit dem Vorwurf der beiden Heidemann-Verteidiger auseinanderzusetzen, die Strafkammer 11 habe in dieser Sache die Anklage zugelassen und das Hauptverfahren eröffnet, ohne die fertiggestellte und angekündigte Schutzschrift der Anwälte abzuwarten. Dadurch sei Heidemanns Anspruch auf rechtliches Gehör verletzt worden. Auch diesen Vorwurf hat die Kammer 23 gestern zurückgewiesen. Nach dieser Entscheidung wird der Prozeß heute vormittag im eigentlichen Sinne beginnen – mit der Verlesung der 165 Seiten umfassenden Anklageschrift und der Vernehmung der Beschuldigten zur Person.

In der Redaktion der betroffenen Illustrierten „Stern" ist die strafrechtliche Aufarbeitung des Fälschungsskandals unverändert ein Vorgang, der die gesamte journalistische Arbeit überschattet. Der Ressortleiter Heiner Bremer, der den Prozeß als offizieller Beobachter des „Stern" verfolgt, räumte gestern gegenüber der WELT ein: „Natürlich steckt uns diese Sache in den Knochen – es wäre töricht, das nicht zuzugeben. Aber zugleich ist auch deutlich geworden, daß die Redaktion bei aller unterschiedlichen Beurteilung von Einzelfragen zwei Kardinalpunkte geschlossen sieht: Wir müssen gemeinsam durch diese schlimme Sache hindurch, und es kommt darauf an, den Vertrauensverlust, den der ‚Stern' erlitten hat, durch erstklassige journalistische Arbeit wettzumachen. Darum bemühen wir uns nach Kräften." Ob diesem Bemühen unter der Führung des neuen Chefredakteurs Rolf Winter bislang Erfolg beschieden war – darüber sind die Meinungen in der Branche freilich sehr geteilt.

Schützenhilfe für Ost-Berlin aus Tokio

hrk. **Berlin**

Die SED-Führung setzt im Moskauer Richtungsstreit über das politisch nützliche Verhalten gegenüber dem Westen weiterhin auf Parteichef Konstantin Tschernenko. Unter der Überschrift „Für mehr Stärkung des gegenseitigen Vertrauens" druckte das SED-Blatt „Neues Deutschland" gestern als Beleg der Richtigkeit der Ostberliner Haltung einen eher exotischen Beitrag ab: Es handelt sich um eine Tass-Meldung aus Tokio über einen in Japan erschienenen Sammelband mit Tschernenko-Reden.

Die SED-Zeitung zitiert in einem umfangreichen Artikel auf der außenpolitischen Seite des Blattes ausgiebig aus Tschernenkos Vorwort. Dabei kommt der Generalsekretär der KPdSU mit Passagen zu Wort, die auf ein Interesse am Weitergang der sowjetisch-amerikanischen Abrüstungsgespräche schließen lassen:

„Das höchste Ziel der sowjetischen Seite ist es, den Abbau des Wettrüstens, natürlich vor allem bei Kernwaffen, durchzusetzen. Wir sind bereit, unseren Teil des Weges – bis hin zur vollständigen Liquidierung der Massenvernichtungswaffen – zu gehen, wenn auch die andere Seite eine konstruktive Position einnimmt und das Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit akzeptiert."

Diese Formel war in der Vergangenheit mehrfach von Honecker selbst gebraucht worden. Honecker hatte in seinem wichtigen Interview von Mitte August den sowjetischen Parteichef überdies zum Kronzeugen für die Gesprächs-Diplomatie der „DDR" herangezogen, indem er auf die Treffen von höchster Kreml-Ebene während der RGW-Tagung Mitte Juni verwies. Damals sei unter anderem eine „internationale ökonomische Zusammenarbeit" vereinbart worden.

Das Ostberliner Blatt schließt sein Zitat aus der Tass-Meldung mit Tschernenkos Schlußsentenzen aus dem Vorwort: „Ich (Tschernenko, d. Red.) möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß eine Einsichtnahme in den Sammelband ... dem japanischen Leser zu einer besseren Erkenntnis verhelfen wird, daß das sowjetische Volk nach Frieden und Schöpfertum, nach guten Beziehungen zu allen seinen Nachbarn – nah wie fern – strebt. Ich werde mich aufrichtig freuen, wenn das eintrifft."

Indira Gandhi will Wahltermin einhalten

AP, **Neu Delhi**

Die indische Ministerpräsidentin Indira Gandhi hat nach einem Bericht des staatlichen Fernsehens bekräftigt, daß die anstehenden Parlamentswahlen, wie vorgesehen, im Januar stattfinden werden. In der indischen Presse war spekuliert worden, daß der Aufruhr über die Absetzung der oppositionsgeführten Landesregierung von Andhra Pradesh sie veranlassen könnte, die Wahl aufzuschieben. Bei öffentlichen Ansprachen in Uttar Pradesh und Bihar warf Frau Gandhi ihren politischen Gegnern vor, sich zu einem „prinzipienlosen Bündnis" zusammengeschlossen zu haben mit dem einzigen Ziel, sie von der Macht zu vertreiben.

Die indische Bundesregierung ernannte am Sonntag Shankar Dayal Sharma zum neuen Gouverneur für den Bundesstaat Andhra Pradesh. Der bisherige Amtsinhaber, der durch die Entlassung des Chefministers Rama Rao die Unruhen ausgelöst hatte, und der Landesvorsitzende von Frau Gandhis Kongreßpartei waren zuvor zurückgetreten. Beobachter werteten die Rücktritte als Versuch, die Kritiker zu beschwichtigen.

Gegner Dengs in China verurteilt

rtr, **Peking**

Zu Freiheitsstrafen bis zu 15 Jahren sind 18 Mitglieder einer chinesischen Untergrundgruppe in der Zentralprovinz Henan verurteilt worden. Wie Radio Henan jetzt meldete, richtete sich die Organisation gegen die pragmatischen Politik des chinesischen Spitzenpolitikers Deng Xiaoping. Den 18 Angeklagten wurde weiter vorgeworfen, die Ziele der radikalen „Viererbande" um die Witwe Maos unterstützt zu haben.

Der Rundfunk meldete, die drei Anführer der Gruppe seien zu 15 Jahren Haft verurteilt worden. Die anderen Angeklagten hätten Haftstrafen zwischen fünf und 13 Jahren erhalten. Die Veröffentlichung des Urteils, das bereits im Juli ergangen sein soll, trifft mit einer neuen Kampagne der Kommunistischen Partei gegen die ultralinke Ideologie der Kulturrevolution zusammen, um den Widerstand gegen die neue Pekinger Politik in den Provinzen zu brechen.

González gerät mit seiner Wirtschaftspolitik ins Schlingern

Abstriche, um Gewerkschaftsprotest vorzubeugen / Vor dem Parteitag der Sozialisten

ROLF GÖRTZ, **Madrid**

Noch sind es vier Monate bis zum Kongreß der regierenden Sozialistischen Partei Spaniens (PSOE), dem politischen Hauptereignis der 1986 auslaufenden Legislaturperiode. Aber schon jetzt bewegt sich in Spanien nichts ohne Bezug auf diesen Parteitag. Auch nicht das jüngste Angebot der Regierung an die ETA, mit ihr zu verhandeln. Die oppositionelle christlich- und liberal-konservative Volksallianz frohlockt über Meinungsumfragen, die die Regierung in Auftrag gegeben hat: Nicht nur die Sozialistische Partei sank in der Gunst der Wählermassen, sondern auch Ministerpräsident Felipe González selber. Und mehr als jeder andere Politiker konnte der Sprecher der Opposition, Manuel Fraga Iribarne, Punkte sammeln.

Möglicherweise kann man Umfragen in Spanien noch weniger Vertrauen schenken als anderswo. Gleichwohl reagierte die PSOE empfindlich. Sie verschweigt das für sie negative Ergebnis, den Abstieg der eigenen Partei und den Aufstieg der Opposition. Vielmehr betont sie, daß Felipe González seine eigene Position für gut hält – was auch stimmen dürfte. Der Ministerpräsident ist da ehrlicher: „Selbstverständlich nehmen wir in der Gunst ab – eine natürliche Verschleißerscheinung jeder Regierungspartei bei der Halbzeit ihrer Legislaturperiode."

Die Wahl 1986 bestimmt bereits den Parteitag – das Interesse an der Macht und nicht die ideologische Entwicklung. So wird die Auswahl der Delegierten dafür sorgen, daß die Opposition der Parteilinken unter Pablo Castellano nicht allzu viel Raum einnimmt. Besonders schwer wiegt die Frage nach den versprochenen 800 000 Arbeitsplätzen, zumal die Arbeitslosenzahl zunimmt.

Um den Protest der sozialistischen Gewerkschaft UGT abzubiegen, opferte die Regierung deshalb schon jetzt wichtige Positionen ihrer bisherigen Wirtschaftspolitik. Aber um drei Jahre verlängerte Arbeitsverträge für Tausende von Werftarbeitern, für die es in dieser Zeit ganz bestimmt keine Beschäftigung geben wird, verwässert den Sanierungsplan der Industrie, macht ihn teurer und schiebt somit die Schaffung neuer Arbeitsplätze noch weiter hinaus.

Automatisch blieb die bisher so erfolgreiche monetäre Politik des Superministers für Wirtschaft und Finanzen, Miguel Boyer, 1984 weit hinter den Erwartungen zurück. Gelang es im ersten Regierungsjahr, die Inflation von 16 auf 12 Prozent zu senken, so wird die diesjährige Zielmarke, acht Prozent, nicht einmal zur Hälfte erreicht. Und natürlich auch nicht die sechs Prozent im nächsten Jahr und die fünf Prozent 1986, dem Jahr des EG-Beitritts.

Die Wirtschaft, die ihrerseits auf eine Lockerung der monetären Restriktionspolitik dringen muß – wenn sie investieren will –, sieht jetzt



Felipe González büßt an Popularität ein FOTO: LOTHAR KUCHARZ

jedoch die letzten Reserven in die ungestopften Löcher des Staatshaushaltes, vor allem der staatlichen Mamutholding INI, fließen. Der politisch bedeutende Unternehmerdachverband CEOE, der immerhin anderthalb Millionen Wähler beeinflußt, verweigerte deshalb seine Unterschrift unter den Sozialpakt der Regierung in der jetzigen Form. Ein Prestigeverlust für González.

Der Verband weist vor allem darauf hin, daß der Staat nicht nur über das nationale Industrieinstitut INI etwa 65 Prozent der Schwerindustrie, sondern über die Bankengesetze 57 Prozent der Bankeinlagen kontrolliert, und zwar nach dem System der Mindestreserven. Das kommt zwar auch der Investition zugute, bedeutet aber dennoch eine Beschränkung der Initiative der Unternehmen. Die CEOE bleibt dabei: „Uns fehlt das Vertrauen zur Regierung."

Vor diesem Hintergrund also müssen die jüngsten Erklärungen des sozialistischen Regierungschefs über die Staatswirtschaft betrachtet werden: „Der Mythos der Linken, der den Fortschritt aus der staatlichen Einmischung verheißt, ist gestürzt. Die staatliche Wirtschaft in Industrie und Landwirtschaft ist ein Fiasko."

Denn das ist die Rechnung, die González selbst aufstellte: Die Partei erhielt 1984 ihre absolute Mehrheit im Parlament mit zehn Millionen Stimmen, was einem Wähleranteil von 47 Prozent entspricht. Aber drei Millionen dieser Stimmen sind „gepumpt", wie Gonzalez es ausdrückte. Zwei von der bürgerlichen Mitte und eine von der KP.

So kommt es nicht nur darauf an, die eigenen Leute bei der sozialistischen Stange zu halten, als vielmehr zu verhindern, daß die zwei Millionen „Gepumpten" zurück nach rechts, zur Allianz Fraga Iribarnes abdriften. Die tapfere Selbsterkenntnis des sozialistischen Regierungschefs in Sachen Staatswirtschaft soll diese zwei Millionen an die Regierung González binden, wenn schon der Sozialismus nicht mehr zieht.

So wird es denn ein Parteitag mit „verschiedenen Fenstern" zum Reden. Die Linke wird das Ihre bekommen, zum Beispiel die Verhandlungen mit der ETA. Und es gibt auch genug Sozialistisches zu vermelden: Die höchsten Positionen in der Verwaltung wurden mit 3000 meist jungen Sozialisten besetzt. Ihr Erfolg bei der Nivellierung zeichnet sich in vielen Institutionen wie im Gesundheitswesen und in der Justiz ab.

Dieser Gleichschaltungsprozeß, dem unmittelbar darauf die Etablierung der eigenen Elite folgt, wird am deutlichsten in der staatlichen Fluggesellschaft Iberia. Der mehr konservativ eingestellten Pilotengewerkschaft Sepla („Wir denken nicht daran, der sozialistischen UGT und den kommunistischen Comisiones beizutreten") wird das Gewerkschaftsrecht verweigert. Der Chef der Gewerkschaft wurde entlassen – ein bisher einmaliger Prozeß in der spanischen Demokratie. (SAD)

Israels Parteien uneinig über Siedlungspolitik

Hauptstreitpunkt bei den Koalitionsgesprächen

PETER M. RANKE, Athen

Die Zukunft der besetzten Gebiete und ihrer israelischen Siedlungen auf den einst syrischen Golan-Höhen, im ehemaligen West-Jordanien und im Gaza-Streifen ist Streitpunkt Nummmer eins in Israel. An ihm haben sich die Verhandlungen von Shimon Peres mit dem amtierenden Ministerpräsidenten Shamir über eine große Koalition zwischen Arbeiterpartei und Likud festgefahren.

Die bisher 107 Siedlungen und einige stadtähnliche Anlagen wie Kiryad Arba bei Hebron sind seit dem Sechstage-Krieg von 1967 entstanden. Im Westjordan-Land und im Gaza-Streifen leben jetzt knapp über 30 000 Israelis mit 1,2 Millionen Arabern größtenteils friedlich zusammen. Eine weitere Ansiedlung wird durch die Finanznöte der israelischen Regierung und die nachlassende Einwanderung stark beeinträchtigt.

Die Arbeiterpartei hatte nach 1967 mit dem Siedlungsbau begonnen, aber aus reinen Sicherheitsgründen, wie sie heute betont. Es gab einen Allon-Plan, der Siedlungsketten im Jordantal und auf den Höhen von Judäa und Samaria vorsah – insgesamt sollten es nicht mehr als 30 bis 36 Siedlungen werden. Die Regierungszeit der Arbeiterpartei endete 1977. Danach forcierte Likud-Ministerpräsident Begin den Siedlungsbau mit Regierungsgeld und Finanzhilfe zionistischer Organisationen.

Heute will die Arbeiterpartei den Siedlungsbau stoppen, den Siedlern keine billigen Kredite mehr geben und im Fall von Friedensverhandlungen mit Jordanien seine Bereitschaft erklären, bis zu 60 Prozent der besetzten Gebiete aufzugeben, nicht aber das arabische Ost-Jerusalem. Peres hofft, daß König Hussein von Jordanien dann in direkte Verhandlungen einwilligt – was dieser bisher abgelehnt hat. Die Partei begründet diesen Siedlungsstopp mit einem dann besseren Verhältnis zu Washington und Westeuropa, mit mehr Chancen, zu einem Ausgleich mit der arabischen Bevölkerung und den arabischen Feindstaaten zu kommen. Peres erkennt an, daß Völkerrecht und Genfer Konventionen die Besiedlung von besetztem Land verbieten. Er will mit Jordanien und Ägypten zur Autonomie-Lösung zurück, die 1979 in Camp David vereinbart wurde.

Das Haupt-Argument der Arbeiterpartei und ihrer Verbündeten in der Knesset ist, daß Israel militärisch, finanziell und psychologisch überfordert ist, wenn es dauernd Besatzungsmacht spielen soll. Außerdem könne Israel nicht die arabische Bevölkerungszunahme verkraften und werde zu einem Staat der Juden, in dem es mehr Araber (Moslems) geben werde, die eines Tages die Macht ergreifen könnten. Daher lehnen Arbeiterpartei und Likud eine förmliche Annektion des Westjordan-Landes ab.

Während Peres grundsätzlich bereit ist, die Politik „Land gegen Frieden" fortzusetzen, wie sie Begin mit dem Frieden gegenüber Ägypten und der Rückgabe der Sinai-Halbinsel im April 1982 durchexerzierte, lehnt der Likud-Block mit seinen Verbündeten diese Politik als nicht mehr erfolgversprechend ab. Für die Rückgabe des strategisch wichtigen Sinai habe sich Israel nur einen „kalten Frieden" eingehandelt, eine weitere Landaufgabe sei sicherheitspolitisch nicht mehr möglich.

Für Shamir bleibt das Westjordan-Land ein Gebiet, das 1948 von der jordanischen Armee widerrechtlich besetzt wurde, für Israel das alte Stammland Judäa und Samaria. Vor allem lehnt Likud Verhandlungen über die seit 1967 wiedervereinigte Stadt Jerusalem ab.

Shamir will die Besiedlung fortsetzen, zumal er im Falle des Gaza-Streifens mit Recht darauf verweisen kann, daß kein arabischer Staat, auch nicht Jordanien, dieses mit 475 000 Arabern übervölkerte Gebiet beansprucht. Das Westjordan-Land kann nach Ansicht des Likud auch aus Sicherheitsgründen nicht einmal mehr teilweise geräumt werden, da die Aufrüstung Jordaniens, Saudi-Arabiens, Syriens und Iraks durch Moskau und die westliche Welt einen Umfang erreicht hat, der Israel rein finanziell abzuwürgen und politisch einzuschüchtern droht.

Obwohl die vergangenen Likud-Regierungen in den besetzten Gebieten eine kaum überzeugende oder überhaupt keine Politik für die arabische Bevölkerung hatten, setzt Schamir auf Zeit: Araber und Israelis würden zu der Überzeugung gelangen, daß friedliches Nebeneinander, dann Miteinander besser als Krieg seien. (SAD)

Sowjet-Flüchtlinge bitten in Finnland nur selten um Asyl

Amnesty: Abgeschobener erhielt Arbeitslager / Aber auch Hilfe von Grenzbeamten

REINER GATERMANN, Helsinki

Es erstaunt schon, daß in den vergangenen 20 Jahren lediglich ein einziger Sowjetbürger in Finnland um politisches Asyl gebeten haben soll. Es wurde ihm gewährt. Dagegen ist nicht bekannt, wieviele Dissidenten an der Grenze abgeschoben wurden. Die finnischen Behörden, vom Innenministerium bis zum Polizeipräsidium, bestreiten hartnäckig die immer wiederkehrenden Gerüchte und Vermutungen, wonach man sich nur ungern mit sowjetischen Flüchtlingen befasse. Dies trifft auch zu für eine Vereinbarung mit Moskau, wonach „kriminelle Elemente" unmittelbar wieder zurückgeschickt werden sollen.

Die finnische Sektion der Gefangenen-Hilfsorganisation Amnesty International nannte am Wochenende einen konkreten Fall, wo dies geschehen ist. Für „weniger als zehn Personen", die sich in einer ähnlichen Situation befanden, haben sie die Patenschaft übernommen.

Genaue Zahlen wird es wahrscheinlich nie geben. Aber in Helsinki ist es ein offenes Geheimnis, daß vereinzelt Flüchtlinge aus dem Osten unter dem Mantel der Verschwiegenheit Hilfe und gute Ratschläge – teilweise auch von finnischem Grenzpersonal und der Polizei – bekommen, wie sie am besten, das heißt inoffiziell und von den finnischen Behörden nicht registriert, auf die Fähren nach Travemünde oder Schweden kommen.

Die vor kurzem geflohenen Esten Valdo Randpere und Leila Miller erklärten in Stockholm, daß in ihrer Heimat die allgemeine Auffassung vorherrsche, daß Ostflüchtlinge in Finnland automatisch abgewiesen würden. Ähnliches berichteten Mitte des Jahres vier estnische Sportler, die nach einer Bootsfahrt über die Ostsee in Finnland an Land gingen und im Norden des Landes die Grenze nach Schweden überschritten.

Ein Paßabkommen zwischen den nordeuropäischen Staaten sieht vor, daß die Bürger dieser Länder beim Passieren der Grenzen keinen Reisepaß brauchen. Kontrollen zwischen Dänemark, Schweden, Finnland und Norwegen sind daher nicht besonders intensiv. In beiden Fällen wichen die Flüchtlinge den finnischen Behörden aus.

Amnesty International nennt den Fall des sowjetischen Staatsbürgers Vjatsjeslav Tjerepanov, der im Juli 1980 nach drei Tagen in Gewahrsam der finnischen Polizei abgeschoben wurde. Seinen Fluchtversuch muß er mit zwölf Jahren Arbeitslager und zusätzlicher dreijähriger innerer Verbannung büßen. In einem später in den Westen geschmuggelten Brief hieß es zudem, er sei von der finnischen Polizei mißhandelt worden, was diese allerdings bestreitet.

Nun will Amnesty International die Frage untersuchen, welche praktischen Möglichkeiten ein Ostflüchtling hat, in Finnland als Asylant anerkannt zu werden. Theoretisch gibt es sie; man erhebt jedoch Zweifel, ob sie ausreichen. Man ist vor allem von der Tatsache überrascht, daß verhältnismäßig häufig Asylanten nicht nur aus dem Osten ihren Antrag plötzlich zurückziehen. Einem Iraner, der aus einem Drittland nach Finnland gekommen war, hatte die Polizei laut Amnesty gedroht, ihn nach Iran zurückzuschicken, falls er sein Begehren aufrechthalte.

Björn Sundell, der im Auftrag von Amnesty den Fall Tjerepanov untersuchte, stellt heute die Frage: „Warum stellen Flüchtlinge, die nach Finnland kommen, keinen Asylantrag, während sie dies tun, wenn sie andere Länder erreichen?" Im Innenministerium wird dieser Umstand bestätigt, man kann ihn jedoch nicht erklären. Zudem unterstreicht man zum wiederholten Male, daß über jeden Asylantrag erst nach genauer Untersuchung entschieden werde.

UNO inspiziert Quellflüsse

dpa, Beirut

UNO-Beobachter haben gestern die Quellflüsse des Jordan in Südlibanon, den Wazzani und den Hasbani, inspiziert. Beirut hatte in jüngster Vergangenheit behauptet, Israel treffe Vorbereitungen, deren Wasser nach Galiläa abzuleiten. Nach übereinstimmenden Berichten hatte Israel begonnen, die Quelle des Wazzani einzuzäunen, doch wurden in der vergangenen Woche der Zaun wieder entfernt und ausgehobene Löcher für Pfosten wieder zugefüllt. Israel hat stets bestritten, die Wasser des Wazzani und Hasbani ableiten zu wollen. Es verwies darauf, daß der Wazzani in den Hasbani fließt und dieser in den Jordan, womit das gesamte Wasser ohnehin nach Nordgaliläa komme.

Reagiert Iran auf Unmut im Volk?

rtr, Teheran

Der iranische Ministerpräsident Mir-Hossein Musawi hat die Förderung privater Investitionen angeordnet. Die englischsprachige Zeitung „Teheran Times" berichtete, Musawi habe gleichzeitig versichert, daß Händler weiterhin Waren importieren könnten. Wie es in Diplomatenkreisen heißt, wurde die Anordnung einen Tag nach einem Treffen des Kabinetts mit Revolutionsführer Khomeini veröffentlicht. Dies könne als weiteres Zeichen gewertet werden, daß die Regierung die wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung ernstnehme. Vor allem Basarhändler sehen ihren Lebensunterhalt durch Pläne zur Verstaatlichung des Außenhandels bedroht.

US-Wahlkampf: Werben um Frauen

AFP, Washington

US-Präsident Reagan und die demokratische Anwärterin auf die Vize-Präsidentschaft, Geraldine Ferraro, haben aus Anlaß des 64jährigen Bestehens des Frauen-Wahlrechts den „Tag der Gleichheit der Frau" gefeiert. Beide nutzten die Gelegenheit zur Wahlwerbung. Reagan, der rund 1000 für die Regierung arbeitende Frauen ins Weiße Haus eingeladen hatte, erklärte, es gebe keine Männer- oder Frauenfragen mehr, sondern nur noch Fragen, die alle Amerikaner beträfen. In Fort Lee bei New York erinnerte Geraldine Ferraro daran, daß es mehr Wählerinnen als Wähler in den USA gebe. „1984 werden die Frauen den nächsten Präsidenten wählen", erklärte sie.

Nicaragua: Mütter-Demo gegen den Militärdienst

Jugendliche tauchen unter / Folge der Zwangsrekrutierung

WERNER THOMAS, Miami

Die kleine Ortschaft La Paz Centro, 50 Kilometer nordöstlich der nicaraguanischen Hauptstadt Managua gelegen, war vor kurzem Schauplatz einer wütenden Protestaktion. 400 Mütter marschierten durch die Straßen und forderten in Sprechchören: „Schluß mit den Rekrutierungen". Ihre Transparente trugen die Aufschrift: „Gebt uns unsere Söhne zurück." Die sandinistische Jugend veranstaltete eine Gegendemonstration. „Alle Macht dem Volk", riefen die Teilnehmer.

Emotionale Diskussion

Etwa hundert junge Leute wurden vorübergehend festgenommen. Die Sandinisten halten jetzt noch sieben fest, solange, wie es heißt, bis sie sich als Wehrpflichtige einschreiben lassen.

Es ging um den „patriotischen Militärdienst", ein heißes Thema in Nicaragua. Immer mehr Mütter lassen die Comandantes wissen, was sie von dieser Einrichtung halten, die seit Anfang dieses Jahres 12 000 Jugendliche im Alter zwischen 16 und 22 Jahren erfaßte und bis Jahresende weitere 10 000 zu Soldaten machen soll.

„Diese Sache schadet den Sandinisten mehr als die miserable Wirtschaftslage oder die Konfrontation mit der Kirche", urteilte ein diplomatischer Beobachter. „Sie verläuft emotionaler, weil sie Mütter und Söhne betrifft." Regierungsvertreter konzedieren wohl „Probleme", versuchen die Proteste jedoch herunterzuspielen. „Nicht jedermann ist ein großer Sandinist", sagte Leutnant Rosa Pasos, die Sprecherin des Verteidigungsministeriums. „Aber das bedeutet nicht, daß wir es hier mit einer massiven Opposition zu tun haben."

In Nicaragua existiert zum ersten Mal ein Militärdienst. Auch die Nationalgarde des Diktators Somoza, die zuletzt aus 12 000 Mann bestand, stützte sich auf Freiwillige, von gelegentlichen Zwangsrekrutierungen abgesehen. Die sandinistischen Streitkräfte umfassen jedoch 120 000 Soldaten und Milizangehörige. Sie sollen das marxistische Revolutionssystem gegen 15 000 antisandinistische Rebellen verteidigen, die von Amerikas Geheimdienst CIA unterstützt werden.

Der „Servicio Patriotico Militar" emotionalisiert die Gemüter aus zwei Gründen. Viele Eltern wollen ihre Kinder nicht für eine Regierung opfern, mit deren Zielen sie nicht einverstanden sind. Eine Wehrdienstbefreiung aus Gewissensgründen gibt es nicht. Die katholischen Bischöfe erklärten: „Niemand kann gezwungen werden, zur Verteidigung einer Ideologie Waffen zu tragen." Dann kursieren Berichte, vom Verteidigungsministerium dementiert, daß die jungen Leute ohne eine gründliche Ausbildung an die Front geschickt werden.

Der Krieg gegen die zäh kämpfenden „Contras" hat nach Angaben der sandinistischen Regierung innerhalb von drei Jahren 7000 Todesopfer gefordert, darunter viele Soldaten. Auch kleinere Gemeinden wie La Paz Centro mit etwa 4000 Einwohnern wurden davon betroffen. Die demonstrierenden Mütter berichteten über mindestens zwölf Gefallene.

Obgleich jede Universität und jeder Arbeitgeber nach Wehrdienstpapieren fragt und eine Flucht vor der Rekrutierung mit einem Freiheitsentzug von bis zu fünf Jahren bestraft wird, sind Tausende Jugendliche untergetaucht. Sie wohnen bei Freunden oder Verwandten in einer anderen Gegend – und werden gelegentlich gefaßt.

Kritiker an die Front

Die Sicherheitskräfte kassieren die jungen Männer überall ein. Sie gehen in die Schulen und Kinos und stoppen die öffentlichen Busse. Sie durchkämmen an Wochenenden die überfüllten Diskotheken Managuas, „Lobo Jack" und „Infinito". Die Zwangsrekrutierungen haben so viel Kritik ausgelöst, daß Verteidigungsminister Humberto Ortega, ein Bruder des Junta-Chefs, Order gab, vorsichtiger zu verfahren.

Vertreter der Opposition berichteten, daß die Regierung den Militärdienst während des Wahlkampfes – am 4. November werden ein Präsident und ein Parlament gewählt – auch als politisches Strafmittel mißbraucht. Junge Leute, die Kritik übten, müßten an die Front. Mitglieder der sandinistischen Jugend dürften dagegen Zuhause bleiben. (SAD)

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

„Sträflicher Leichtsinn"

„Jalta": WELT vom 20. August

Sehr geehrter Herr Barth,

Sie mögen mir erlauben, hierzu zu bemerken, daß der derzeitige US-Präsident über dieses heikle Thema besser schweigen sollte, statt es wahlkampfträchtig hochzuspielen.

Es ist schließlich doch so gewesen, daß sein kranker Vorgänger der 40er Jahre damals das Schicksal von Europa dem dringend benötigten Kumpanen „Onkel Joe" verantwortungslos in die Hände gespielt hat.

Wenn Roosevelt und seine Berater, vor allem aber der europakundige Winston Churchill, beim Abschluß des „Jalta-Abkommens" wirklich geglaubt haben sollten, daß der mächtige „Herr aus Moskau" ein verläßlicher Vertragspartner sein würde, dann haben sie mit sträflichem Leichtsinn gehandelt.

Sie kannten doch zur Genüge dieses undemokratische Regime mit seinen ständigen „Säuberungen" und Schauprozessen!

Mit freundlichen Grüßen
K. Bauhof,
Nürnberg 40

Lettland

„Unsere Stärke ist der Lebenswille"; WELT vom 4. August und „Freiheitsschiff auf der Ostsee"; WELT vom 8. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

der WELT und insbesondere Herrn I. Urban möchte ich persönlich und zugleich auch im Namen meiner Landsmannschaft für die sachlich und einfühlsam geschriebenen Artikel herzlich danken.

Sie haben *damit nicht nur* unseren Landsleuten, die einen sehr guten Kontakt zu den baltischen Völkern im Exil und zum Teil auch zu den Letten in der Heimat haben, eine Freude bereitet, sondern auch diesem Volk gezeigt, daß es von der freien Welt nicht vergessen ist. Diese Gewißheit stärkt seine Kraft, auf ein Leben in Freiheit in seinem angestammten Land zu hoffen.

Mit freundlichen Grüßen
Rolf Schmidt,
Referent für die baltischen Völker bei der Deutsch-Baltischen Landsmannschaft im Bundesgebiet e. V.

Brüder zensiert

„Tass verkürzt Honeckers Interview"; WELT vom 21. August

In und von Moskau werden neuerdings auch verbrüderte sozialistische Staatsmänner zensiert, in ihren Äußerungen verstümmelt wiedergegeben. *Und zwar genau an den Stellen,* wo die sich um Entspannung und Dialog mit dem Westen bemühen.

Und diese Sowjetregierung will noch anderen Regierungen Lektionen erteilen in Sachen Entspannung? Ich glaube, es gab in der Weltgeschichte noch nie eine Regierung, die sich fortwährend so lächerlich machte wie die sowjetische – dafür sorgten allerdings unter anderem auch die glänzenden Sportler Rumäniens.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Z. Bezerédj,
Köln 41

Wort des Tages

„Gott gehört zum Wesen des Menschen. Die Bindung an Gott ist eine Bindung an seine Ordnung, die ein Abglanz seines Wesens ist, eine Bindung an seine Freiheit und an seine geheimnistiefe Größe. Das sind die Wirklichkeiten, mit denen der Mensch rechnen muß, will er Mensch bleiben oder werden."

Alfred Delp, deutscher katholischer Theologe (1907–1945)

„Bären"-Dienst

Kardinal Glemp kritisiert Polen-Deutsche; WELT vom 16. August

Sehr geehrte Damen,
sehr geehrte Herren,

Kardinal Glemp hat mit seiner Rede am Maria Himmelfahrts-Tag in Tschenstochau dem polnischen Volk, der christlichen Kirche und dem europäischen Gedanken einen „Bären"-Dienst erwiesen.

Es ist doch unerhört, nur dem polnischen Volk ein Nationalgefühl zuzuschreiben, aber nicht der dort fast 40 Jahre unterdrückten deutschen Minderheit. Hat der Kardinal sich auch schon mit dem Gedanken abgefunden, „lieber rot als tot" zu sein?

Wäre es nicht besser gewesen, zu schweigen und bei seinem Kreuz zu bleiben, als zu „Hammer und Sichel zu kriechen"?

Mit freundlichen Grüßen
H. J. Hetzer,
Starnberg

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

AUSWÄRTIGES AMT

Der neue Botschafter der Bundesrepublik Deutschland beim Heiligen Stuhl, Dr. **Peter Hermes**, hat gestern Papst **Johannes Paul II.** sein Beglaubigungsschreiben überreicht. Der 62jährige Diplomat ist der neunte Botschafter der Bundesrepublik Deutschland beim Heiligen Stuhl und Nachfolger von Dr. **Walter Gehlhoff**, *der in den Ruhestand getreten ist.* Hermes, 1922 in Berlin geboren, promovierter Jurist, ist seit 1953 im Auswärtigen Dienst. Er war am Generalkonsulat in San Francisco und Basel, bei der Deutschen Botschaft beim Heiligen Stuhl, bei der OECD-Vertretung in Paris und von 1965 bis 1979 wieder in der Zentrale in Bonn, zuletzt als Staatssekretär, *tätig. Von 1979 bis 1984 war er Botschafter* in Washington.

MILITÄR

Im amerikanischen Hauptquartier in Berlin übernahm Brigadegeneral **Thomas N. Griffin** jun. das Kommando über die „Berlin-Brigade". Griffin, Absolvent der Militärakademie in Westpoint, war vorher stellvertretender Divisionskommandeur der 3. Panzerdivision in Frankfurt.

Der Schauspieler, Regisseur und Autor **Hans Tügel** ist in Hamburg verstorben. Der Künstler hatte zunächst eine Kaufmannslehre absolviert und danach acht Jahre lang für den Verleger **Eugen Diederichs** in Jena gearbeitet. Seine Theaterlaufbahn begann Tügel 1927 als Regisseur und Oberspielleiter am Landestheater Meiningen. Weitere Stationen waren Kiel, Breslau, Königsberg, Posen, Hamburg und Lübeck. Zu seinen bedeutendsten Arbeiten gehören Bühneneinrichtungen von **Barlachs** „Sündflut" am Deutschen Schauspielhaus in Hamburg, von **Zuckmayers** „Hauptmann von Köpenick" am Hamburger Thalia Theater und von **Eugene O'Neills** „Oh Wildnis".

Kohl: Arbeit der Regierung wird gestrafft

● Fortsetzung von Seite 1

daß das eine oder andere nicht klappt, sondern dann muß man das eine oder andere an Arbeit zurückstellen." Die Koalition habe zuviel Zeit damit verbringen müssen, die notwendigsten Reparaturarbeiten auszuführen.

Wie aus der Präsidiumssitzung verlautete, wird sich die Koalition verstärkt der Umweltschutzmaterie und der Arbeitsmarktpolitik annehmen. Zum Umweltschutz soll es im Adenauer-Haus einen Kongreß geben. Im Präsidium wurde auch über die vor allem zwischen den Ministern Zimmermann und Stoltenberg bestehende Streitfrage diskutiert, wie die Einführung abgasarmer Autos finanziell gefördert werden könne. Zimmermann verlangt einen finanziellen Kaufanreiz, während Stoltenberg Erleichterungen auf dem steuerlichen Sektor für ausreichend hält. Wie verlautete, hat sich das CDU-Präsidium in der Diskussion weitgehend auf der Linie von Stoltenberg eingefunden. Diskutiert wurde auch über die Kabelpolitik von Bundespostministrer Schwarz-Schilling, die in jüngster Zeit in Kritik geraten ist. Kohl zollte dem Minister ausdrücklich Lob. Die Kritik, die Schwarz-Schilling habe erfahren müssen, sei sozusagen „an das Amt gebunden".

Mit der Lage der Koalition befaßte sich gestern auch das FDP-Präsidium unter Leitung des Parteivorsitzenden Genscher, der den Willen zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit CDU und CSU zum Ausdruck brachte. Die Koalition der Mitte habe wirtschafts- und finanzpolitisch eine solide Grundlage geschaffen. In der Außen- und Deutschlandpolitik zeige sie Verläßlichkeit und Berechenbarkeit. Im Bereich des Umweltschutzes habe die Koalition nach der „langjährigen Verzögerungstaktik der SPD" die Bundesrepublik wieder an die europäische Spitze gebracht. Der SPD warf Genscher vor, sie befinde sich auf dem Abmarsch zu den Grünen. Aufgabe der Bonner Koalitionsparteien sei es, die Politik der Mitte auf allen Ebenen gegen die „rot-grüne Fortschrittsverweigerung" durchzusetzen. Die Aussichten der FDP bezeichnete Genscher als gut. Die Partei präsentiere sich nach einem schwierigen innerparteilichen Meinungsbildungsprozeß heute als eine „geschlossen handelnde liberale Partei".

RAF-Mitglied: Anwälte waren nur Laufburschen

Wagner-Prozeß: Neue Haftbedingungen für Terroristen

WERNER KAHL, Düsseldorf

Bei Kerzenschein in der Zelle eines Terroristen schlagen Gefangenenaufseher jetzt sofort Alarm. Denn Talglicht im Zellenfenster gehört nach den Erfahrungen der letzten Jahre zum Signalinstrumentarium illegalen Informationsaustauschs zwischen inhaftierten Terroristen und der Außenwelt. Das bestätigte in der vergangenen Woche der Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof (BGH), Horst Kuhn, als Zeuge vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht.

24-Punkte-Programm

Der Richter wurde im Prozeß gegen die RAF-Mitglieder Adelheid Schulz und Rolf Klemens Wagner zu einem von ihm selbst zusammengestellten 24-Punkte-Programm gehört. Kuhn kennt die kommunikativen Schleichwege der Szene aus polizeilichen Ermittlungen und von Geständnissen prominenter Aussteiger: Dierk Hoff, der frühere Bombenbauer der Baader-Meinhof-Bande in Frankfurt, Karl-Heinz Dellwo und Volker Speitel. Die letztgenannten hatten von Mitte der siebziger Jahre an mit Brigitte Mohnhaupt das Stuttgarter Büro des Anwalts Croissant als Informationsstützpunkt für die neue RAF organisiert.

Die neuen Haftbedingungen, die jetzt im Düsseldorfer Schulz/Wagner-Prozeß zur Sprache kamen, beruhen nach Angaben des Ermittlungsrichters auf gut zweijähriger Auswertung von Erfahrungen mit den „Info-Systemen" der Terrorismusszene. Auf sie ist auch das Verbot unter Punkt 4 des Beschlusses über Haftbedingungen zurückzuführen: „Der Haftraum des Beschuldigten darf nicht über die in der Justizvollzugsanstalt vorgeschriebene und für andere Gefangene geltende Zeit hinaus beleuchtet werden. Die Benutzung anderer Lichtquellen, wie Stehlampen, Taschenlampen, Kerzen u. ä. ist untersagt."

Nach den Erfahrungen vergangener Jahre hatten Gefangene ihre geheime Verlegung in eine andere Haftanstalt der Außenwelt dadurch mitgeteilt, daß sie eine Kerze ins Fenster stellten. In den ersten Jahren des Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland hatten Häftlinge Nachrichten durch „Kassiberschieben" oder „Pendeln" verbreitet, wobei sie zum Beispiel einen Strumpf, in dem eine Nachricht enthalten ist, mit einem Gewicht beschweren und ihn zum Nachbar hinüberschwingen.

Deshalb bestimmen die neuen Haftbedingungen: „Das Fenster des Haftraumes ist mit einer Schutzvorrichtung – z. B. Fliegendrahtgitter oder Lochblech – zur Vermeidung unkontrollierter Kontaktaufnahmen zu versehen, wobei ausreichende Sicht, ausreichender Lichteinfall und ausreichende Belüftung gewährleistet sein müssen."

Die präventiven Maßnahmen gegen illegale Kontakte und Befreiungsplanungen sehen bereits für festgenommene mutmaßliche Terrorismus-Anhänger vor: „Der Beschuldigte, sein Haftraum und die darin befindlichen Sachen sind täglich zu durchsuchen. Kenntnisnahme vom Inhalt der als Verteidigerpost gekennzeichneten Schriftstücke ist nicht zulässig." Und als weitere Sicherheitsmaßnahme wurde angeordnet: „Der Beschuldigte ist bei Tag und Nacht unauffällig zu beobachten." Besucher werden vor dem Betreten der Sprechzellen „durch Abtasten über der Kleidung und Durchsuchung der mitgebrachten Behältnisse" kontrolliert. Der Beschuldigte selbst ist nach dieser Anordnung „vor und nach jedem Besuch bei völliger Entkleidung und Umkleidung zu durchsuchen".

Die Rolle der RAF-Anwälte

„Verteidiger dürfen vor jedem Besuch durch Abtasten der Kleidung und Durchsicht der Behältnisse auch unter Zuhilfenahme eines Metalldetektors auf nicht der Verteidigung dienende Gegenstände durchsucht werden. Es ist ihnen nicht gestattet, Diktiergeräte, Tonbandgeräte u. ä. mitzunehmen ... Die Justiz beruft sich dabei auf das Einschleusen von Waffen in ausgehöhlten Akten durch Stuttgarter RAF-Anwälte. Mit diesen Pistolen erschossen sich 1977 Andreas Baader und Gudrun Ensslin in ihren Zellen.

„Die Anwälte im Stuttgarter Büro", so Aussteiger Speitel, „waren nur unsere Laufburschen". Ermittlungsrichter Kuhn dazu: „Aus diesen Erfahrungen wurden die Haftbedingungen angeordnet."

Formaldehyd: Geißler fordert Gutachten an

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Bis zum Oktober sollen sich das *Bundesgesundheitsamt, das Umwelt*bundesamt und die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung durch „eindeutige Aussage" darauf festlegen, ob Formaldehyd nach dem Chemikaliengesetz krebserzeugend ist. Bundesgesundheitsminister Heiner Geißler betonte gestern vor der Presse in Bonn, daß er auf der Grundlage dieser Ergebnisse „unverzüglich handeln" werde. Die bisherigen unterschiedlichen Äußerungen über Formaldehyd ließen aber ein Einschreiten in diesem Augenblick nicht zu.

Unter Hinweis auf eine Kleine Anfrage der Fraktion der Grünen im Bundestag zum Thema Formaldehyd meinte Geißler, politische Entscheidungen müßten sich vor allem, wenn sie wie in diesem Falle von großer Tragweite seien, auf eindeutige wissenschaftlichen Aussagen stützen, die „nicht durch politische Meinungen und Vorurteile ersetzt werden können". Ausdrücklich wandte sich der Minister gegen den Verdacht, er habe in der Diskussion um die Aus*wirkungen der im Bauwesen wie in* der Kosmetikindustrie verwendeten Chemikalie etwas „vertuscht". Er habe nur Sorge getragen, daß nicht „Teil-Informationen" zur Basis von Entscheidungen gemacht würden.

Damit bezog sich Geißler auf einen Brief des Bundesgesundheitsamtes (BGA) an sein Ministerium vom 4. November 1983, dessen die Gefahren von Formaldehyd *schildernder Inhalt* durch nachfolgende Schreiben des BGA relativiert worden seien. Hier hatte es geheißen, daß die „realen Expositionsbedingungen des Menschen" im Zusammenhang mit der Chemikalie „mit großer Wahrscheinlichkeit keine Erhöhung der Tumorhäufigkeit bewirken". Wenn ein Stoff aber nur minimale Auswirkungen habe, so Geißler, könne man „nicht ganze Betriebe schließen".

Eine erste Kleine Anfrage der Grünen hatte sich darauf gestützt, daß bei Verbot von Formaldehyd die ganze Branche einen Verlust von etwa 300 Milliarden Mark erleiden würde. Das Gesundheitsministerium hatte daraufhin festgestellt, für die Ermittlung des tatsächlichen Gesundheitsrisikos spiele eine solche Aussage keine Rolle. Geißler warnte insgesamt in dieser Diskussion vor böswilligen Unterstellungen.

Ausländerrecht: FDP bleibt auf Gegenkurs zum Koalitionspartner

Keine Nachgiebigkeit bei Herabsetzung des Nachzugsalters für Kinder / Hinweis auf die Kirchen

PETER PHILIPPS, Bonn

Die FDP hält unverrückbar an ihren, dem Koalitionspartner CDU/CSU entgegengesetzten Positionen im Ausländerrecht fest. Dies ist gestern von allen Diskussionsrednern auf der Präsidiumssitzung der Partei deutlich gemacht worden. Vor allem der nordrhein-westfälische Bundestagsabgeordnete Burkhard Hirsch und die Ausländer-Beauftragte der Bundesregierung, die FDP-Politikerin Lieselotte Funcke, stellten klar, daß an ein Nachgeben in den in erster Linie strittigen Fragen der Herabsetzung des Nachzugsalters für Kinder von 16 auf sechs Jahre, des Aufenthaltsrechts und der Erschwerung des Ehegattennachzugs *nicht zu denken* sei.

In der ersten Sitzung des FDP-Führungsgremiums nach der Sommerpause war das Ausländerrecht neben dem Bericht zur politischen Lage durch den Parteivorsitzenden Hans-Dietrich Genscher als einziges politisches Schwerpunktthema auf die Tagesordnung gesetzt worden. Frau Funcke war eingeladen worden, um über die praktischen Erfahrungen aus ihrem Tätigkeitsbereich und über die derzeitigen Hauptprobleme der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländer zu berichten. Gemeinsam mit dem Koalitionspartner müssen die Regierungsmitglieder der FDP derzeit nach einem Kompromiß bei der Beantwortung einer Großen Anfrage der SPD suchen, in der auch alle strittigen Themen angesprochen sind. In der heutigen Kabinettssitzung sollen die Fragen erstmals gemeinsam „andiskutiert" werden. Dabei beruft sich die FDP zur Untermauerung ihrer Positionen immer wieder auf den engen, ungewöhnlichen Schulterschluß, den sie in diesem Bereich mit beiden großen christlichen Kirchen habe, und auf „Sympathien auch in der Union".

Die Grundlinie der FDP in dieser Frage hatte Parteichef Genscher in der vergangenen Woche bereits im ARD-„Bericht aus Bonn" vorgegeben: Die „liberale Handschrift" solle deutlich werden. Seine Partei will auf diesem Feld eigenes Profil in Abgrenzung zur CDU/CSU beweisen. Von Teilnehmern der Präsidiumssitzung wurde ausdrücklich auf die Koalitionsvereinbarung verwiesen, in der mit der Union die Rückkehr-Förderung der Ausländer in ihre Heimat hineingeschrieben habe. Über alle weiteren Maßnahmen sei nach einer Erfolgskontrolle zu beraten. Wenn diese Vereinbarung gelte, dann bestehe nicht der von Innenminister Friedrich Zimmermann gesehene Handlungsbedarf. Denn die Ausländerzahl gehe jetzt zurück und auch die Befürchtungen über den Familiennachzug hätten sich nicht bestätigt. Es gebe keine Gründe für weitere Restriktionen.

Unüberhörbar war die Warnung an Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann, der nicht glauben könne, zum Beispiel die „*Vorabstimmung*" mit der Türkei über die Freizügigkeitsregelungen „wegwischen" zu können. Man könne und wolle nicht an einer „Diskriminierung der Türken mitwirken". Die FDP-Führung sei zwar durchaus bereit, nach Kompromissen mit der Union bei der Beantwortung der Großen Anfrage zu suchen. Aber von ihren Grundpositionen werde sie mit Sicherheit nicht abweichen.

Union sucht offenes Gespräch mit FDP

p.p. Bonn

In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion werden Forderungen laut, sich mit dem Koalitionspartner FDP zu einer offenen Diskussion über die noch unerledigten Vorhaben im Bereich der Innenpolitik zusammenzusetzen. Dabei gehört vor allem die von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann betriebene Novellierung des Ausländerrechts zu den Streitpunkten, über die man nach Ansicht des Unions-Obmannes im Innenausschuß, Paul Laufs, „in Ruhe miteinander reden" sollte. Sein Fraktionskollege Franz-Heinrich Krey, stellvertretender Ausschuß-Vorsitzender, ergänzte im Gespräch mit der WELT, daß man eine „offene Bestandsaufnahme mit dem Partner" machen und die bisherigen Positionen diskutieren müsse. „Die Zeit ist *nicht stehengeblieben.*"

Zimmermann findet mit seiner Linie im Ausländerrecht – Herabsetzung des Zuzugsalters und Restriktionen beim Familiennachzug – einhellige Unterstützung in seiner Fraktion. So ist Laufs der Ansicht, daß die Novelle inzwischen überfällig sei, nachdem das Bundesland Hessen zu einem „Alleingang" angesetzt habe. Dieser sei geeignet, im Ausland „falsche Erwartungen zu wecken". Er lade nachgerade zum Unterlaufen des Anwerbestopps von 1973 ein. Eindringlich verweist der Unions-Abgeordnete, der zur Zeit in den USA umwelt- und energiepolitische Maßnahmen studiert, darauf, daß „das Mittel der vom Grundgesetz vorgesehenen Bundesaufsicht gegenüber den gegenwärtigen hessischen Eskapaden noch nicht einsetzbar" sei, aber die Zeit dränge, eine bundeseinheitliche Regelung zu schaffen. Jedoch ist er ebenso wie Krey skeptisch, ob sich dieses Vorhaben noch in diesem Jahr mit der FDP bewerkstelligen läßt. Krey ist jedenfalls „nicht sehr optimistisch", denn die Positionen „gehen sehr weit auseinander". Die letzte Hoffnung ist jetzt die Antwort, die die Bundesregierung voraussichtlich im September auf die vorliegende Große *Anfrage zu diesem Themenkomplex* abgeben muß. In der Fraktion hofft man, daß man auf der dort formulierten Kompromißbasis eine „gemeinsame politische Linie entwickeln kann".

Wegen des genauso großen Dissenses rechnet die Unions-Fraktion auch nicht mehr mit einer Einigung mit der FDP über das Versammlungsrecht. An einem anderen Punkt sollen aber bis zum Ende des Jahres noch Nägel mit Köpfen gemacht werden: Trotz der jüngst von Finanzminister Stoltenberg bekräftigten Ablehnung unterstützt die Fraktion mehrheitlich den Wunsch von Zimmermann, zusätzliche Kaufanreize für abgasarme Autos zu schaffen. Für Laufs wie für Krey ist dies eine „Notwendigkeit", wenn man vom 1. Januar 1986 an die umweltfreundlichen Wagen einführen wolle.

Wir trauern um unseren Gesellschafter und Geschäftsführer, Herrn

Alois Lauer

geb. 4. April 1901 gest. 25. August 1984

Mit der Gründung der Firmen Alois Lauer Stahl- und Rohrleitungsbau GmbH, Ludwigshafen, im Jahre 1946, und der Stahl- und Rohrleitungsbau Alois Lauer GmbH, Frankfurt, 1958, hat Herr Lauer zum Wiederaufbau unseres Landes einen erheblichen Beitrag geleistet. Er hinterläßt intakte, leistungsfähige Unternehmen.

Wir verlieren eine tatkräftige, ausgeprägte Unternehmerpersönlichkeit und einen väterlichen, verständnisvollen Freund.

Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.

Alois Lauer Stahl- und Rohrleitungsbau GmbH
Ludwigshafen

Stahl- und Rohrleitungsbau Alois Lauer GmbH
Frankfurt

Die Trauerfeier findet statt am Donnerstag, dem 30. August 1984, um 14.00 Uhr in der Heilig-Sakrament-Kirche, 6638 Dillingen/Saar. Anschließend ist die Beisetzung auf dem Waldfriedhof.

Teures Eurom

Wb. – Im Getümmel der Neuheiten und Sensatiönchen blieb eine Überraschung auf der „hifivideo" in Düsseldorf relativ unbeachtet: Die Preise für die wahrscheinlich zum Herbst lieferbaren Farbfernsehgeräte mit eingebautem Bildschirmtextdecoder Marke „Eurom". Nach den ersten Ankündigungen werden sie um 1200 bis 1400 Mark über den Preisen der jeweiligen „Normal"-Fernsehgeräte liegen.

Damit dürften viele Hoffungen enttäuscht werden, nicht zuletzt die des Postministers. Denn das Projekt „Eurom" hatte vor allem ein Ziel: Den Decoderpreis unter die magische Grenze von 1000 Mark zu drücken und das System Bildschirmtext damit für den breiten Markt attraktiv zu machen. Der vollintegrierte Ein-Chip-Decoder scheint nicht nur sein zeitliches Ziel verfehlt zu haben.

Denkbar wäre allerdings auch, daß die Geräte-Anbieter ihre Kalkulation auf die veränderten Erwartungen für den Btx-Markt eingestellt haben, die von einem zunächst schmalen Konsumentenmarkt und einer vorwiegend professionellen Anwendung des Systems ausgehen. Möglicherweise stellt die Branche sich mit ihren Gerätepreisen aber auch auf das Niveau ein, das der bisherige Alleinanbieter im Konsumentenbereich, Loewe Opta, schon seit längerem vorgegeben hat. Lachender Dritter bleibt Loewe ohnehin: Der vom Eurom erwartete Zwang zu Preissenkungen bleibt vorerst aus, und der eigene integrierte Decoder mit deutlichen Kostenvorteilen geht zur Jahreswende in die Serienproduktion.

Gebührenstreik

J. Sch. (Paris) – Die französische Regierung hat es nicht leicht, das ihr von Staatspräsident Mitterrand gesetzte Budgetziel zu erreichen. Danach soll dieses Jahr das Haushaltsdefizit von zur Zeit 3,3 auf drei Prozent des Bruttosozialprodukts gesenkt und 1985 darüber hinaus die Ausgabenlast um einen Prozentpunkt dieses Produkts abgebaut werden. Zu diesem Zweck wurde kürzlich eine massive Erhöhung der Telefongebühren beschlossen. Ihr Ertrag wird aber nicht etwa der (rentablen) Postverwaltung zufließen, sondern muß der Regierung abgeliefert werden. Das ist rechtlich unzulässig, behauptet Jean François-Poncet, ehemaliger Außenminister und heute Senator der Opposition. Aber noch ehe seine Klage beim Staatsrat, dem obersten Verwaltungsgericht, entschieden wurde, forderte der größte Verbraucherverband des Landes die Franzosen auf, bei ihrer nächsten Telefonrechnung die Gebührenerhöhung nicht zu bezahlen. Sie riskieren dann allerdings außer Strafen und Zwangseintreibung die Abschaltung des Telefons – es sei denn, der „Gebührenstreik" würde massiv befolgt.

ELEKTRIZITÄTSWIRTSCHAFT / VDEW: Struktur der Branche hat sich bewährt

Die „dezentrale Energieversorgung" ist schon heute verwirklicht

HEINZ STÜWE, Bonn

Die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) warnt davor, die gewachsene Struktur der öffentlichen Stromversorgung zu verändern. VDEW-Vorsitzender Gerhard Hecker wandte sich in Bonn dagegen, die Forderung nach einer „dezentralen Energieversorgung" als Gegensatz zur derzeitigen Elektrizitätswirtschaft zu sehen. „Eine dezentrale Organisationsform innerhalb der Elektrizitätswirtschaft ist bereits realisiert. Dabei werden die Entscheidungen der Versorgungspolitik von einer größeren Anzahl unabhängiger, selbständig wirtschaftender Unternehmen getroffen", erklärte Hecker.

Einem vermehrten Einsatz kleiner Erzeugungseinheiten sieht der VDEW-Vorsitzende vor allem durch Kostennachteile Grenzen gesteckt. Den Anlaß für diese Aussagen lieferte die hessische Landesregierung, die ihre Energiepolitik unter eben dieses Schlagwort einer „dezentralen Energieversorgung" gestellt hat. Adressaten für seine „vorbeugenden" Warnungen sieht die VDEW aber nicht nur innerhalb des Wiesbadener Regierungsbündnisses von SPD und Grünen, sondern offensichtlich auch in Bonn; auch wenn derzeit keine Bestrebungen erkennbar seien, beispielsweise das Energiewirtschaftsgesetz zu ändern.

Dazu sieht die VDEW auch keinen Grund. Hecker unterstrich die vielschichtige der Branche, die historisch gewachsen sei. Von den knapp 700 in der VDEW-Statistik erfaßten Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) erzeugen mehr als 300 selbst Strom. Sie betreiben insgesamt 961 Kraftwerke, von denen 90 Prozent eine Leistung von unter 200 Megawatt haben. Eigenanlagen der Industrie und der Bundesbahn. bestreiten zusammen 17 Prozent der Stromversorgung. Neben den Industrie-Eigenanlagen, die rund 42 Prozent ihrer Stromerzeugung an das öffentliche Netz abgeben, werden von der Elektrizitätswirtschaft noch die rund 3000 kleinen privaten Wasserkraftanlagen genutzt. Bei einem Anteil am Primärenergieverbrauch von derzeit 1,4 Prozent sei es allerdings „eine Illusion zu glauben, kleine Wasserkraftwerke könnten Großkraftwerke ersetzen".

Ein weiteres Beispiel für den nur begrenzt möglichen Einsatz kleinerer Einheiten sind für Hecker Blockheizwerke, die etwa Schwimmbäder oder Krankenhäuser gleichzeitig mit Strom und Wärme versorgen. Die größten Probleme sieht der VDEW-Vorsitzende hier in der Wirtschaftlichkeit.

Generell seien die Möglichkeiten für die Kraft-Wärme-Kopplung begrenzt. Zur Zeit trügen die Heizkraftwerke der Fernwärmeversorgung nur drei Prozent zur Deckung des Strombedarfs bei. Selbst wenn die Fernwärme ihren Absatz in Zukunft verdreifachen würde, müßten somit noch 90 Prozent der Stromerzeugung aus überwiegend großen Kondensationskraftwerken kommen.

Daß die Fernwärme nicht zum „Allheilmittel" werden könne, liegt nach Ansicht Heckers nicht an einer mangelnden Bereitschaft der EVUs. Ausschlaggebend sei, daß

- sie nur in Ballungsräumen konkurrenzfähig sein könne,
- gerade in solchen Gebieten oft bereits eine leistungsfähige Gasversorgung vorhanden sei und
- sie zudem durch Umweltschutzauflagen behindert werde. Denn für kleine, ortsnahe Anlagen zur gemeinsamen Strom- und Fernwärmeversorgung gelten die gleichen scharfen Auflagen wie für reine Stromerzeugungskraftwerke.

Im Umweltschutz ist die deutsche Elektrizitätswirtschaft nach Aussage Heckers „führend in ganz Europa". Bis 1993 werde die Schwefeldioxid-Abgabe der Kraftwerke auf ein Viertel des heutigen Wertes zurückgehen. Staatliche Subventionen für die Umrüstung, wie von der Düsseldorfer Landesregierung gefordert, lehnte Hecker zwar ab. Es müsse jedoch klar sein, „daß diese Maßnahmen Geld kosten und sich das auf die Preise auswirken wird". Auf Nordrhein-Westfalen und Saarland mit ihrem hohen Anteil von Kraftwerken mit fossilen Brennstoffen sieht Hecker daher besondere Belastungen zukommen.

CHEMISCHE INDUSTRIE

Wachstumsziel zur Halbzeit deutlich nach oben korrigiert

JOACHIM WEBER, **Frankfurt**

In der deutschen Chemie stehen die Signale erstmals seit mehreren Jahren wieder deutlich auf Expansion. Das gilt nicht nur für die kurzfristigen Erwartungen: Bei den rund sieben (1983: 6,5) Milliarden Mark, die die Branche in diesem Jahr investieren will, spielen die Erweiterungsinvestitionen zum ersten Mal wieder eine größere Rolle als Rationalisierungsmaßnahmen oder Ersatzbeschaffungen, so der Verband der Chemischen Industrie in seiner Halbjahresübersicht.

Noch in der Investitionsplanung 1983 hatten Erweiterungsvorhaben mit einem Anteil von 29 Prozent die geringste Bedeutung gehabt. Im Vordergrund standen seinerzeit noch die Ersatzinvestitionen mit 40 Prozent und die Rationalisierungs-Projekte mit 31 Prozent. Darauf, daß die Chemie ihren „großen Hausputz" weitgehend abgeschlossen hat, deutet auch die Stabilisierung der Beschäftigtenzahlen bei 547 000 (Jahresbeginn: 549 000) Mitarbeitern hin.

Zum neu erwachten Langfrist-Optimismus hat sicherlich auch die aktuelle Entwicklung beigetragen. Begünstigt durch die exportfördernde Wirkung des starken Dollar verlief das erste Halbjahr für die Chemie so gut, daß sie ihre zu Jahresbeginn gegebene Prognose eines zwei- bis dreiprozentigen realen Wachstums im Gesamtjahr 1984 jetzt auf fünf Prozent korrigierte.

In der ersten Jahreshälfte hat der (nach *Mitarbeitern*) *viertgrößte* deutsche Industriezweig seine Umsätze insgesamt um 14,4 Prozent auf 71,4 Milliarden Mark gesteigert. Bei Preiserhöhngen von durchschnittlich 3,5 Prozent entsprach das einem realen Wachstum von knapp elf Prozent. Die damit deutlich verbesserte Kapazitätsauslastung von mehr als 85 Prozent (im Grundstoffbereich) sorgte trotz der Kostensteigerungen bei Personal, Rohstoffen und Energie für eine weiter verbesserte Ertragslage.

Im weiteren Jahresverlauf wird die Wachstumskurve – schon im zweiten Quartal leicht abgeflacht, nicht zuletzt durch die Auswirkungen der Arbeitskämpfe – deutlich flacher verlaufen, weil hier die Vorjahresbasis bereits sehr hoch lag.

Für den starken Rückenwind der ersten sechs Monate sorgte vor allem das Auslandsgeschäft. Der Auslandsumsatz der deutschen Industrie – darin nicht enthalten Lieferungen von Export-Handelsunternehmen ohne Wissen der Industrie – wuchs mit einem Plus von 20,5 Prozent auf 31,4 Milliarden Mark doppelt so schnell wie der Inlandsumsatz, der mit 40 Milliarden Mark ein Wachstum von zehn Prozent erreichte.

Die Exporte – einschließlich der Händlerlieferungen – kamen mit 36,1 Milliarden Mark sogar auf einen Zuwachs von 21,5 Prozent und erreichten damit einen Anteil von erstmals mehr als 50 Prozent der Produktion. Günstig lief das Geschäft mit dem Dollarraum.

Kritischer Zustand

Von WILHELM HADLER, Brüssel

Kürzer als sonst haben sich die Außenminister der EG in diesem Jahr ihre Sommerpause bemessen. Grund ist der kritische Zustand der Beitrittsverhandlungen mit Spanien. Die Sonderkonferenz am kommenden Montag hat das Ziel, die interne Meinungsbildung über die Beitrittsbedingungen voranzubringen, die ja im engen Zusammenhang mit den Bemühungen um eine Reform der europäischen Agrarpolitik steht. Auch in einigen anderen Bereichen wird es höchste Zeit, daß sich die Zehn über ihre Verhandlungsposition klarwerden.

Ankündigungen, wonach es bereits im Juni während der französischen Präsidentschaft in groben Umrissen zu einer Übereinkunft über die notwendigen Anpassungen im gewerblichen und landwirtschaftlichen Bereich gekommen sei, hatten sich schnell als Schönfärberei herausgestellt. Sowohl über den Rhythmus des Zollabbaus wie über die Fristen, die für die Einbeziehung der „sensiblen" spanischen Agrarerzeugnisse in das europäische Marktordnungssystem gelten sollen, gehen die Meinungen noch weit auseinander.

Anders als die Griechen, denen unter ihrer damaligen Regierung vor allem an schnellen Entscheidungen lag, *verhandeln die Spanier selbstbewußt* und schlucken bei weitem nicht jedes Angebot der Gemeinschaft. Das ist sicherlich richtig, denn nichts wäre mißlicher als wie in der Vergangenheit wichtige Probleme auf die Zeit nach der Erweiterung zu verschieben.

Elf Jahre nach dem Beitritt Großbritanniens krankt die EG immer noch an Ungereimtheiten die eigentlich auf Versäumnisse bei den damaligen Beitrittsverhandlungen zurückzuführen sind. Die Dänen zeigen den Partnern bei allen Fragen die kalte Schulter, für die die Römischen Verträge keinen direkten Handelsbedarf geschaffen haben.

Einvernehmen besteht inzwischen darüber, daß die Übergangsperiode für die Industrie, die Landwirtschaft und den freien Zugang spanischer Arbeitnehmer zur Gemeinschaft grundsätzlich sieben Jahre betragen soll. Ausnahmen sollen für frisches Obst und Gemüse gelten, vor allem aber für Wein und Olivenöl. Diese typischen Mittelmeer-Erzeugnisse bedeuten eine erhebliche Konkurrenz für die italienischen und französischen Landwirte. Ihre Einfügung in die geltenden Agrarmarktregeln lassen – wenn nichts geschieht – horrende Überschüsse und entsprechend hohe zusätzliche finanzielle Belastungen befürchten.

Die Spanier halten wiederum Zugeständnisse beim Zollabbau für gewerbliche Erzeugnisse zurück. Sie sperren sich vor allem gegen die Beseitigung bestimmter Hochzölle (zum Beispiel bei Kraftfahrzeugen) so lange ihnen die EG nicht im agrarpolitischen Bereich merklich entgegen kommt.

Hier ist es zwar gelungen, den hinhaltenden Widerstand der Franzosen abzumildern, nicht aber den der Italiener und Griechen. Beide Länder beharren entschieden darauf, daß die gegenwärtigen Marktordnungen für Olivenöl und Wein im Sinne einer stärkeren Einkommenssicherung ausgebaut werden. Das Interesse der nördlichen Mitglieder ist es dagegen, die EG-Finanzen nicht völlig aus dem Ruder laufen zu lassen.

Bei den Fischereiproblemen, die für Spanien von besonderer Bedeutung sind, hat die EG bislang ebenfalls noch viel Phantasie gezeigt. Alles was sie Madrid vorschlagen konnte war eine zehnjährige Übergangszeit, in der jeder nur in seinen bisherigen Gewässern fischen soll. Die Spanier wollen ein solches Stillhalte-Abkommen keinesfalls akzeptieren. Andererseits genügt es, sich an das endlose Palaver um die Aufteilung der Fischgründe im „EG-Meer" zu erinnern um zu sehen, warum sich die Gemeinschaft mit Zugeständnissen so schwer tut.

Die Zehn müssen trotzdem über ihren Schatten springen und sich in den nächsten Wochen auf eine konstruktive und realistische Marschroute bei den Verhandlungen einigen. Die Gespräche dauern nun schon länger als fünf Jahre und der Termin des Beitritts muß immer wieder verschoben werden. Sollen sich die Tore der EG zum 1. Januar 1986 für Madrid und Lissabon öffnen, müssen in diesem Herbst Nägel mit Köpfen gemacht werden. 1985 beginnt Frankreich bereits den Blick auf die Parlamentswahlen des darauffolgenden Jahres zu richten. Die Ratifizierung der Beitrittsverträge wird um so mehr Probleme schaffen, je länger sie sich hinauszögert.

AUF EIN WORT

» Was die nächsten Monate angeht, so erwartet jetzt jedes vierte Unternehmen, daß es weiter aufwärts geht - nur noch 16 Prozent befürchten einen Konjunkturrückschlag. Eine so hohe Optimismusquote in der Wirtschaft haben die Kammern im letzten Jahrzehnt nicht mehr registriert. «

Wolf Aengeneyndt, Präsident der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel-Kleve zu Duisburg FOTO: HEINZ-JÜRGEN ANHÖCK

Leistungsbilanz ausgeglichen

cd. **Frankfurt**

Die deutsche Leistungsbilanz war im Juli mit einem kleinen Minus von 0,2 Mrd. DM fast ausgeglichen, nachdem sie im Juni mit einem Defizit von 3,2 Mrd. DM und im Juli letzten Jahres mit einem Fehlbetrag von 3,3 Mrd. DM geschlossen hatte. In den ersten sieben Monaten war der Überschuß mit 1,3 Mrd. DM niedriger als in der gleichen Vorjahreszeit. Im Außenhandel hat die Bundesrepublik im Juli einen Überschuß von drei Mrd. DM erwirtschaftet nach 1,3 Mrd. DM im Juni und knapp 2,2 Mrd. DM im Juli 1983. Von Januar bis Juli ergab sich ein Exportüberschuß von 23,0 (Vorjahr 24,3) Mrd. DM.

FORSCHUNGSPOLITIK

Industrie begrüßt den von Bonn eingeleiteten Wandel

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hat den von der Bundesregierung eingeleiteten Wandel in der Forschungs- und Technologiepolitik begrüßt, vor allem die Rollenverteilung zwischen Staat und Wirtschaft. Danach seien, wie es in der *Forschungsminister Heinz Riesenhuber* übermittelten Grundsatzposition heißt, industrielle Forschung, Entwicklung und Innovation originäre Aufgaben der Unternehmen. Voraussetzung dafür sei allerdings, „daß die Politik die Eigenanstrengungen der Industrie durch langfristig berechenbare forschungs- und innovationsfreundliche Rahmenbedingungen ermöglicht und ermutigt".

Staatliche Forschungsförderung könne wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragsfähigkeit der Wirtschaft nicht ersetzen. Zentraler Ansatzpunkt dabei sei die schrittweise Entlastung bei den Unternehmensteuern. Der BDI begrüßt auch die weitere Verringerung der immer noch zu hohen Zahl der Förderprojekte. Der von der Bundesregierung angestrebten besseren Zusammenarbeit von Industrieforschung, Hochschulen und Großforschungseinrichtungen mißt auch der BDI entscheidende Bedeutung bei. Hier liege ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik.

Notwendig sei auch eine konsequente Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes. Ohne den Abbau bestehender Hemmnisse und die Harmonisierung der Normen würden die jüngsten EG-Initiativen zur Forschungs- und Technologiepolitik nicht erfolgreich sein können. Die EG dürfe sich jedoch nicht abschotten.

RUHRKOHLE-BETEILIGUNG

VEW und West-LB wollen ihre Argumente vertiefen

HANS BAUMANN, **Essen**

Gelassen reagieren die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen AG und die Westdeutsche Landesbank auf einen „Vorentscheid" des Bundeskartellamtes, wonach die Berliner Wettbewerbshüter nun doch nicht den vorgeschlagenen Kompromiß zur Neuordnung der Beteiligungsverhältnisse an der Ruhrkohle AG genehmigen möchten. Die Betroffenen sind nun aufgefordert, ihre Argumente – wenn möglich „vertieft" – erneut in Berlin vorzutragen.

Die VEW weisen darauf hin, daß sie am Schicksal der Ruhrkohle interessiert seien, weil sie mit diesem Unternehmen noch Kohlelieferverträge in der Größenordnung von rund 20 Mrd. Mark abzuwickeln hätten, daß sie generell an der Zukunft des Reviers interessiert seien und neue Technologien zur Sicherung der Zukunft des heimischen Brennstoffes entwickelten. Die West-LB ist daran interessiert, einen Fuß in der Ruhrkohle zu haben.

Um dem Kartellamt das Ja zur neuen Aktiengruppierung, die schließlich von Bonn aus angeregt worden war, zu erleichtern und die Sorge zu nehmen, Veba und VEW könnten später einmal ihre Anteile poolen und die RAG majorisieren, wurde die Gründung eines Pools vorgeschlagen, in dem VEW 51 Prozent und West-LB 49 Prozent der rund 30 Prozent Ruhrkohle-Anteile vertreten sollten. Die Veba würde dann nach Übernahme von RAG-Papieren von bisherigen Stahleigentümern auf 39 Prozent des Ruhrkohle-Kapitals von 534,5 Mill. Mark kommen. VEW kündigen an, daß sie eine Stellungnahme zur Vorentscheidung des Berliner Amtes mit dem Landeswirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, Jochimsen, formulieren wollen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

BDI sieht keinen Grund zum Pessimismus

Köln (dpa/VWD) – Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) sieht noch kein Ende der wirtschaftlichen Belebung. Wenn auch die Konjunkturentwicklung in der Bundesrepublik im zweiten Quartal 1984 aus dem Tritt geraten ist, besteht nach Ansicht des BDI kein Grund zur Resignation. Zwar hätten die Auswirkungen der Arbeitskämpfe deutliche Spuren hinterlassen, heißt es im neuesten Konjunkturbericht des BDI, doch sei es nicht angebracht, gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten nachzutrauern oder „vom Ende des Aufschwungs" zu sprechen.

Japan will Zinssenkung

Tokio (dpa/VWD) – Japan will auf der bevorstehenden Jahreskonferenz des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank in Washington eine Korrektur der hohen amerikanischen Zinssätze verlangen. Wie aus dem japanischen Finanzministerium verlautete, wird Finanzminister Noboru Takeshita bei seiner Eröffnungsansprache die schädlichen *Auswirkungen der hohen Zinsen und* der US-Budgetdefizite auf die Weltwirtschaft verdeutlichen. Japan übernimmt bei der Konferenz, die am 24. September beginnt, zum ersten Mal den Vorsitz.

Lebhafter Ordereingang

Düsseldorf (Py.) – Nach lebhaftem Verlauf sind die Internationale Herren-Mode-Woche und die Internationale Jeans-Messe in Köln mit guten bis befriedigenden Orderergebnissen zu Ende gegangen. An Frühjahr/Sommer-Mode 1985 waren vor allem hochwertige, modische Strickwaren, leichte Sportswear und sportliche Kombinationen gefragt. Die Preise blieben im großen und ganzen stabil. *Höhere Preise wurden nur bei hoch*modischen bis avantgardistischen Modellen verlangt. Insgesamt wurden die beiden Messen von 31 000 Facheinkäufern besucht. Davon stammten 8500 aus dem Ausland. Damit stieg der Auslandsanteil am Besuch von 25 auf 27 Prozent.

UdSSR erhöht Ölpreis

Paris (AFP) – Die Sowjetunion hat eine Preis-Anhebung von 0,25 Dollar pro Barrel für Rohöl aus dem Ural-Gebirge beschlossen. Der Barrel-Preis für sowjetisches Öl werde im September 27,75 Dollar betragen, hieß es aus internationalen Ölkreisen in Paris. Anfang August hatte die UdSSR, parallel zu dem Preisfall auf dem freien Markt, ihren Ölpreis um 1,50 Dollar gesenkt.

Weniger gespart

Frankfurt (dpa/VWD) – Angesichts sinkender Realeinkommen sparen die Deutschen weniger und zinsbewußter. Dies zeigt sich in den neuesten Zahlen der Deutschen Bundesbank. So verringerte sich die gesamte Geldkapitalbildung in der Bundesrepublik im Juli 1984 gegenüber dem Vormonat um 0,3 Milliarden auf 1061,3 Milliarden DM. Die Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist gingen im Juli um 5,3 Milliarden auf *180,9 Milliarden DM* zurück, während die Anlagen in die höher verzinsten Sparbriefe um 0,7 Milliarden auf 145,8 Milliarden DM stiegen.

Aktivitäten an Ariola

Hamburg (dpa) – Die Tonträgeraktivitäten von Gruner + Jahr, Hamburg mit den beiden hauseigenen Marken „Maritim" und „Marifon" werden künftig im Bertelsmann-Musikbereich von Ariola fortgesetzt. Ariola plant mit dem US-Medienkonzern RCA eine weltweite Zusammenarbeit. Grund der Eingliederung ist, daß weder Ariola noch RCA über eine Niedrigpreismarke (bis zehn DM pro Tonträger) verfügen, die nun von Gruner + Jahr eingebracht wird. Ber*telsmann übernimmt alle Mitarbeiter.* Bei Gruner + Jahr verbleiben die Musikverlage Magazine Music und Magister Music.

AUSLANDSINVESTITIONEN

Bonn: Deutsche Wirtschaft unterschätzt Pazifik-Raum

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Die deutsche Wirtschaft muß sich stärker in den Industrieländern am Pazifik engagieren. Denn nur so kann im Fall Kanadas und Australiens sowie auf längere Sicht auch in Alaska und Neuseeland der Zugang zu den Rohstoffreserven der Länder gesichert werden. Höhere Direktinvestitionen sind auch notwendig, um von den Produktionskostenvorteilen zu profitieren, die beispielsweise in Washington, British Columbia, Australien und Neuseeland hinsichtlich der Stromkosten bestehen. Vor allem geht es jedoch darum, das beachtliche Marktpotential der Länder zu erschließen. Dabei muß primär der jeweilige Binnenmarkt des Investitionslandes im Vordergrund stehen.

Zu diesem Ergebnis kommt das ITE-Institut zur Erforschung Technologischer Entwicklungslinien in Hamburg in einem Gutachten „Deutsche Investitionen in Australien, Japan, Kanada, Neuseeland und den USA als Ausgangspunkte für wirtschaftliche Aktivitäten im pazifischen Raum". In der Untersuchung, die im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums erstellt wurde, wird darauf hingewiesen, daß 1983 fast 60 Prozent des realen Bruttoinlandsprodukts aller westlichen Industriestaaten am Pazifik erwirtschaftet wurden. Von den deutschen Exporten flossen 1980 jedoch nur 11,3 Prozent in diesen Raum, werden die USA ausgeklammert, so waren es nicht mehr als fünf Prozent. Auch bei den deutschen Direktinvestitionen sieht es nicht anders aus. Von ihnen entfielen zwar auf die fünf Industrieländer des pazifischen Beckens rund ein Drittel, davon jedoch mehr als 95 Prozent allein auf die USA und Kanada.

ORTSKRANKENKASSEN / Erfolgreiche Kostendämpfung im Medizinbetrieb

Um eine Milliarde Mark entlastet

PETER JENTSCH, **Bonn**

Eine erfolgreiche Kostendämpfungspolitik im Medizinbetrieb, hat nach Darstellung des Bundesverbandes der Ortskrankenkassen (BdO) seit 1982 zu erheblichen Einsparungen der gesetzlichen Krankenversicherung geführt. Die 270 Ortskrankenkassen haben im vergangenen Jahr durch eine Senkung ihrer Beitragssätze von durchschnittlich 12,37 Prozent Ende 1982 auf 11,83 Prozent Anfang 1984 die Versicherten und ihre Arbeitgeber um gut eine Milliarde Mark entlasten können. Das sei nur möglich geworden, weil es gelungen sei, auch 1983 den Ausgabenanstieg weitgehend im Rahmen der Grundlohnentwicklung (Erhöhung der beitragspflichtigen Entgelte der Versicherten) um 3,6 Prozent und damit des Einnahmezuwachses zu halten.

Angesichts dieser „erfreulichen Bilanz" weist der BdO daraufhin, daß damit auch die Beitragssatzerhöhungen der Jahre 1981 und 1982 wieder zurückgenommen werden konnten. Die Ortskrankenkassen machen *aber zugleich deutlich, daß seit Mitte* 1983 die Ausgaben in der gesamten Krankenversicherung wieder deutlich stärker stiegen als die Einnahmen. Diese Kostenbeschleunigung habe sich auch im ersten Halbjahr 1984 fortgesetzt. Sollte der Trend anhalten, sei die gerade erreichte Beitragsstabilität gefährdet.

Als Ursachen für das gemäßigte Ausgabenwachstum in Höhe von 3,8 Prozent im vergangenen Jahr nennt der BdO eine „verantwortungsvolle Preispolitik der Vertragspartner – vor allem der Ärzte und Zahnärzte –, eine zurückhaltende Inanspruchnahme der Leistungen durch die Versicherten, aber auch Kostenverlagerungen auf die Versicherten durch verschiedene gesetzliche Maßnahmen". Ohne diese Kostenverlagerungen wie die Einführung und Erhöhung der Selbstbeteiligung bei Krankenhausaufenthalt, Kuren oder Arzneimitteln sowie die Herausnahme sogenannter Bagatellarzneimittel aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung wären die Ausgaben 1983 um 4,5 Prozent gestiegen.

Für die einzelnen Leistungsbereiche ergaben sich im Durchschnitt aller Ortskrankenkassen im vergangenen Jahr folgende Ausgabenzuwächse: die ambulante Behandlung durch niedergelassene Ärzte stieg um 5,2 Prozent, durch Zahnärzte um 4,2 Prozent. Die Aufwendungen für den Zahnersatz sanken dagegen um 4,4 Prozent, ebenso die für das Krankengeld (minus 3,1 Prozent). Die Ausgaben der Kassen für die stationäre Behandlung wuchsen um 4,9 Prozent. Der größte Ausgabenzuwachs entfiel auf Heil- und Hilfsmittel (plus 6,6 Prozent), gefolgt von den Aufwendungen für Arzneimittel mit einer Steigerung von 5,6 Prozent.

PEUGEOT / Abstimmung über Entlassungsplan

Wechsel in der Führung

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Nachdem Jacques Calvet den zur Sanierung des französischen Peugeot-Konzerns notwendigen Belegschaftsabbau bei den von ihm geleiteten Automobilgesellschaften Peugeot-Talbot und Citroën weitgehend durchgeführt hat, soll er demnächst zum Präsidenten der Konzernholding PSA ernannt werden und dort Jean-Paul Parayre ablösen. Die Familie Peugeot als Hauptaktionärin der börsengängigen PSA hat dazu bereits ihre Zustimmung gegeben, verlautet in Paris.

Zwar ist die letzte Hürde noch nicht genommen. Am nächsten Donnerstag will die kommunistische CGT-Gewerkschaft die aus dem Urlaub zurückkommenden Citroën-Arbeiter über den von der Regierung genehmigten Entlassungsplan abstimmen lassen. Aber Calvet erwartet, daß es zu keinen größeren Unruhen kommt. Die 1950 betroffenen Arbeiter haben keinen Zutritt mehr zu den Werken.

Die Peugeot-Gruppe beschäftigte vor einem Jahr noch 203 000 Personen, davon 135 000 in ihren Automobilgesellschaften. Deren Belegschaft wurde inzwischen einschließlich der jüngsten Entscheidung bei Citroën um 11 500 abgebaut, zum größten Teil durch vorzeitige Pensionierungen. Gegenüber den ursprünglichen Plänen der Verwaltung bedeutet dies eine „Erfolgsquote" von 86 Prozent. Am stärksten betroffen waren die Talbot- und Citroënwerke der Pariser Region.

Der Personalabbau ist damit größer ausgefallen als vermutet worden war. Dies lag auch an den freiwilligen Abgängen (Gastarbeiter) und an einem rigorosen Einstellungsstopp. Er wurde dadurch begünstigt, daß die sozialistische Regierung ihre bis Mitte 1983 verfolgte Vollbeschäftigungspolitik angesichts der immer größer werdenden Verluste der Automobilindustrie lockerte.

Noch im vergangenen Jahr hatte der konsolidierte Nettoverlust der PSA 2,59 (i. V. 2,15) Mrd. Franc erreicht. Bei Peugeot-Talbot erhöhte er sich auf 1,55 (0,87) Mrd. Franc und bei Citroën auf 1,20 (1,18) Mrd. Franc – bezogen auf Umsätze von 53,4 (46,5) Mrd. Franc und 30,4 (26,1) Mrd. Franc. Der Gesamtkonzern, der einstmals mit einer vorbildlichen Bilanz geglänzt hatte, wies Ende 1983 langfristige Schulden von 15,4 (13,8) Mrd. Franc aus und mußte 1983 Finanzierungskosten von netto 3,78 (3,36) Mrd. Franc tragen.

Im bisherigen Verlauf dieses Jahres soll sich die Ertragslage dank des Belegschaftsabbaus und aufgrund des Erfolgs der beiden neuen Automodelle 205 (Peugeot) und BX (Citroën) etwas verbessert haben. Die Wiederaufrichtung des Konzerns steht unter der neuen Leitung von Jacques Calvet aber erst noch bevor.

GROSSBRITANNIEN / Zahl der ausländischen Touristen ist stark angestiegen

Besucher kamen vor allem aus USA

WILHELM FURLER, London

Großbritannien wird in diesem Jahr von so vielen ausländischen Touristen besucht wie nie zuvor. Nachdem die bisherige Rekordzahl aus dem Jahre 1978 bei 12,6 Mill. ausländischen Besuchern liegt, wird in diesem Jahr mit einem Anstieg auf deutlich mehr als 13 Mill. Ausländer gerechnet. Im vergangenen Jahr war die Besucherzahl auf 12,5 Mill. gestiegen; 1982 hatte sie bei 11,6 Mill. gelegen.

Wie ein Sprecher der britischen Tourismus-Behörde gegenüber der WELT erklärte, sind bereits in den Monaten März bis Mai dieses Jahres 3,15 Mill. Touristen und damit 14 Prozent mehr als in der gleichen Zeit des vergangenen Jahres nach Großbritannien gekommen. Diesen letzten verfügbaren Statistiken zufolge stieg in den drei Monaten die Zahl der Besucher aus westeuropäischen Ländern um 13 Prozent, aus Nordamerika um 20 Prozent und aus den übrigen Ländern um elf Prozent.

Der Anstieg der Zahl der Besucher aus Nordamerika wird in erster Linie mit dem starken US-Dollar erklärt. Kamen im vergangenen Jahr 2,3 Mill. Besucher aus den USA, so wird diese Zahl in diesem Jahr auf voraussichtlich 2,8 Millionen steigen. Die Voraussage der Tourismus-Behörde Anfang dieses Jahres ging noch von 2,5 Mill. Amerikanern aus.

Beachtlich ist allerdings auch der steigende Besucherstrom aus den westeuropäischen Ländern, nachdem es für Deutsche, Franzosen und Italiener praktisch keine Währungs-Vorteile gibt. Noch im vergangenen Jahr war die Zahl der Besucher aus EG-Ländern gegenüber 1982 nur um ein Prozent gestiegen. Aus Deutschland kamen 1983 sogar fünf Prozent weniger Besucher als im Jahr zuvor, dagegen zog es 15 Prozent mehr Italiener als 1982 nach Großbritannien.

Rund 60 Prozent aller Großbritannien-Besucher verbringen ihren Aufenthalt in London, 11,5 Prozent im Südosten des Landes, 9,2 Prozent in Schottland, 7,9 Prozent im Südwesten (Devon, Cornwall und Somerset) und 6,5 Prozent im sogenannten „Herzen Englands".

Wie wichtig der Tourismus inzwischen für die britische Wirtschaft geworden ist, zeigen folgende Ziffern: 1983 wurden von ausländischen Besuchern 3,655 Mrd. Pfund (13,9 Mrd. DM) in Großbritannien ausgegeben, 15 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Für dieses Jahr rechnet die Tourismus-Behörde mit Rekord-Ausgaben von rund fünf Mrd. Pfund. Die britische Tourismus-Bilanz, die im vergangenen Jahr ein Defizit in Höhe von 339 Mill. Pfund ausgewiesen hatte, nachdem die Zahl britischer Auslands-Besucher um zwei Prozent und deren Ausgaben um elf Prozent gestiegen waren, könnte damit in diesem Jahr positiv zur britischen Leistungsbilanz beitragen.

Im vergangenen Jahr war Frankreich erneut das von den Briten am meisten bevorzugte Land: Wie schon 1982 reisten fünf Millionen über den Kanal. Die Zahl britischer Besucher in Spanien stieg im letzten Jahr um 16 Prozent auf 4,3 Millionen. Italien wurde von acht, Jugoslawien von zehn und Österreich sogar von 20 Prozent mehr Briten besucht als 1982.

Dagegen fiel die Zahl der britischen Griechenland-Besucher um 13 Prozent. Um sogar 20 Prozent ging die Zahl der USA-Besuche gegenüber dem Vorjahr zurück. Für dieses Jahr wird damit gerechnet, daß die Zahl der Besuche auf dem europäischen Kontinent gegenüber 1983 leicht steigen wird. Wegen des teureren Dollars werden die USA-Besuche erneut einen starken Einbruch erfahren.

SCHWEIZ / Beschäftigung unter Vorjahresstand

Rückgang in der Industrie

rtr, Bern

Die Beschäftigung in der Schweiz lag im zweiten Quartal 1984 erneut unter dem Vorjahr. Wie das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Biga) mitteilt, ging die Zahl der Beschäftigten trotz einer saisonbedingten Zunahme gegenüber dem ersten Vierteljahr im Vergleich zum Vorjahr um 0,5 Prozent oder 11 700 auf 2,507 Mill. zurück. Die Beschäftigungsausssichten für das dritte Quartal werden indessen wiederum besser beurteilt als im Vorquartal.

Laut Biga erhöhte sich der Index der Beschäftigten im zweiten Quartal gegenüber dem Vorquartal saisonbedingt um 1,9 Prozent von 96,8 auf 98,7 Punkte (Basis drittes Quartal 1975). Die Zahl der beschäftigten Männer stieg dabei um 33 700 oder zwei Prozent auf 1,709 Mill., diejenige der Frauen um 13 200 oder 1,7 Prozent auf 798 100.

Am Ende des zweiten Quartals waren gemäß Biga im Industriesektor noch 1,095 Mill. Personen beschäftigt, das sind 1,3 Prozent oder 13 800 Arbeitskräfte weniger als Ende Juni 1983. Innerhalb dieses Sektors sei die Gruppe Industrie und verarbeitendes Gewerbe (minus 1,3 Prozent) etwas stärker vom Beschäftigungsrückgang betroffen worden als das Baugewerbe (minus 0,9 Prozent), während die Gruppe Energiewirtschaft/Umweltschutz eine unveränderte Beschäftigung aufgewiesen habe.

Mit Ausnahme der Metallindustrie (plus 0,2 Prozent) verzeichneten laut Biga sämtliche Industriezweige gegenüber dem Vorjahr eine Beschäftigungsabnahme, wobei der Rückgang in der Uhrenindustrie mit 9,1 Prozent am größten war. Mit einer schwachen Beschäftigungszunahme um 0,1 Prozent oder 2100 Personen auf 1,413 Mill. Personen habe sich im zweiten Quartal der Beschäftigungsgrad im Dienstleistungssektor gegenüber dem Vorjahr kaum verändert.

Die Lagebeurteilungsziffer (150 = gut, 100 = befriedigend, 50 = schlecht) erhöhte sich laut Biga von 120 im ersten Quartal auf 123 im Berichtsquartal. Damit habe sich die im Jahre 1983 festgestellte stetige Verbesserung des Beschäftigungsgrades, die im Winter 1983/84 unterbrochen worden war, fortgesetzt. Trotz eines deutlichen Anstiegs dieser Ziffer von 113 auf 118 im Industriesektor werde die Beschäftigungslage imDienstleistungssektor mit einer von 126 auf 128 gestiegenen Ziffer weiterhin besser beurteilt.

ENERGIE / Heimisches Erdgas schließt Lücke in der „DDR" – Abkehr vom Öl

Exploration wird energisch vorangetrieben

dpa/VWD, Berlin

Heimisches Erdgas hat in der Energiepolitik der „DDR" einen überraschend hohen Stellenwert bekommen. Sein Anteil am Primärenergieaufkommen erreicht mittlerweile beachtliche vier Prozent. Dies mutet im Schatten der alles dominierenden Braunkohle, die am Energieverbrauch mit über 71 Prozent beteiligt ist, recht bescheiden an. Doch wichtig ist, daß das Gas, ohne die Devisenkasse zu belasten, aus eigenen Quellen gepumpt wird.

Die SED treibt die Förderung und Erkundung neuer Lagerstätten energisch voran. Sie will so die durch die beschleunigte Abkehr vom Öl und die damit verbundenen Umschichtungen in der Energiewirtschaft entstehende Lücke füllen. Eigenes Erdgas, das nach Berichten aus der „DDR" nicht die Qualität des sowjetischen aufweist, findet dort Verwendung. Dagegen wurden die aus der UdSSR 1983 bezogenen 6,4 Mrd. Kubikmeter vorwiegend in der chemischen Industrie zu Düngemitteln verarbeitet.

Im letzten Jahrzehnt erleichterte die „DDR"-Wirtschaftspolitik noch die Umstrukturierung zu Gunsten von Öl und Erdgas. Doch dann beschwor die UdSSR, die 1983 zum größten Erdgasproduzenten der Welt aufgestiegen ist, eine neue Situation herauf. Sie fror ihre Lieferungen von Erdöl und Erdgas auf dem Niveau von 1980 ein. Einen Ausgleich durch Importe aus anderen Ländern kann die „DDR" wegen unzureichender Exportkraft nicht erreichen.

Die Ostberliner Energiebilanz wird zudem durch den infolge sowjetischer Lieferprobleme verzögerten Ausbau der osteuropäischen Kernkraftwerke belastet. In Osteuropa sollen bis 1990 Kernkraftkapazitäten von 37 000 Megawatt (MW) entstehen. Ende letzten Jahres waren jedoch erst 4900 MW am Netz. Die Baustelle des Atomkraftwerks Stendal, dessen Lieferung im Frühjahr 1974 mit der UdSSR vereinbart worden war, dürfte mittlerweile die älteste ihrer Art in Europa sein.

Ein anderes politisches Ziel, die erfolgreich betriebene Drosselung des Heizölverbrauchs, reißt Lücken in der Raumheizung. Noch mehr Braunkohle will man offensichtlich in Ballungsräumen wegen der schon großen Umweltbelastungen nicht verheizen. Deshalb ist, zumindest bis die angekündigten Heizkernkraftwerke in Betrieb gehen, heimisches Erdgas gewünscht. Stadtgas allein schafft es nicht.

Die größten Gasverbraucher sind schon heute – vor allem in der Winterspitze – private Haushalte, Krankenhäuser, Schulen und andere öffentliche Einrichtungen. Sie erhalten in dieser Zeit mehr als zwei Drittel der Gasproduktion.

POLEN / Schweizer Banken erwirken Zahlungsbefehl

Seit Mai in Verzug geraten

AP, Genf

Eine Schweizer Gläubigergemeinschaft unter der Führung der Genfer Banken Kreditbank und Soditic hat über die Schweizer Regierung einen Zahlungsbefehl nach Warschau übermittelt, um einen überfälligen Kredit von der polnischen Außenhandelsbank Handlowy einzutreiben. Dies teilte Soditic-Direktor Jakob Naef gestern mit. Bei dem ausstehenden Geld geht es um 12,3 Mill. Franken einer Privatplacierung der Bank Handlowy aus dem Jahre 1979, die seit dem 2. Mai dieses Jahres überfällig sind.

Dem Fall kommt eine grundsätzliche Bedeutung in der internationalen Schuldenkrise zu. Bisher wurde noch kein Land von einem Gericht formell für bankrott erklärt. Ausstehende Zahlungen wurden mit Umschuldungsverträgen beglichen. Aus Sorge um ihre Kapitalmarktfähigkeit sorgten die Schuldnerländer stets für eine pünktliche Tilgung öffentlicher Anleihen. Polen riskiert nach Ansicht der Experten nach dem Vorstoß der Schweizer Banken nun den Ausschluß von den Kapitalmärkten.

Die polnische Außenhandelsbank stellt sich auf den Standpunkt, daß sich ihre Verpflichtungen gegenüber den Gläubigern nur auf Privatpersonen erstreckt, während die in der Hand von Banken befindlichen Schuldverschreibungen in Umschuldungsverträgen der polnischen Regierung mit den Banken konsolidiert wurden. In der Gläubigergemeinschaft sind aber auch kleinere Banken vertreten, die die Umschuldungsverträge nicht unterschrieben haben und deshalb den Standpunkt der Bank Handlowy nicht teilen. Naef erklärte, für die Rückzahlung der Restschuld sei es unerheblich, wer die Schuldverschreibungen halte. Die Gläubiger seien entschlossen, vor Gericht zu ziehen.

NAMEN

Juliane Stiege, Chefredakteurin der m+a Publikationen für Messen und Ausstellungen, Kongresse und Tagungen, feierte am 27. August den 60. Geburtstag.

Dr. **Bernd Lupberger**, Vorstandsmitglied der Bayernwerk AG, München, wurde am 27. August 60 Jahre.

Rolf H. Reinhold, Vorstandsmitglied der Chase Bank AG, übernimmt am 15. September den Vorsitz im Vorstand von Dr. **Eberhard Weiershäuser**, der in den Vorstand der WestLB berufen worden ist.

Herbert Otten wurde per 1. September zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, Hamburg, bestellt.

Will Marx, persönlich haftender Gesellschafter des Bankhauses Sal. Oppenheim jr. & Cie., Köln/Frankfurt, wird heute 65 Jahre.

Heinrich Pohl, Vorsitzender des Vorstandes der Hagedorn AG und Geschäftsführer der Hagedorn-Plastic GmbH, beide Osnabrück, vollendet am 29. August das 65. Lebensjahr.

Hanns Nerger, Leiter der Generalvertretung Nordeuropa der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT) in Kopenhagen, wurde zum Verkehrsdirektor von Lübeck bestellt.

Alois Lauer, Gesellschafter und Geschäftsführer der Alois Lauer Stahl- und Rohrleitungsbau GmbH, Ludwigshafen und der Stahl- und Rohrleitungsbau Alois Lauer GmbH, Frankfurt, ist am 25. August im Alter von 83 Jahren gestorben.

IGEDO DESSOUS / Umsatzerwartung revidiert

Erfolge mit Luxuswäsche

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die deutschen Hersteller von Damenwäsche, Miederwaren und Badebekleidung haben nach einem guten Start zu Jahresbeginn die zunächst hochgesteckten Umsatzerwartungen revidieren müssen. Wenn die Branche nach den Worten des Geschäftsführers des Gesamtverbandes der Maschenindustrie, Werner Giernoth, dennoch mit Zuversicht zur bevorstehenden Igedo Dessous (9. bis 12. September) nach Düsseldorf kommt, so vor allem mit Blick auf den Export. Auf der anderen Seite gelten für Miederwaren und Nachtwäsche die Herbst- und Wintermonate als die entscheidenden Geschäftsmonate.

Im 1. Jahrestertial 1984 hat sich die Marktversorgung bei Tagwäsche um 3 Prozent auf 200 Mill. DM, bei Nachtwäsche um 6 Prozent auf knapp 100 Mill. DM erhöht. Einer gegenüber dem Vorjahr gesunkenen Inlandsfertigung stehen Importzuwachsraten von 15 und 16 Prozent gegenüber, in denen sich der aus Kostengründen ansteigende Trend zur Auslandsfertigung und zur passiven Lohnveredelung deutscher Unternehmen widerspiegelt.

Wesentlich erfreulicher dagegen entwickelte sich der Export, der bei Damenwäsche auf ein Drittel der Versandmenge angestiegen ist. Nachtwäsche allein kommt auf einen Exportanteil von 41 Prozent. Die Erschließung von Märkten wie USA und des arabischen Raums machen gute Fortschritte. Auf dem Inlandsmarkt ist zwar auch ein Hauch von Luxus in diesem Bereich zu erkennen, doch werde sich dieser Trend umso schneller abflachen, je mehr Hersteller in diesen Markt einsteigen.

Während die Produktion von Badebekleidung um 12 Prozent auf 107 Mill. DM stieg, klagt der Einzelhandel über ein überaus schlechtes Sommergeschäft. Die Diskrepanz der Darstellungen ergibt sich jedoch aus dem Zeitunterschied von Produktion und Verkauf im Handel. Der Textil-Einzelhandel hat im 1. Halbjahr seinen Vorjahresumsatz bei Damenwäsche und Miederwaren nicht ganz erreicht. Zur Igedo Dessous werden 400 Aussteller aus 20 Ländern erwartet.

HIFIVIDEO '84 IN DÜSSELDORF / Sharp Electronics – Nordmende – Blaupunkt – Braun Electronic

Verhaltenes Geschäft, aber Aussteller zufrieden

Obwohl Kenner des „hifivideo"-Messerummels gegenwärtig noch von einem verhaltenen Messegeschäft sprechen, sind die internationalen Aussteller überwiegend mit der Auftrags-Anbahnung zufrieden. Der Fachhandel berichtet auch von einem Aufschwung im Juli-Geschäft, der aber das ausgelaufene Ergebnis noch im Minus hält. Der Deutsche Radio- und Fernseh-Fachverband (DRFFV) glaubt jedoch mit einem guten zweiten Halbjahr noch das vorausgesagte Jahresumsatzplus von drei bis fünf Prozent zu erreichen. Bis gestern abend wurden auf der „hifivideo 84" rund 140 000 Besucher gezählt, zehn Prozent weniger als 1982.

Noch ein leichtes Plus

Auf negative Folgen der „Verunsicherung an der Preisfront" im Unterhaltungselektronikmarkt hat sich Dieter Kunkel, Geschäftsführer der Nordmende GmbH, Bremen, eingestellt. Speziell bei Videorecordern seien die Preise im Frühjahr – ausgelöst durch einige fernöstliche Anbieter – ins rutschen geraten.

Die Erhöhung der japanischen Videorecorder-Produktion auf 22 (18) Millionen Geräte in diesem Jahr übe erheblichen Druck auch auf den deutschen Markt aus. Zwar erwartet Kunkel von neuen Produkten in diesem Bereich eine Absatzbelebung. Die damit erreichbare Umsatzsteigerung werde aber geringer ausfallen als erwartet. Auch die Listenpreiserhöhungen im Farbfernsehgerätemarkt hätten lediglich den weiteren Preisverfall aufgehalten. Die Zielsetzung einer echten Preiserhöhung sei aber nur „bedingt" erreicht worden. Und selbst Anbieter mit normalen oder gar niedrigen Beständen – die Branche insgesamt stapelt Gerätehalden in selten erreichter Höhe – litten „unter den Befreiungsschlägen von Anbietern, die zu hohe Bestände abbauen wollen". Nordmende hofft, daß die für 1985 geplante Einführung der neuen Flachbildröhren nicht zu einer zusätzlichen Verunsicherung des Marktes führt.

Die eigenen Prognosen hat die Tochter des französischen Thomson-Konzerns den unsicheren Erwartungen angepaßt. Nachdem vor allem ein starkes Exportgeschäft im ersten Quartal für ein Umsatzplus von 12 Prozent gesorgt und auch das Inlandsgeschäft sich vielversprechend angelassen hatte, kam es im zweiten Vierteljahr zu einem spürbaren Inlandsrückgang. Zur Jahresmitte war der Vorsprung gegenüber 1983 auf knapp 4 Prozent zusammengeschmolzen. Für das Gesamtjahr erwartet Kunkel aber immer noch eine Umsatzsteigerung um 5 Prozent. (Wb.)

Wieder ganz deutsch

Die Braun Electronic GmbH, Kronberg, unter den Fittichen von Gilette (USA) in den vergangenen Jahren auf Talfahrt gegangene Unterhaltungselektronik-Schwester der Braun AG, ist jetzt wieder überwiegend in deutscher Hand. Derzeit hält der neue Mehrheitsgesellschafter Godehard Günther direkt und – über seine US-Gesellschaft Analog + Digital Systems (ADS) – indirekt 60 Prozent des Stammkapitals. In etwa vier Wochen soll dieser Anteil auf 80 Prozent ausgeweitet werden. Minderheitsgesellschafter ist immer noch Gilette.

Seinem Ziel, die Braun-Unterhaltungselektronik in den früheren Bereich der obersten Qualitäts- und Preisklasse zurückzuführen, ist Günther nach eigenem Bekunden schon sehr nahegekommen: „Immer mehr unserer Geräte erhalten beste Testergebnisse." Die Palette wurde völlig überarbeitet, alle Produkte sind jünger als drei Jahre.

Der 120-Mitarbeiter-Betrieb in Kronberg soll im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 9.) einen Umsatz von rund 30 Mill. DM erreichen. Gefertigt werden dort Lautsprecher-Boxen. Die Geräte-Elektronik wird überwiegend aus Fernost bezogen. Umgekehrt bezieht Braun jetzt – neu im Programm – Auto-HiFi von ADS. Die amerikanische Gesellschaft ist schon seit 1971 mit solchen Geräten auf dem Markt, die sie damals – als US-Importeur von Braun – gemeinsam mit den Kronbergern entwickelt hatte. Für 1984/85 hofft Günther auf eine Verdoppelung der Umsätze. Auch auf der Ertragsseite – Braun schreibt schon seit längerem rote Zahlen – zeichnet sich Besserung ab: „Wir hoffen auf ein ausgeglichenes Ergebnis bis Ende September." (Wb.)

Traumwachstum in USA

Die Blaupunkt GmbH, Hildesheim, Tochter der Robert Bosch GmbH, will ihren Umsatz in diesem Jahr auf 1,8 (1,6) Mrd. DM steigern und im konsolidierten Weltgeschäft sogar auf mehr als 2 (1,9) Mrd. DM kommen. Die nominale Steigerung um rund 13 Prozent werde bei weiterhin sinkendem Preisniveau einem realen Plus von 16 Prozent entsprechen, so Geschäftsführungssprecher Herbert Thum in Düsseldorf.

Bei den Autoradios – 1983 wichtigster Wachstumsbereich – gehe es sowohl mit dem Erstausrüstungsgeschäft als auch im Händler-Markt weiter aufwärts. Und selbst bei Fernsehgeräten erwartet Thum trotz des anhaltenden Preisverfalls bei leicht steigendem Marktvolumen fürs eigene Haus ein leichtes Umsatzplus. Die Exportquote soll sich etwa bei 35 Prozent halten. Eine besondere Position im Export nimmt der US-Markt ein, den Blaupunkt mit Autoradios und „Klangsystemen" bedient. Hier stieg der Umsatz in den ersten sieben Monaten um 61 Prozent. In den kommenden vier Jahren will die Bosch-Tochter ihren Anteil am US-Automusikmarkt auf mehr als 5 Prozent ausbauen. Die Hälfte dieses Weges soll bereits in diesem Jahr erreicht werden. (Wb.)

Mehr für Forschung

Bei der Sharp Electronics (Europe) GmbH, Hamburg, wurden im Geschäftsjahr 1983/84 europaweit 806 Mill. DM umgesetzt, rund zwölf Prozent mehr als im Jahr zuvor. Dabei stellte das Geschäft in der Bundesrepublik Deutschland mit 47 Prozent knapp die Hälfte des Umsatzes, während sich der verbliebene Anteil auf Westeuropa (ohne England und Schweden) verteilt. Am Europaumsatz waren nach Auskunft des Unternehmens die Unterhaltungs-Elektronik (Video, TV, Audio) mit 58, die Büroelektrik (Computer, Kopierer, Schreibmaschinen, Rechner und Kassensysteme) mit 39 und die Hausgeäte (vorwiegend Mikrowellenherde) mit drei Prozent beteiligt.

Die Sharp Corporation erzielte 1983/84 eine Umsatzsteigerung um 16,5 (12) Prozent auf (umgerechnet) 8,9 Mrd. DM, von denen 3,8 Mrd. DM aus dem Export stammten. Dabei gilt der Consumer-Bereich mit Video und TV als der größte Umsatzträger, vor Audio (12), Hausgeräten (19) sowie elektronischen Bauelementen und Büroelektronik (35 Prozent). Die Ausgaben für Forschung und Systementwicklung sind auf 490 (400) Mill. DM erhöht worden. (Py.)

HEW

Brokdorf-Anteil weiter angeboten

dpa/VWD, Hamburg

Die Hamburgische Electricitätswerke AG (HEW) verhandelt weiter über den Verkauf ihres 50prozentigen Anteils an dem im Bau befindlichen Kernkraftwerk Brokdorf. Wie HEW auf Anfrage mitteilte, laufen die Gespräche mit mehreren Elektrizitätsversorgungsunternehmen. Zu den Verhandlungspartnern zählen die Preußische Elektrizitäts-AG (Preußenelektra), Hannover, sowie die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk AG (RWE), Essen. Die zum Veba-Konzern gehörende Preußenelektra ist die Muttergesellschaft der Nordwestdeutschen Kraftwerke AG (NWK/Hamburg), die die anderen 50 Prozent an der Betreibergesellschaft Kernkraftwerk Brokdorf GmbH hält.

„Vertragsabschlüsse haben nicht stattgefunden", betonte HEW. Das überwiegend im Besitz des Landes Hamburg befindliche Unternehmen trat damit Berichten entgegen, daß sein Brokdorf-Anteil bereits zu gleichen Teilen an Preußenelektra und RWE verkauft worden sei. Auch der HEW-Aufsichtsratsvorsitzende, Hamburgs Energiesenator Jörg Kuhbier (SPD), dementierte. Offen sei außerdem, so ein Sprecher des Senators, ob nur die Hälfte oder der gesamte Brokdorf-Anteil verkauft werden solle. Eine zeitliche Vorgabe für die Beendigung der Verhandlungen gebe es nicht. Die HEW wollen sich von Brokdorf, dessen Inbetriebnahme für 1986/87 geplant ist, ganz oder in Teilen trennen, weil sie mit Stromüberkapazitäten rechnen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Krones-Vorzugsaktien

Frankfurt (VWD) – Mit stimmrechtslosen Vorzugsaktien im Gesamtbetrag von 7 Mill. DM wird die Krones AG Hermann Kronseder Maschinenfabrik, Neutraubling, unter Führung der Commerzbank an die Börse gehen. Zu diesem Zweck wurde auf der außerordentlichen Hauptversammlung der Gesellschaft beschlossen, das Grundkapital um 1 Mill. auf 23 Mill. DM zu erhöhen sowie 6 Mill. DM Namensstammaktien der Gründerfamilie in Inhabervorzugsaktien umzuwandeln. Sie werden dann ebenfalls für die Börseneinführung bereitstehen. Zum Ausgleich der Stimmrechtslosigkeit werden die Vorzugsaktien generell mit einer um vier Prozentpunkte höheren Dividende als die Stammaktien bedient. Die Plazierung der neuen Krones-Aktien ist für die zweite Oktoberhälfte vorgesehen.

Für 1984 wird wieder mit einem gegenüber dem Vorjahr verbesserten Gesamtergebnis gerechnet.

Harpener mit Umsatzplus

Dortmund (dpa/VWD) – Die Harpener AG, Dortmund, hat ihren Umsatz in den ersten sechs Monaten des laufenden Geschäftsjahres vornehmlich in der Kraftwirtschaft wiederum erhöhen können. Er lag mit 125 Mill. DM um rund 10 Prozent über dem vergleichbaren Vorjahresumsatz. Am Mehrumsatz waren alle Sparten beteiligt, teilte die Gesellschaft mit. Die Harpener AG ist auch in der Wohnungswirtschaft, der gewerblichen Vermietung und der Schiffahrt tätig.

EKU in England

Essen (Bm.) – Die EKU Erste Kulmbacher Actienbrauerei, hat zum 1. Oktober eine langfristige Zusammenarbeit mit der englischen Privatbrauerei Greenall Whithley für den Export ihres Bieres nach England unterzeichnet. Die britische Brauerei besitzt rund 1800 eigene Pubs und beliefert darüber hinaus freie Gastronomiebetriebe mit Schwerpunkt im Norden und in London. Greenall erzielte 1982/83 einen Umsatz von rund 700 Mill. DM.

Kooperation mit Japanern

München (sz.) – Einen Kooperationsvertrag hat die Koenig & Bauer AG, Würzburg, älteste Druckmaschinenfabrik der Welt, mit der japanischen Sumitomo Heavy Industries Ltd. (SHI) abgeschlossen. SHI kann nun mit dem gesamten Programm der Würzburger auf den Fernost-Märkten operieren, nachdem sie seit 1977 Lizenzen für den Bau von Rollenoffset-Maschinen erworben hat. Die Zusammenarbiet beinhaltet zudem „je nach Zweckmäßigkeit" künftig auch die Forschung und Entwicklung neuer Maschinen. Der Vertrag eröffnet Koenig & Bauer (Umsatz 1983: 315 Mill. DM) nicht nur Zugang zu Elektronik-Know-how, sondern allgemein zu einer Spitzengruppe der japanischen Industrie.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Augsburg: Nachl. d. Gerd Wolfgang Roßmann, Utting a. A.; **Bad Oldesloe:** Scan-Fracht Internationale Spedition GmbH, Langniendorf; **Bonn:** Gebr. Eimermacher GmbH; **Eschwege:** Volker Nielsen, Kaufm., Inh. d. Modetreff, Wanfried-Aue; **Geilenkirchen:** Werner Schüll; **Hannover:** Nachl. d. Erich Karrasch; **Neuss:** W + I Bauträger GmbH, Meerbusch 1; **Northeim:** Ateliergemeinschaft Tönnieshof Lutz Kiel GmbH, Moringen OT. Fredelsloh.

Vergleich beantragt: Düsseldorf: Winter Büroeinrichtungen u. Bürobedarf GmbH Köln/Bonn, Ratingen; **Gütersloh:** Alfons Walgern GmbH & Co. KG; **Hagen:** a) Autohaus Schildberg GmbH & Co. KG b) Walter GmbH; **Hannover:** SMH-Haustechnik GmbH, Laatzen 1; **Köln:** Herbert Witsch KG, Frechen; **Niebüll:** Doris v. Jagemann zu Hardegsen und Göttingen, Hörnum; Harald Allner v. Jagemann zu Hardegsen und Göttingen, Hörnum; **Wuppertal:** Conze & Schmid, Velbert 1.

Heitkamp fühlt sich gut gerüstet

dpa/VWD, Herne

Die Bauunternehmung E. Heitkamp GmbH, Herne, hat von dem 1983 erwirtschafteten Jahresüberschuß in Höhe von 5,6 Mill. DM 4,6 Mill. DM in die freien Rücklagen eingestellt. Bei einem Stammkapital von 15 Mill. DM verfügt nunmehr die größte Tochtergesellschaft der Heitkamp-Gruppe über freie Rücklagen in Höhe von 13,39 Mill. DM. Das größte im Familienbesitz befindliche Bauunternehmen fühlt sich dadurch „gut gerüstet für eine für die gesamte Bauindustrie weiterhin schwierige Zeit".

Die Bauleistungen der Heitkamp GmbH stiegen 1983 um 6,3 Prozent auf 960 Mill. DM, die der Gruppe auf 1,25 Mrd. DM. Die Heitkamp GmbH mit noch rund 7000 (Vorjahr 7480) Beschäftigten hat in das laufende Geschäftsjahr einen Auftragsbestand von 723 (777) Mill. DM übernommen.

Der Rückgang ist vor allem durch die verringerten Aufträge des Bergbaus ausgelöst worden. Andererseits stagnieren noch die öffentlichen Aufträge. Allein der inländische Wirtschaftsbau trägt positive Züge. Bei Auslandsbau übte Heitkamp schon 1983 Zurückhaltung. Man hielt die Auslandsaktivitäten auf einem „niedrigen, jederzeit beherrschbaren Niveau".

FASSON / Weiter hohe Zuwachsraten im medizinischen Bereich erwartet

Weltweit führend bei „Selbstklebern"

HARALD POSNY, Düsseldorf

Ein Ende der nach wie vor starken Wachstums-Chancen auf dem Markt selbstklebender Materialien ist noch lange nicht in Sicht. Fasson Europa mit Sitz im niederländischen Leiden, nach Menge und Umsatz eigenen Angaben zufolge einer der größten Anbieter in Europa, sieht diese Entwicklung nicht zuletzt vor dem Hintergrund noch erheblicher Steigerungsmöglichkeiten im Papierverbrauch, der etwa die Hälfte des Selbstklebematerials ausmacht, aber auch angesichts einer zunehmenden Ausweitung der Verwendung selbstklebender Materialien in den unterschiedlichsten Bereichen.

Nach den Worten des Geschäftsführers der Fasson Handels GmbH, Dortmund, Horst Brendt, sind die wachstumsträchtigsten Anwendungsbereiche im medizinisch-pharmazeutischen und kosmetischen Bereich zu suchen, wo „täglich neue Nutzungsanstöße von den Anwendern an uns herangetragen werden". Dazu gehören auch Klebeverschlüsse für Windeln und Operationstücher und für Isolationsmaterialien bis hin zu transdermalen Anwendungen, wobei Medikamente mit Klebefolien an der Haut befestigt werden, über die sie richtig dosiert in den Körper gelangen.

Obwohl die meisten Nutzungsanstöße von den Anwendern ausgehen, ist die Branche und ihr weltweit größter Selbstklebefolien-Hersteller Avery International, Pasadena/Kalifornien, sehr forschungsintensiv: Die Entwicklung von Reißfestigkeit, Druckschnelligkeit, verschiedener Lösungsmittel und Beschichtungsverfahren ist sehr aufwendig.

Weltweit tummeln sich reichlich zwei Dutzend Unternehmen auf dem Markt, dessen Volumen mit 10 bis 15 Mrd. DM nur geschätzt erscheint. Etwas verläßlicher ist wohl die Aussage, daß sich der Teilmarkt der naßgummierten Getränkeetiketten langsam zu Selbstklebe-Etiketten (zurzeit etwa 30 Prozent Anteil) verlagert.

Fasson Europa, geschäftlich in vier europäischen, einer brasilianischen und einer südafrikanischen Produktionsstätte mit rund 1700 Mitarbeitern und darüber hinaus in Afrika, im Nahen und Fernen Osten geschäftlich vertreten, hat als größte Avery-Tochter einen Umsatz von 193 Mill. Dollar, allein im deutschsprachigen Raum lag der Umsatz 1983 bei 105 (85) Mill. DM. Im laufenden Jahr soll er rund 120 Mill. DM erreichen.

Auch künftig erwartet Brendt ein jährliches preisbereinigtes Wachstum von 6 bis 8 Prozent. Noch hält der Bereich Preisauszeichnung den größten Anteil, gefolgt vom dekorativ-informativen Folienbereich und den industriellen Anwendungen (20 bis 25 Prozent). Trotz erheblicher Kostensteigerungen, die wie in diesem Jahr auch 1985 eine erneute Preisrunde einläuten werden, wird die Ertragslage als die beste in der Unternehmensgeschichte bezeichnet. Für 1984 wird ein weiteres Rekordjahr in Umsatz und Gewinn angepeilt. In den letzten drei Jahren wurden rund 60 Mill. Dollar – aus dem betriebswirtschaftlichen Ergebnis – investiert.

Die US-Muttergesellschaft (knapp 8000 Mitarbeiter) wird in diesem Jahr die Grenze von 1 (0,8) Mrd. Dollar Umsatz überschreiten. Das 1935 von R. Stanton Avery, dem Erfinder des selbstklebenden Preisetiketts, gegründete Unternehmen, macht 80 Prozent des Umsatzes mit Selbstklebefolien. Der Rest entfällt auf Etikettier-, Beschichtungs- und Schneidemaschinen. Bei rund 34 Mill. Dollar lag 1983 der Gewinn.



Technologiewerte weiter gesucht

Die übrigen Aktien meist leicht nachgebend

DW. – An der Montagbörse fehlte es am Aktienmarkt an Anregungen. Geschäftsmindernd machte sich auch der Ausfall der Londoner Börse bemerkbar, obwohl Ausländer zur Zeit nur noch an wenigen deutschen Papieren interessiert sind. Dazu gehören in erster Linie einige Technologieaktien. Banken und Chemiewerte stehen nicht mehr auf ihren Kauflisten. Der schleppende Geschäftsverlauf führte in den Standardwerten zu nachgebenden Kursen. Außerhalb des Technologiebereiches gab es kaum Sonderbewegungen.

In den Vordergrund rückten zeitweilig Aachen Münchner-Beteiligung wo der Kurs um rund 45 DM anzog. Allianz-Versicherung konnten sich auf dem am Freitag erreichten Stand behaupten. Die Titel der Großchemie bröckelten leicht ab. Es wird befürchtet, daß sie trotz der für 1984 zu erwartenden Superabschlüsse bei BASF, Bayer und Hoechst weiterhin unter dem Streit um die Gefährlichkeit von Formaldehyd zu leiden haben werden. Bankaktien leicht nachgebend. Die gezielte Kaufempfehlung für IWKA-Aktien, die sich schon an der Freitagbörse abzeichnete, hatte nur eine geringe und auch nur eine vorübergehende Wirkung.

Düsseldorf: Girmes gaben um 3,60 DM und Conc. Chemie um 3 DM nach. Heinrich Lehman und Kabel + Metal verminderten um 3 DM. Rheag verloren 5,50 DM und Stahlwerke Bochum 5 DM. Heinrich verbesserten sich um 6 DM und Ver. Rumpus um 5 DM. Bei den Versicherungen erhöhten Aachen Münchner Bet. um 40 DM und Aachener Rück gaben um 10 DM nach.

Frankfurt: ADT erhöhten um 7 DM auf 110 DM und Henninger gaben um 4 DM auf 113 DM nach. KSB Vz. verloren 4 DM auf 140 DM. MAN St. verminderten um 5 DM und Metallgesellschaft um 9 DM. Pittl. Maschinen verbesserten *sich um 3 DM auf 84,90 DM.*

Hamburg: Beiersdorf schwächten um 2 DM auf 346 DM und Phoenix Gummi um 4 DM auf 111 DM ab. HEW wurden mit 84 DM und NWK-Vz. mit 163 auf unveränderter Basis gehandelt. Bremer Vulkan waren mit 61,90 knapp gehalten. Triton konnten sich auf 114 DM erholen. Von Banken gaben Vereins- und Westbank um 2 DM auf 290 DM nach.

München: Etienne Aigner erhöhten um 3,50 DM und Augsburger Kammgarn um 0,50 DM auf 80 DM. Nachgegeben haben Dywidag um 2 DM, Leonische Draht um 3 DM und NAK Stoffe um 2 DM. Paulaner stockten um 10 DM auf 1780 DM und Otto Stumpf um 2 DM auf 114 DM auf.

Berlin: Bergmann zogen um 15 DM und Berthold um 12,50 DM an. Herlitz ST. wurden um 6,50 DM, *Herlitz Vz. und Rheinmetall* um 5 DM und DeTeWe um 4 DM heraufgesetzt. Lehmann wurden um 7 DM niedriger taxiert und Schering gaben um 2 DM nach.

Nachbörse: nachgebend

WELT-Aktienindex: 143,5 (143,8)
WELT-Umsatzindex: 2428 (2810)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

[illegible]

Aktien-Umsätze

[illegible]

Inlandszertifikate

[illegible]

Inland

[illegible]

Ungeregelt. Freiverkehr

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Unnotierte Werte

[illegible]

Ausländische DM-Anleihen

[illegible]

Auslandszertifikate (DM)

[illegible]

Fremde Währungen

[illegible]

Ausland

New York

[illegible]

Toronto

[illegible]

London

[illegible]

Amsterdam

[illegible]

Tokio

[illegible]

Mailand

[illegible]

Wien

[illegible]

Kopenhagen

[illegible]

Zürich

[illegible]

Madrid

[illegible]

Hongkong

[illegible]

Brüssel

[illegible]

Singapur

[illegible]

Paris

[illegible]

Sydney

[illegible]

Optionshandel

Frankfurt: 27. 8. 84: 651 Optionen = 37 900 (20 900) Aktien, davon 124 Verkaufsoptionen: = 6350 Aktien. Kaufoptionen: AEG 10-100/1,65, 1-95/6,3, 1-100/3,7, 4-80/19, 4-90/15, 4-95/8,2, 4-100/6, 4-110/2,8, BASF 10-160/3, 1-160/6,1, 4-160/10,5, Bayer 10-160/11, 10-170/3,5, 1-160/13,4, 1-170/8,9, 1-180/4, 4-170/11,4, 4-180/6,5, Bay. Hypo. 4-280/7,5, Commerzbank 10-160/1,5, 1-150/8,6, 1-160/4,8, 1-170/1,9, 4-160/7,5, Conti 10-120/3,1, 1-120/6, 1-130/2, 4-120/10, Dt. Babcock St. 1-15/9,4, Deutsche Bk. 10-330/11,85, 10-340/6,6, 1-350/10, 4-340/16,5, Dresdner Bk. 10-160/2,35, 1-160/5,1, 4-150/12, 4-160/7,7, Hoechst 10-170/3,9, 1-160/12,6, 1-170/7,4, 4-170/12,4, 4-180/7,2, Hoesch 10-95/3,4, 1-110/3, Karstadt 1-340/14,4, Klöckner 1-55/8,5, 1-60/4, 1-65/2,1, 4-60/5, 4-65/3,5, 4-70/1,6, Lufthansa St. 1-140/21, 4-160/9,5, Lufthansa Vz. 10-140/16, Mannesmann 1-140/6,25, 1-150/4, 4-150/6,8, RWE Vz. 4-160/8,5, Siemens 10-400/8, 1-400/16, 1-410/10,6, 1-420/6, 4-390/28,9, 4-410/15,2, 4-430/2, Thyssen 10-75/3, 1-70/10, 1-75/6, 1-80/3,4, Veba 10-162,5/5,25, VW 10-180/4,6, 1-170/13,5, 1-190/6, 1-200/3, 4-180/14,9, 4-190/9, 4-200/6,2, Alcan 1-90/8, 4-90/8,5, Chrysler 1-90/5,3-5,2, 4-95/4,5, ELF 10-94,3/20,8, 1-90/2,5, IBM 10-300/60, 1-320/48, 1-370/18, Philips 1-45/3,6, 4-40/8, 4-45/2,85, Royal Dutch 1-140/10, Sperry 1-130/14, 4-130/10, Xerox 10-120/3,6, 1-120/8,6, Verkaufsoptionen: AEG 10-90/2, 1-90/4, 4-95/8, BASF 1-150/2,45, 4-150/4, Bayer 10-16/1,5, 4-160/2,6, BMW 1-350/3,4, 1-380/11, 4-350/6,6, 4-390/18, Commerzbank 10-150/4, 1-140/1,4, 1-150/4,5, 4-150/6,1, Conti 10-117/2,05, 10-127/8, 1-110/1,5, 1-120/5, 4-120/6,6, Deutsche Bk. 10-340/15, 1-320/5, Dresdner Bk. 1-150/4, 4-150/6,3, Kaufhof 4-200/6,5, Klöckner 10-50/0,8, 1-55/3, 4-50/2,9, Lufthansa St. 10-158,5/4, 1-150/5,4, Lufthansa Vz. 1-150/6, Mannesmann 4-140/4, RWE St. 10-160/3,15, Siemens 10-370/1, 10-390/5, 1-380/15, 1-39012,7, VW 1-380/7,5, 4-170/4,6, 4-180/9,2, Alcan 10-90/5,4, 1-85/5,8, 4-90/7, Chrysler 10-80/1, 10-85/3,5, 1-75/2,4, 1-85/6,2, 4-70/2,1, 4-90/11, ELF 1-88/1,9, General Motors 1-220/16,4, IBM 1-350/14,5, Royal Dutch 1-130/2, 1-140/6,3, Unilever 1-240/10,7. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.7, 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 27. 8.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	11½–11¾	5⅛–5¾	5 –5¼
3 Monate	11¾–12	5⅜–5½	5 –5¼
6 Monate	12–12¼	5¾–6⅛	5⅛–5½
12 Monate	12⅛–12⅜	6⅛–6⅜	5 –5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 27. August folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1470,00	1824,00
10 US-Dollar (Indian)**)	1215,00	1476,60
5 US-Dollar (Liberty)	545,00	621,30
1 £ Sovereign alt	235,00	290,70
1 £ Sovereign Elizabeth II.	229,00	283,86
20 belgische Franken	180,00	232,56
10 Rubel Tscherwonez	247,00	308,94
2 südafrikanische Rand	229,00	283,72
Krüger Rand, neu	1028,00	1211,82
Maple Leaf	1028,00	1211,82
Platin Noble Man	1008,00	1189,02
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	247,00	308,94
20 schweiz Franken „Vreneli"	185,00	234,84
20 franz. Franken „Napoléon"	188,00	238,26
100 österr. Kronen (Neuprägung)	949,00	1145,70
20 österr. Kronen (Neuprägung)	188,00	237,12
10 österr. Kronen (Neuprägung)	101,00	132,24
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	449,00	551,76
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	105,00	142,50

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

27. 8. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	2,8677	2,8757	2,8265	2,82	2,91
London¹)	3,746	3,760	3,704	3,70	3,85
Dublin¹)	3,079	3,093	3,030	2,98	3,13
Montreal³)	2,2085	2,2165	2,1763	2,16	2,26
Amsterd.	88,555	88,775	88,505	87,75	89,75
Zürich	120,010	120,210	120,11	118,75	121,50
Brüssel	4,947	4,967	4,889	4,80	5,00
Paris	32,490	32,650	32,09	31,75	33,50
Kopenh.	27,420	27,540	27,09	26,25	28,00
Oslo	34,650	34,770	34,10	33,75	35,50
Stockh.**)	34,450	34,610	33,86	33,25	35,00
Mailand²) **)	1,610	1,620	1,58	1,57	1,67
Wien	14,212	14,252	14,182	14,14	14,36
Madrid**)	1,742	1,752	1,709	1,69	1,81
Lissabon**)	1,905	1,985	1,795	1,55	2,35
Tokio	1,1900	1,1930	–	1,15	1,21
Helsinki	47,450	47,650	46,31	46,50	48,25
Buen. Air.	–	–	–	–	6,50
Rio	–	–	–	0,08	0,30
Athen*) **)	2,466	2,52	–	2,15	2,96
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,4465	2,4655	–	2,37	2,49
Johannesbg.*)	1,8435	1,8625	–	1,65	1,90

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Die Konsolidierungsphase am Devisenmarkt hielt auch am 27. 8. an und man kann davon ausgehen, daß neue Impulse erst mit Veröffentlichung der US-Außenhandelszahlen und der führenden Wirtschaftsindikatoren am Mittwoch den Markt erreichen werden. Nach schwächeren Beginn bei 2,8680 kamk es im Tagesverlauf zu einer leichten Befestigung auf 2,8740. Die amtliche Notiz wurde mit 2,8717 mit einem geringen Kursausgleich seitens der Bundesbank von 1,9 Mill. Dollar herbeigeführt. Einen maßvollen Rückgang auf 3,753 mußte das englische Pfund hinnehmen. Auch der Schweizer Franken wurde mit 120,11 etwas schwächer notiert. US-Dollar in: Amsterdam 3,2385; Brüssel 57,9375; Paris 8,8170; Mailand 1778,75; Wien 20,1750; Zürich 2,2309; Ir. Pfund/DM 3,086; Pfund/Dollar 1,3069; Pfund/DM 3,753.

Ostmarkkurs am 27. 8. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Am Euromarkt wirkte sich das Fehlen Großbritanniens eher hemmend aus. Die Veränderungen erreichten am 27. 8. kein nennenswertes Niveau. Die längeren Deports für Pfund/Dollar lagen höher.

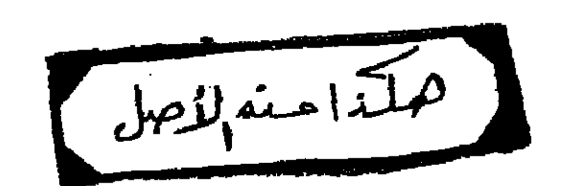
	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,56/1,45	4,58/4,48	8,60/8,40
Pfund/Dollar	0,07/0,12	0,28/0,38	0,60/0,70
Pfund/DM	2,40/1,00	5,70/4,30	9,80/8,40
FF/DM	24/8	58/40	103/87

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 27. 8.: Tagesgeld 5,50–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,70–5,80 Prozent; Dreimonatsgeld 5,85–5,95 Prozent.

Privatdiskontsätze am 27. 8.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 27. 8.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/5 (Typ A) 5,50 (5,50)–7,50 (6,47)–8,00 (6,94)–8,25 (7,24)–8,50 (7,45)–9,00 (7,66). Ausgabe 1984/6 (Typ B) 5,50 (5,50)–7,50 (6,50)–8,00 (6,99)–8,25 (7,31)–8,50 (7,54)–9,00 (7,79)–9,00 (7,96) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,83, 2 Jahre 6,90. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 100,2, Rendite 7,70.



Bundesanleihen

Öffentliche Anleihen gefragt

Die Grundtendenz am Rentenmarkt blieb auch am Wochenbeginn freundlich, obwohl die Umsatztätigkeit eher rückläufig war. Die Nachfrage konzentrierte sich bei den öffentlichen Anleihen auf Papiere mit kurzen Restlaufzeiten. Hier wurden die Notierungen bis zu 0,20 Prozentpunkte heraufgesetzt. Auch bei den Bundesobligationen gab es teilweise höhere Kurse. Dagegen gab es bei den Pfandbriefen kaum Veränderungen. Hier machte sich das Fehlen der Auslandsnachfrage bemerkbar. Kleine Schwankungen bei den DM-Auslandsanleihen.

	27. 8.	24. 8.
M 5½ Bayer Hyba Pf 14	83,75G	83,75G
6 dgl. Pf 20	82G	82G
8¼ dgl. Pf. 2	97G	97G
7 dgl. Pf 3	98,5bG	98,5G
6½ dgl. KS 14	98,25G	98,25G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	122G	122G
5½ dgl. Pf 11	128G	128G
6 dgl. Pf 34	75,75G	75,75G
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
6½ dgl. Pf 10	82bG	82bG
6 dgl. KS 1	99,7G	99,7G

	27. 8.	24. 8.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117	117
6 dgl. 14	92G	92G
6 dgl. 47	80	80G
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl Pf 80	95,95G	95,75G
8 dgl. Pf 73	101,4G	101,3G
4 dgl. KO 5	102G	102G
H 8 Hyp.f.Hbg. Pf 96	82,75G	82,75G
8½ dgl. Pf 80	91,6	91,6
8 dgl. Pf. 248	100,1G	100,1
9 dgl. KO 125	–	–
8 dgl. KO 175	101,3G	101,3G

	27. 8.	24. 8.
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 85	77G	77G
7 dgl. Pf 100	100,3G	100,3G
D 8 WestLB Pf 350	101G	101G
6¾ dgl. Pf 403	98,3G	98,3G
9½ dgl. Pf 1007	106,95G	106,95G
8 dgl. Pf 1015	100,4G	100,4G
7 dgl. KO 556	100,2G	100,2G
8¼ dgl. KS 420	97,05G	97,05G
9¾ dgl. KO 1301	105,95G	105,95G
8½ dgl. KS 1278	101,35G	101,35G
8 dgl. IS 1512	101,35G	101,35G
8½ dgl. IS 1520	101,45G	101,45G

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

	27. 8.	24. 8.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	82,5	82,5
8½ dgl. Pf 5	90,5G	90,5G
7 dgl. Pf 2	100,25G	100,25G
F 7½ Bakola Pf 104	100,45G	100,45G
9 dgl Pf 105	103,9G	103,9G
10 dgl. Pf 108	108,3G	108,3G
7 dgl KS 132	96,9G	96,9G
8 dgl. KS 155	100G	100G
9 dgl. KS 169	102,2G	102,2G

Bundesbahn

		27. 8.	24. 8.
F 6 Bdbahn 78 II	11/84	100G	100
6½ dgl. 79	2/85	100,1	100,1
8½ dgl. 73	2/85	100,9	100,9

		27. 8.	24. 8.
8 dgl. 83 S 42	9/88	101,35bG	101,35
8 dgl. 83 S.43	12/88	101,3	101,3
9¼ dgl. 83 S.44	12/89	102,15bG	102,05
8 dgl. 84 S 45	3/89	101,25	101,2
7½ dgl. 84 S.46	4/89	99,5G	99,5
7¾ dgl 84 S 47	7/89	100,4	100,4

Sonderinstitute

Optionsscheine

Optionsanleihen

Industrieanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Freitag die Gold-, Silber-, Kupfer- und Kakaonotierungen an der New Yorker Comex. Die Kaffeekontrakte wurden dagegen zurückgenommen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	24. 8.	23. 8.
Sept.	346,25	344,00
Dez.	358,25	358,50
März	365,75	365,75

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif	24. 8.	23. 8.
St. Lawrence 1 CW	232,25	234,55
Amber Durum	257,50	257,60

Kakao New York ($/t)	24. 8.	23. 8.
Terminkontr. Sept.	2425	2365–2368
Dez.	2270	2210–2214
März	2215	2170–2175
Umsatz	–	4704

Zucker New York (c/lb)	24. 8.	23. 8.
Kontrakt Nr. 11 Sept.	4,08	4,12
Okt.	4,28	4,34
Jan.	4,80	4,88

Zucker London	24. 8.	23. 8.
Dez.	128,00–129,40	130,20–130,80
März	144,60	145,20–145,40
Umsatz	2718	5846

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	24. 8.	23. 8.
schw. Sarawak spez.	385,00	385,00
weißer Sarawak	655,00	655,00
weißer Muntok	682,50	682,50

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	24. 8.	23. 8.
Terminkontr. Sept.	147,55	148,80
Dez.	144,90	145,25
März	142,31	143,40

Öle, Fette, Tierprodukte

	24. 8.	23. 8.
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	223,00	214,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	1270,00	1200,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	303,00	302,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	24. 8.	23. 8.
AAA, ab Lager Aug.	13 400	13 401
Sept.	13 202	13 327

Kautschuk London (p/kg)	24. 8.	23. 8.
Nr. 1 RSS loco	61,00–64,00	61,00–64,00
Sept.	–	61,90–62,00
Okt.	–	–
Nov.	–	-

Tendenz: ruhig

Messingnotierungen

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Edelmetalle

	24. 8.	23. 8.
3 Monate	geschl.	593,35
6 Monate	geschl.	608,30
12 Monate	geschl.	640,05
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	263,10	260,55
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpx.	105,50	104,95

Internationale Edelmetalle

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

	24. 8.	23. 8.
Zink (£/t) Kasse	geschl.	631,00–631,00
3 Monate	geschl.	641,00–641,50
Zinn (£/t) Kasse	geschl.	9250–9255
3 Monate	geschl.	9208–9210
Quecksilber ($/Fl.)	geschl.	300–310
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	geschl.	78–79

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11

IM BLICKPUNKT / Die Galopp-Rennwoche in Iffezheim und die Golf-Meisterschaften in Frankfurt

Die Wege von Bollow und Mäder trennen sich

K. GÖNTZSCHE, Baden-Baden

Jahrelang haben die deutschen Galopptrainer und Besitzer eine unverständliche Zurückhaltung geübt, wenn es darum ging, Stuten in große Rennen gegen Hengste zu schicken. Im Ausland waren Triumphe des vermeintlich schwächeren Geschlechts fast an der Tagesordnung, auch in den allergrößten Rennen von Paris-Longchamp oder Ascot. Zweimal haben nun Besitzer und Trainer hierzulande in den letzten Wochen den Vergleich der Geschlechter gewagt. Zunächst gewann die Stute Las Vegas den Aral-Pokal in Gelsenkirchen gegen Derbysieger Ordos, am Sonntag schaffte die dreijährige Stute Romana aus dem Gestüt Falkenstein am zweiten Tag der Internationalen Rennwoche von Baden-Baden sogar einen Erfolg im renommierten Fürstenberg-Rennen (Europa-Gruppe III, 76 500 DM, 45 000 DM der Siegerin, 2200 Meter). Hinter ihr belegten der Außenseiter August und der 18:10-Favorit Elegant Air, 12. des Englischen Derbys, die weiteren Plätze. Mit Slenderella kam eine weitere Stute noch vor dem erneut nicht überzeugenden Derbysieger Lagunas ins Ziel, von dem man sich als Pferd überragender Klasse nun wirklich verabschieden muß, zumindest auf weiteren Distanzen.

Romana entstammt der Zucht des Hamburger Gestüts Falkenstein, das Horst Herbert Alsen gemeinsam mit Albert Daboven in Hamburg-Sülldorf betreibt. Mehrfach waren es Stuten, die für Falkenstein in den letzten Jahren erfolgreich waren: Landsgirl, Royal Ascot und Donna Wichita. Zwei der Pferde wurden in die USA verkauft. Royal Ascot gehört jetzt dem Frankfurter Buchmacher Peter Hess. Weil Alsen gerade enttäuscht über eine schwache Leistung war, und Trainer Hein Bollow das Einspringen der Stute für Hindernisrennen ankündigte, bekam Hess sie für den im Vergleich zum Zuchtwert bescheidenen Betrag von 44 000 DM. Alsen verdankt seine Stutenerfolge vor allem dem Auktionskennerblick seines Gestütsleiters Heinz-Peter Froehleke, der auf derartigen Veranstaltungen ausgesprochen geschickt agiert.


Er wird Peter Remmert Platz machen: Lutz Mäder FOTO: HORSTMÜLLER

Für Jockey Lutz Mäder, den amtierenden Champion, könnte der Sieg mit Romana einer der letzten großen Erfolge auf einem Pferd aus dem Stall von Trainer Hein Bollow gewesen sein. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß Mäder am Ende der Saison seinen Platz dort für Peter Remmert räumen muß. Heute tagen die Besitzer des Bollow-Stalles im Europäischen Hof in Baden-Baden. Peter Remmert war der erste Stalljockey Hein Bollows, nachdem er den Jokkeyberuf aufgab und Trainer wurde. Das war 1964 und Remmert blieb bis *1976*.

Der großkalibrige Betrugsskandal war die Ursache für die Trennung, die besonders Bollow auch innerlich immer naheging. Aber er sah die Notwendigkeit ein, und setzte Remmert bis zur Derbywoche 1984 in Hamburg nicht mehr auf seine Pferde. Dann verletzte sich Lutz Mäder gleich am Eröffnungstag, und Remmert vertrat ihn. Zur Zufriedenheit aller. Da die Zeit offenbar auch in dieser Branche die Wunde am besten heilt, kam man sich wieder näher. Eine Besitzergruppe um Heinz Harzheim vom Gestüt Bona, Heinz Ramm und Ferdi Leisten als Manager des Gestüts Erlengrund, *machte seit längerem Stimmung* gegen Mäder, schon im Vorjahr stand die Trennung einmal kurz bevor. Wie es jetzt den Anschein hat, scheint die Trennung unvermeidlich.

Wayne Grady – mit drei Dollar fing er mal an

GERD A. BOLZE, Frankfurt

„Verdammt, schon wieder Zweiter" – dachte ich, als ich in der Ferne den riesigen Beifall der Zuschauer hörte und erfuhr, daß der zwei Partien vor mir spielende Jerry Anderson mit eingestelltem Platzrekord von 63 und mit insgesamt 269 Schlägen vom letzten Grün gegangen war", berichtete Wayne Grady, nachdem er mit 268 Schlägen und dem Gewinn der „Lufthansa – Offenen Deutschen Meisterschaft" in Frankfurt den bisher größten Erfolg in seiner 6jährigen Berufsgolfer-Karriere erspielt und 66 660 der insgesamt 400 000 Mark Preisgeld kassiert hatte. Der 27jährige blonde Lockenkopf mit dem braungebrannten, lustigen Gesicht aus dem fernen australischen Brisbane war nämlich schon als „ewiger Zweiter" abgestempelt. Bisher schon 17mal und erst eine Woche zuvor im englischen Fulford bei der „Benson and Hedges Open" mit einem Schlag hinter dem Schotten Sam Torrance.

„Wieder war ich um einen Schlag hinter dem Sieger. Als am 17. Loch von Par 5 über 435 Meter mir mein Caddie sagte, daß man mit dem zweiten Schlag dort nur mit dem Holz 1 hinkäme, da ließ ich mir dann auch diesen Driver geben und schlug den Ball vom Fairway aufs Grün – das war der bisher beste Schlag meines Lebens." Den Zwei-Meter-Putt senkte der 27jährige Australier dann zum „Eagle" (zwei Schläge unter der


Hätte zu gerne noch die Uhr gewonnen: Wayne Grady FOTO: AP

Loch-Einheit), und damit führte er plötzlich mit einem Schlag.

„Zu gerne hätte ich auf dem 18. Grün noch ein Birdie gespielt und Anderson auch noch die über 5000 DM wertvolle Rolex-Uhr für die beste Runde der Meisterschaft abgenommen, doch der Ball blieb leider zu kurz", lachte er.

Zum Golf kam er als 13jähriger durch seine Eltern. Schon mit 15 Jahren versuchte er sich erstmals als Profi – ließ sich aber nach einigen Monaten re-amateurisieren. „Ich war noch nicht soweit", meinte er. Erst mit 21 Jahren versuchte sich der fast alle Sportarten, aber besonders Cricket liebende Grady erneut als Turnier-Profi, denn Unterricht als Golf-Lehrer hat er noch nie gegeben.

Mit nur drei Dollar in der Tasche gewann er zwar gleich im ersten Profi-Jahr die „West Lakes Classic" in seiner Heimat und damit 12 000 Dollar. Doch bei diesem einen Sieg blieb es dann bis Frankfurt. In Europa ist er zum dritten Mal und gewann 1979 nur 837, 1981 sogar nur 230, aber 1983 schon 14 600 englische Pfund an Preisgeldern. Nun steht er mit rund 34 350 Pfund oder über 130 000 DM bereits an zwölfter Stelle der europäischen Rangliste, die Bernhard Langer mit bisher gewonnenen 108 555 Pfund, also über 400 000 DM, anführt.

In Australien gehörte Wayne Grady schon zu den sechs besten Geldgewinnern der Saison '83, und er vertrat sein Land bereits zweimal im World-Cup. Doch Golf in Europa ist nicht so sehr seine Sache. Von Frankfurt flog er nach New York, wo nicht nur seine Frau auf ihn wartet, sondern wo er drei Einladungen an Turnieren der dollarträchtigen US-Tour wahrnimmt. Gradys Ziel ist: „Im Oktober versuche ich in Florida die Spielerkarte zu bekommen, denn am liebsten würde ich ab nächstes Jahr die volle US-Tour mitspielen."

Drei Tage lang mußte Bernhard Langer jeweils nach seiner Runde ins Pressezelt zum Interview geholt werden. Nach der letzten Runde erschien er selbst, doch keiner kümmerte sich mehr um den abgeschlagenen Favoriten, der als Meister von 1981 und '82 diesmal erst auf dem 18. Platz endete, nach dem Motto: Der König ist tot, es lebe der König.

WELT-Interview mit Peter Voß, dem Leiter des „heute-journals" vom ZDF

„Das Übel Nr. 2 heißt Ausgewogenheit"

Peter Voß, 42, trat 1971 in die Nachrichtenredaktion des ZDF ein. 1978 wechselte er zur ARD als stellvertretender Leiter des Fernsehmagazins „Report". Am 1. Oktober 1983 übernahm Voß die Leitung des „heute-journals".

WELT: Seit einem knappen Jahr sind Sie die „Nummer eins" im heute-journal. In diesem Jahr wurde die Sendung in den späten Abend verlegt, auf 21.45 Uhr. Hat das der Sendung geschadet?

Voß: Der Sendung nicht. Manche Zuschauer, die mit dem 21-Uhr-Termin sehr einverstanden waren, haben die Verlegung bedauert. Unter dem Strich ist die Einschaltquote im ersten Halbjahr '84 von 20 auf 17 Prozent zurückgegangen. Das hatte ich erwartet.

WELT: 17 Prozent sind immer noch gut für eine Informationssendung um diese Zeit. Gibt es ein Erfolgsrezept?

Voß: Der Wahrheit zuliebe muß ich daran erinnern, daß diese Quoten stark vom Programmfeld abhängen und von dem „Gegenprogramm" auf anderen Kanälen. Außerdem: Erfolg ist nicht nur in Zuschauerprozenten zu messen. Gewiß – wenn die Sendung nicht interessant wäre, dann bliebe das Publikum nicht am Schirm. Neben der journalistischen Qualität der einzelnen Filmbeiträge kommt es da sehr auf die Mischung der Themen an.

WELT: Wie und nach welchen Kriterien wird entschieden, was im heute-journal gebracht wird?

Voß: Einer meiner Vorgesetzten meint: „Wie auf dem Dorfanger". Daß ein Redaktionsleiter aufgrund seiner Verantwortung letztlich zu entscheiden hat, versteht sich von selbst. Bei uns wird aber in der Tat lebhaft und intensiv diskutiert, werden die Schwerpunkte der Sendung, ihr Aufbau, ihre Dramaturgie bis in den Abend hinein immer wieder durchgespielt, überprüft und verändert. Dabei sind wir eingebunden in die Hauptredaktion Aktuelles. „heute", „heute-journal" und „Tele-Illustrierte" führen kein isoliertes Eigenleben, sondern koordinieren und ergänzen sich schon bei der Planung der Themen. Das heute-journal will ja Nachrichten vermitteln und zugleich mehr: nachfragen, vertiefen, Konsequenzen klar machen.

WELT: Kein prinzipieller Unterschied also zu den Magazinsendungen?

Voß: Doch. Von der Aktualität mal abgesehen: Magazine sind ja, ob man das eingesteht oder nicht, mehr oder weniger Tendenzunternehmen. Wir hingegen sind den strengen Anforderungen an Nachrichtensendungen verpflichtet: also nicht nur Fairneß, sondern – ich sage es bewußt – Ausgewogenheit.

WELT: Ausgewogenheit – also Sekundenzählerei, die berüchtigte „Schere im Kopf". Genau das, was den Fernsehanstalten als größtes Übel angekreidet wird.

Voß: In einer so pervertierten Form halte ich Ausgewogenheit auch für ein Übel, und zwar für das zweitgrößte. Das größte wäre politische und ideologische Einseitigkeit – die ist noch langweiliger. Mir geht es nur darum, daß Kontroverses auch unvoreingenommen kontrovers dargestellt wird, ohne daß über dem Streit die zugrundeliegende Gemeinsamkeit, auf die sich jede demokratische Auseinandersetzung bezieht, vergessen wird. Wir wollen unserem Publikum nicht mit erhobenem Zeigefinger vorsagen, wie es zu denken hat,


War schon immer für mehr Konkurrenz: Peter Voß FOTO: DPA

sondern unbefangen dazu beitragen, daß jeder selbst seine Schlüsse ziehen und seine Meinung bilden kann.

WELT: Einerseits – andererseits. Heißt das nicht eben doch „wischiwaschi", und das Engagement schläft ein?

Voß: Zum journalistischen Engagement gehört auch journalistische Distanz, und zwar nach allen Seiten. Sonst wird das Engagement zum Alibi für die Bevormundung von Zuschauern.

WELT: Wie sehen Sie Ihre Redaktion im Vergleich zur Konkurrenz, auch zur aufkommenden privaten Konkurrenz.

Voß: Ich kann da nur für mich sprechen. Ich habe mich schon für mehr Konkurrenz ausgesprochen, als das noch nicht so in Mode war. Denn Konkurrenz ist ein Motiv, noch besser zu werden. Sie bewahrt uns vor Selbstzufriedenheit. Im übrigen weiß ja auch niemand, wie sich diese Konkurrenz tatsächlich entwickeln wird.

WELT: Was halten Sie von der „news show"?

Voß: Das kommt darauf an, was man unter diesem schillernden Begriff versteht. Es gibt da zwei Denkschulen in unserer Branche. Die eine lehrt: Fernsehnachrichten als kompakte, stromlinienförmige Information, als Service ohne Schnörkel und Schnickschnack. Kurz und knapp den Leuten sagen und zeigen, was an Wichtigem passiert ist – und die Welt dreht sich weiter. Die andere Richtung sagt: Harte Information gibt's schon reichlich. Wir brauchen den Verbund mit Unterhaltung, mehr Boulevard und zugleich mehr Magazin, mehr Stammtischthemen, Sport, Live-Elemente und lockerem *Moderatorengeplauder*.

WELT: Was ist besser, wohin geht der Trend?

Voß: Beides ist so gut wie die Journalisten, die es machen. Einen klaren Trend kann ich noch nicht entdekken, sondern wieder zwei Richtungen. Nämlich erstens: beide Typen klar konturiert nebeneinander zu bringen, also zu unterschiedlicher Sendezeit. Erst die klassische Nachrichtensendung, später am Abend die sogenannte „show". Zweite Richtung: beides mischen, zusammenbinden zu einer großflächigen Sendung zur Hauptsendezeit.

WELT: Welches Modell bevorzugen Sie?

Voß: Das erste – also die Arbeitsteilung zwischen zwei unterschiedlichen Sendetypen.

WELT: Welchen Weg wählt das ZDF?

Voß: Darüber habe ich nicht zu spekulieren. Ich glaube, die Leitung des Hauses ist für neue Entwicklungen offen, wird aber keine Entscheidung übers Knie brechen. Wir bleiben flexibel und entwicklungsfähig.

WELT: Und wohin entwickelt sich das heute-journal? Werden Sie auf Dauer andere Akzente setzen als Ihre Vorgänger?

Voß: Neue Akzente zu setzen macht sich natürlich immer gut. Am besten, man erfindet gleich das Fernsehen neu. Man muß nur aufpassen, daß man nicht des Kaisers neue Kleider vorführt. Im Ernst: Gerade weil unsere Form uns Flexibilität erlaubt, sollten wir sie im Grundsatz nicht in Frage stellen. Und wenn wir uns einmal in die eine oder andere Richtung etwas weiter vorwagen, z. B. mit auflokkernden oder eindringlichen oder auch nur leicht närrischen Bildern, so sind auch das nicht Gags um des Gags willen. Auch das sind Informationen. Wir wollen damit sagen: Die schwere Kost, die Probleme und Konflikte, die wir euch vorsetzen müssen, sind nicht die ganze Wirklichkeit. Und das kann manchmal ein Trost ein. MANFRED SCHELL

STAND ● PUNKT / *Der Allein-Unterhalter Joaquim Cruz*

Wahrscheinlich ist er der beste 800-m-Läufer aller Zeiten – obwohl er noch immer nicht den Weltrekord des Engländers Sebastian Coe gebrochen hat. Es ist ja nicht nur atemberaubend, wie schnell der brasilianische Olympiasieger Joaquim Cruz die beiden Stadionrunden zu laufen pflegt, sondern wie bei ihm so etwas vonstatten geht. Am Sonntagabend in Köln fehlten ihm nach 1:41,77 Minuten vier Hunderstelsekunden am Weltrekord, wobei der deutsche 400-m-Spezialist Thomas Giessing für das entsprechende Anfangstempo gesorgt hatte.

Nur wollte Cruz gar keinen Tempomacher, keinen Hasen, um Rekord zu laufen – so, wie es mittlerweile Brauch auf den Mittel- und Langstrecken geworden ist. Cruz ist sein eigener Hase, immer von der Spitze weg, wer noch folgen kann, mag das tun. So hielt er es in Los Angeles und so versuchte er es zuvor auch in Zürich (1:42,34 Min.) und Brüssel (1:42,41 Min.). Sobald die erste Runde vorbei war, stürmte Cruz mit langen Schritten an die Spitze. Er brauche *niemandens Windschatten, hat* sein Trainer gesagt. Doch die Veranstalter der großen Sportfeste bestünden darauf. Denn einfach laufen und dann so schnell wie Cruz – das sprengt die Vorstellungskraft ...

Noch einmal zum Stichwort „Tempomacher": Wenn Cruz für die Pace sorgt, hat fast jeder hinter ihm etwas davon. So war es auch in Köln, wo der Kenianer Sammy Koskei in 1:42,28 Minuten Zweiter wurde. Koskei verbesserte seine eigene Bestmarke um über zwei Sekunden – *was in diesem Bereich Welten sind* und den dritten Platz in der ewigen Weltrangliste bedeutet.

Müde sei er und keineswegs mehr zur Rekordjagd aufgelegt, hatte der Brasilianer in der Nacht zum Samstag in Brüssel erzählt. Was stimmt, denn die Spritzigkeit, die Frische von Los Angeles, die fehlt ihm mittlerweile. Kaum vorstellbar, was eigentlich geschieht, wenn Cruz wirklich in Form ist. KLAUS BLUME

KRITIK

Der Tod spielt eine Chargenrolle

Es ist erstaunlich, wie aus der uralten Grundfabel immer wieder neue Facetten herausgeschliffen werden. Schon wieder geschieht ein Mord in einer geschlossenen Gesellschaft von lauter Brüdern, Ehefrauen und Schwägerinnen, und nur einer von ihnen kann der Täter sein, kann den **Zyankalicocktail** (ZDF) gemixt haben. Diesmal hat der Franzose Jacques Auclair die Geschichte ersonnen und der Sohn des großen Buñuel, Juan mit Namen, hat sie inszeniert, als Komödie, wie vermerkt wird.

Das Stück gerät bei aller ironisch gestriegelten Distanz, bei aller Liebe zur ausgespielten Szene weniger zu einem Krimi als vielmehr zu dessen Denunziation. Nimmt man nämlich die einzelnen Passagen und Einstellungen, die Wendungen, Gänge und Einblenden sich etwas genauer vor, so erkennt man darin einen Jahresbedarf an Krimimaterial wieder.

Freilich weiß Juan Buñuel, was er seinem Namen schuldig ist. So entläßt er seine Schauspieler schon gleich in den ersten Frequenzen nicht ohne streng stilisierte Choreographie vor die Kamera, so läßt er die Wirklichkeit sich nur auf eine schöne Weise breitmachen.

Schön wird das alles und manchmal sogar heiter. Denn der Tod spielt dort nur eine Chargenrolle. Der Tod ist ein Requisit, nur gebraucht, weil ein Mörder benötigt wird. Wie, so möchte man fernsehgerecht ausrufen, wie im richtigen Krimi!

VALENTIN POLCUCH

NACHRICHTEN

Schach: Lobron gewann

Berlin (dpa) – Sieger des zweiten internationalen Berliner Schachturniers wurde der deutsche Großmeister Eric Lobron (Wiesbaden). Bei den Damen siegte Magareta Muresan (Rumänien).

Diskus: Weltrekord

Trencin (sid) – Die Tschechslowakin Zdena Silhava stellte in Trencin (CSSR) mit 75,56 m einen neuen Diskus-Weltrekord auf. Sie verbesserte die bisherige Marke (73,36 m) der „DDR"-Werferin Irina Meczynski.

Derwalls Fehlstart

Istanbul (dpa) – Mit einem Fehlstart begann für den früheren Bundestrainer Jupp Derwall die Saison der ersten türkischen Fußball-Liga. Derwalls Klub Galatasaray Istanbul unterlag auf eigenem Platz vor 25 000 Zuschauern Denizlispor 0:1.

Basektball: 5. Platz

Jönköping (dpa) – Bei den Junioren-Europameisterschaften im Basketball in Jönköping (Schweden) belegte die deutsche Mannschaft nach einem 75:70-Sieg über die CSSR den fünften Platz. Europameister wurde zum fünften Mal die UdSSR.

Neue Gespräche abgelehnt

Tokio (dpa) – Nordkorea hat Südkoreas Vorschlag abgelehnt, die Sportgespräche über die Aufstellung einer gemeinsamen Mannschaft bei internationalen Veranstaltungen wiederaufzunehmen. Nordkorea verlangt von Südkorea eine Entschuldigung dafür, die bisherigen Sportgespräche politisiert zu haben.

Kassenmagnet Maradona

Neapel (sid) – Die Verpflichtung des argentinischen Fußballspielers Diego Maradona macht sich für den AC Neapel bezahlt. In den bisherigen drei Spielen wurden vier Millionen Mark Einnahmen verbucht. – Beim Pokalspiel SC Piscara gegen AC Florenz (0:3) wurde der florentinische Trainer Giancarlo de Sisti mit Verdacht auf Gehirnschlag ins Krankenhaus gebracht.

Schockemöhle Vierter

Hickstead (sid) – Paul Schockemöhle (Mühlen) wurde beim Springreiter-Derby in Hickstead (England) auf Deister Vierter. Es siegte der Ire John Ledingham auf Grabhran.

ZAHLEN

LEICHTATHLETIK

Internationales Sportfest in Köln: **Männer:** 200 m: 1. Lewis (USA) 20,21 Sek. ... 6. Lübke (Deutschland) 20,96. – 400 m: 1. Smith 45,07, 2. Babers 45,22 (USA). – 800 m: 1. Cruz (Brasilien) 1:41,77 Min. (Jahres-Weltbestzeit), 2. Koskei (Kenia) 1:42,28 (Afrika-Rekord), 110 m Hürden: 1. Kingdom 13,23, 2. Foster (beide USA) 13,29. – 400 m Hürden: 1. Moses 47,95 Sek., 2. Phillips (beide USA) 48,61. – Weitsprung: 1. Myricks (USA) 8,48 m. – Hochsprung: 1. Mögenburg (Köln) 2,30 m. – Dreisprung: 1. Betancourt (Kuba) 17,45, 2. Banks (USA) 17,08. – Diskuswerfen: 1. Danneberg (Deutschland) 65,58 m. – **Frauen:** 200 m: 1. Ashford (USA) 22,76 Sek. – 400 m: 1. Kratochvilova (CSSR) 49,56, 2. Brisco-Hooks (USA) 49,83.

TENNIS

Bundesliga, Herren, vierter Spieltag, Gruppe 1: Blau-Weiß Neuss – Iphitos München 7:2, Bamberg – Bayer Leverkusen 6:3, Klipper Hamburg – Rot-Weiß Berlin 5:4. – Gruppe 2: Etuf Essen – Grün-Weiß Mannheim 4:5, HTV Hannover – Amberg 4:5, Waldau Stuttgart – Karlsruhe Rüppur 4:5.

GOLF

Lufthansa – Offene Deutsche Meisterschaft in Frankfurt (Standard und Par je 71): 1. Grady (Australien) 70+65+69+64 = 268 Schläge (66 660 DM); 2. Anderson (Kanada) 70+67+69+63 = 269 (44 400 DM) ... 18.–21. Langer 67+74+66+72 = 279 (4900 DM) ... 57.–60. Vollrath 72+70+70+78 = 290 (1270 DM) ... 61.–62. Thül 76+70+73+73 = 292 (1140 DM) ... 63.–64. Knauss (alle Deutschland) 70+75+73+75 = 293 (1060 DM).

GEWINNZAHLEN

„6 aus 45": 7, 19, 20, 29, 35, 38, Zusatzzahl: 24. (Ohne Gewähr).

MOTORSPORT

Streit um Brasilianer

DW. Zandvoort

„Wir haben einen der talentiertesten Fahrer unter Vertrag, einen potentiellen Weltmeister. Ich bin froh, daß wir gegen zahlreiche andere Teams im Rennen um seine Unterschrift gewonnen haben." Das erklärte nach dem Grand Prix von Holland in Zandvoort (Sieger: Prost, Frankreich, auf McLaren) ein Sprecher der Firma Lotus. „Wir haben einen Dreijahresvertrag, den man nicht so einfach brechen kann. Wenn er geht, könnte das unser Ende bedeuten, denn unsere Sponsoren zahlen nur, wenn er weiter im Team bleibt." Das sagt ein Sprecher der Konkurrenzfirma Toleman. Der jüngste Streit in der Formel 1 ist um den Brasilianer Ayrton Senna da Silva entbrannt – möglicherweise vor Gericht.

Der Hintergrund: Der Brasilianer gilt in der Tat als eines der größten Talente in der Formel 1. Senna gewann Meisterschaften in der Formel Ford sowie den international sehr angesehenen Titel in der englischen Formel 3, aus der vor sechs Jahren auch sein Landsmann Nelson Piquet, der zweimalige Weltmeister, kam.

Für Lotus ist die Verpflichtung des in der Formel 1 derzeit am meisten umworbenen Fahrers freilich auch unter dem Aspekt Sponsoren und Zulieferanten zu sehen. Denn nach langen Verhandlungen haben Lotus und Renault nun einen Dreijahresvertrag unterschrieben. Die Franzosen werden weiterhin für rund fünf Millionen Mark pro Jahr so viele Motoren liefern wie Lotus in einer Formel-1-Saison braucht. Mit den Spitzenfahrern Elio de Angelis (Italien) und künftig Ayrton Senna (Brasilien) hätte Renault einen erstklassigen Geschäftspartner für die nächsten drei Jahre gewonnen.

Dem Engländer Nigel Mansell wird man bei Lotus den Stuhl vor die Tür setzen.

FUSSBALL

Heute schon drei Spiele

sid, Bonn

So schnell ändern sich die Fußball-Zeiten: Aus dem Jäger VfB Stuttgart ist durch den Fehlstart am Lauterer Betzenberg im Eiltempo ein Gejagter geworden. Die 22. Bundesliga-Saison war kaum 48 Stunden alt, da dachte VfB-Trainer Helmut Benthaus im internen Kreis schon laut über eine Verstärkung der Meister-Mannschaft nach. „Wir müssen uns ernsthaft überlegen, ob wir nicht einen Abwehrspieler kaufen", sagte der besonnene Benthaus vor dem zweiten Spieltag, der heute mit drei Spielen beginnt: Stuttgart – Braunschweig, Frankfurt – Leverkusen und Uerdingen – Dortmund (alle 20 Uhr).

Der Ausfall von Nationalspieler Guido Buchwald, der nach nur drei Minuten im ersten Saisonspiel einen Knöchelbruch erlitt, zwingt die Stuttgarter zum Nachdenken und möglicherweise zum Handeln. Geld genug für eine Verpflichtung haben die sparsamen Schwaben. Über 8000 Dauerkarten brachten bereits rund 2,5 Millionen Mark in die Kasse.

„Einen Erfolgsweg ähnlich wie Stuttgart in der letzten Saison", traut Frankfurts Trainer Dietrich Weise Bayer Leverkusen in der Saison 1984/85 zu. „Von den Namen der Spieler her ist Leverkusen glänzend besetzt. Die Mannschaft muß nur noch das richtige Verständnis untereinander finden", sagte Weise vor dem heutigen Heimspiel.

Heute werden beide Teams noch zusätzlich motiviert, denn Franz Beckenbauer hat sich als Gast im Waldstadion angesagt. Morgen spielen: Mannheim – Kaiserslautern (18.30 Uhr), Hamburg – Gladbach, Düsseldorf – Karlsruhe, München – Bremen, Schalke – Bochum (alle 20.00). Das Spiel Köln – Bielefeld wurde auf den 4. September verlegt, weil Köln an einem Turnier in Madrid teilnimmt.





III.



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Die Skulptur des Griechen
11.40 Meatta, I bin a Geckck
12.10 Anpassen oder auswandern?
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.00 Tamra, das Beduinenmädchen
Puppenspiel der Kleinen Bühne
Nach einem arabischen Märchen
15.30 Das feuerrote Spielmobil
Das Haus mit der Nummer 30:
„Der Tag fängt ja gut an!"
16.00 Tagesschau
16.10 Sie – er – Es
In der neuen Ausgabe der informativen Sendereihe geht es um „späte Erstgebärende", die erste internationale Frauen-Buchmesse, alte und neue Kinderspiele sowie um den Dichter und Maler Kit Williams.
16.55 Spaß am Dienstag
17.20 Da schau her!
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Expeditionen ins Tierreich
Heinz Sielmann zeigt:
Ein Paradies der Elefanten
21.00 Report
V-Männer im Papstattentat? – Verdunkelung oder Aufklärung / „DDR"-Spion nach Haftentlassung – Klage gegen die IG Metall / Marxisten im Vormarsch – Immer mehr Gewerkschafter fordern Diskussion / Politik statt Seelsorge – Wo endet das politische Mandat der Kirchen?
Moderation: Günther von Lojewski
21.45 Dallas
22.30 Tagesthemen
23.00 Bücher-Report
Die neue Ausgabe des Kulturmagazins präsentiert dem Zuschauer eine erste Durchsicht der Herbst-Neuerscheinungen. Dabei stellt der „Bücher-Report" unter anderem folgende Werke vor: „Ein Kriegsende" von Siegfried Lenz, „Der junge Mann" von Botho Strauss, „Weiblichkeit" von Susan Brownmiller und „Die Torheit der Regierenden" von Barbara Tuchmann.
0.00 Tagesschau

ZDF

15.00 heute
15.05 Flipperkugeln
Amerikanischer Jugendfilm (1977)
15.45 Ferienkalender
16.05 Flipper
... findet Geld
16.30 Mosaik
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Dave Stewart, Barbara Gaskin
17.50 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Heiße Wickel – kalte Güsse
Kneippiaden von Georg Lohmeier
19.00 heute
19.30 Ehen vor Gericht
Von Ruprecht Essberger
Handlungsidee: Sina Walden
2. In Sachen: Englert gegen Schumacher
20.59 Tierporträt
Das letzte Turnier
21.15 WISO
Zur Person: Der Verleger Gustav Lübbe – Von Jerry Cotton bis zu Martin Luther / Hintergrund: Deutsche Unterhaltungselektronik – Ausländer geben den Ton an / Blickpunkt Bonn: Die teuersten Betten der Republik – Neuer Fehlstart zur Reform der Krankenhausfinanzierung / Tips: Die zweite Miete – Wie man Streit um Nebenkosten vermeidet
Moderation: F. Ost
21.45 heute-journal
22.05 Neuer deutscher Film
Utopia
Von Sohrab Shahid Saless (1983)
In einer Großstadt eröffnet der Zuhälter Heinz mit fünf Frauen ein Bordell. Doch der Traum vom großen Geld, den die Frauen träumten, bleibt unerfüllt. Ihr Leben wird bestimmt von der brutalen Macht ihres Zuhälters. Bis sie sich eines Tages von diesem befreien ...
1.10 heute

III.

WEST
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN
Gemeinschaftsprogramm:
18.00 Sesamstraße
18.30 Aus der Klamottenkiste
19.00 Rockpalast

WEST/NORD/HESSEN
Gemeinschaftsprogramm:
20.00 Tagesschau
20.15 Wanderungen durch die DDR
Die Niederlausitz
21.05 Der Sternenhimmel im September
21.15 Berlin Alexanderplatz
Folgen 4 bis 6
0.10 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
18.45 Musik-Gymnastik-Plauderei
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
20.15 Das Millionenpferd Orofino
21.00 Louis taut auf
Französisch-italienische Filmkomödie (1969)
Mit Louis de Funès u. a.
22.15 Zwischen Ungewißheit und Wagnis
Vom Leben und Sterben des Philosophen Peter Wust (1884–1940)
23.00 Nachrichten

BAYERN
18.15 Einmal gestolpert – für immer gefallen?
18.45 Rundschau
19.00 Hilfe, ich bin Millionär
Amerikanischer Spielfilm (1945)
20.20 Flug ins Morgengrauen
Film von Lawrence Lansburgh
20.40 Z. E. N.
20.45 Die Sprechstunde
Erfrischungsgetränke
21.30 Rundschau
21.45 BR unterwegs
23.15 Rundschau

Matt mit einem Zug

bo. – „Wie übersetzt man Müdigkeit in mehreren Verkehrsmitteln?" fragte Moderator „Blacky" Fuchsberger seine Zuschauer beim ZDF und löste damit eine Lawine aus, derer man in der Telefonzentrale der Mainzelmänner schon bald nicht mehr Herr wurde. Findige TV-Konsumenten fanden nämlich schon Sekunden nach der Frage heraus, was der Meister wissen wollte: Die richtige Antwort lautete „Matt in drei Zügen".

Doch das war nicht des Pudels Kern. *Die Antwort* hätte nämlich ebensogut lauten können „Matt in zwei, fünf oder gar zehn Zügen", und das brachte die Zuschauer in den Harnisch. Warum, so wollten sie wissen, stellt uns das ZDF eine Frage, auf die es keine eindeutige Antwort gibt?

Die verantwortlichen Herren in Wiesbaden schafften das Dilemma schnell aus der Welt, indem sie entschieden, alle vier Lösungen seien richtig und somit kämen alle Karten mit den vier verschiedenen Antworten in die Lostrommel. (Es gibt schließlich eine Reise zu zweit nach Sri Lanka zu gewinnen.)

Die Mainzelmänner werden eine neue Lostrommel brauchen. Denn nicht nur, daß den meisten Zuschauern eine der Lösungsformen spontan einfiel; zahlreiche Zeitungen veröffentlichten gestern auch schon die richtige Antwort auf ihren Frontseiten. Es wird also Hunderttausende geben, die gern *nach Sri Lanka auf Kosten des ZDF* reisen wollen. Der Einsendeschluß ist erst heute.

Ähnliche Überraschungen werden den Fernsehkünstlern in Wiesbaden künftig nur erspart bleiben, wenn sie es ein bißchen schwerer machen und auf etwas kniffligere Fragen verfallen als: „Wieviele Wege führen nach Rom?" oder „Waren die Wikinger vor Columbus in Amerika?"

Film: „Highway 2"

Der große Jux im Nachspann

Sammy Davis jr. und Dean Martin blödeln in Polizeiuniform, Shirley MacLaine verkleidet sich als Nonne, und Telly Savalas boxt sich als dümmlicher Gangster durch. Frank Sinatra verkörpert derweil als König des Showbusineß bescheiden sich selbst, während Burt Reynold und Dom Deluise mit heftigen Grimassen signalisieren, daß eigentlich sie die Hauptdarsteller sind. All diese Stars mimen in „Highway 2" Teilnehmer am legendären „Cannonball-Race", einem illegalen Autorennen quer durch den amerikanischen Kontinent, bei dem dem Sieger dank der Großzügigkeit eines Scheichs eine Million Dollar garantiert sind.

Stets hat Regisseur Hal Needham davon profitiert, daß seine vom Tempolimit drangsalierten Landsleute zumindest auf der Leinwand den Rausch des Rasens ohne Reue genießen wollten. Schon sein Straßenwestern „Ein ausgekochtes Schlitzohr" spielte erkleckliche Gewinne ein, und der erste Teil der „Highway"-Serie gehörte gar zu den erfolgreichsten Filmen des Jahres 1981. Als Stuntman flirtete Needham einst mit dem Risiko, doch jetzt wärmt er – sicher ist sicher – nur ein altes Thema noch einmal auf. Da er dabei jedoch auf so altmodische Dinge wie eine fortlaufende Handlung verzichtete, zerfällt der Film wie eine Zeichentrickklamotte in hoffnungslos überdrehte Slapstick-Nummern. Selbst packende Verfolgungsjagden fehlen. Denn meist spielen die chromglänzenden PS-Protze mit untermotorisierten Polizeiwagen Katz und Maus, während die Kamera die vorbeirasenden Boliden ehrfürchtig aus der Froschperspektive beäugt.

Da Needham auch die Schönheiten des Landes keiner Szene würdigt, bleiben ihm nur Anleihen aus einfallsreicheren Filmen übrig. Einen autofahrenden Menschenaffen konnte man schon in diversen Abenteuern mit Clint Eastwood bewundern, die alberne Figur des „Captain Chaos" parodiert so plump wie möglich das Genre der „Supermann"-Streifen. Schlicht ärgerlich wird das uninspirierte Werk allerdings, wenn sich Needham über seinen Kollegen Coppola und dessen Mafia-Epos „Der Pate" lustig machen will. Den rivalisierenden Gangsterfamilien die Namen italienischer Nudelgerichte zu geben, ist wahrlich nicht sonderlich komisch und von einer Parodie weit entfernt.

Halbwegs originell ist lediglich der Nachspann geraten, den Needham aus offensichtlichen Pannen bei den Dreharbeiten zusammengeschnitten hat. Hier wird spürbar, daß wenigstens die Akteure ihren Spaß hatten. Trotzdem dürfte „Highway 2" in die Filmgeschichte eingehen. Denn selten waren so viele Stars in einer so kläglichen Posse versammelt.

HARTMUT WILMES

Uraufführungen zuhauf – Was die Theater planen

Alle wollen in den Park von Strauß

Statistiker können jubeln. Die deutschsprachigen Schauspielbühnen der Bundesrepublik, Österreichs und der Schweiz kündigen neue Rekorde an. Einhundertneunzig Ur- und Erstaufführungen werden in der Spielzeit 1984/85 auf die Zuschauer herniedergehen. Das sind rund zwanzig mehr als im Vorjahr. Hinzu kommen sechshundertsechzig Stücke aus dem Repertoire. Der Pluralismus feiert Triumphe. Wer nur der Statistik vertraut, muß zu dem Ergebnis kommen, daß eine geistige Blüte ungeahnten Ausmaßes unsere Sinne betäubt.

Bei näherem Hinsehen ist man eher geneigt, in der „trunkenen Flut" von Novitäten Zeichen von Exhibitionismus, Redundanz und Mittelmaß zu sehen. Die Hitparade der Schauspielinszenierungen wird angeführt von Stücken und Autoren, die man teilweise nicht gerade der geistigen Originalität bezichtigen kann. Unbestrittener Spitzenreiter ist Botho Strauß mit seinem neuen Werk „Der Park". Gleich ein Dutzend Bühnen haben sich darauf gestürzt. Peter Stein inszeniert an der Berliner Schaubühne für den 25. September die Uraufführung.

Schon die Entstehungsgeschichte dieses bereits seit eineinhalb Jahren vorliegenden Dramas charakterisiert die Situation. Eigentlich wollte Strauß nur eine neue Übersetzung von Shakespeares „Sommernachtstraum" wagen. Aber dann ließ er sich „faszinieren". Aus Shakespeare wurde Strauß: Die Verirrung des „modernen Menschen" in ein Labyrinth der klassischen Literatur. Und da kann man dann wieder die üblichen Versatzstücke des Zeitgeistes bewundern. Ein Spießer, der davon träumt, als Stier harmlose Spaziergängerinnen vergewaltigend ins Gebüsch zu treiben. Oder Hausfrauen, die sich vor dem Anprall männlicher Libido in Bäume verwandeln. Der Jubel ist Botho Strauß schon jetzt gewiß: Der Mensch von heute ist originärer Regungen offenbarer kaum noch fähig.

Wen wundert es, daß zwei Stücke von Franz Xaver Kroetz Platz zwei und drei der Hitliste einnehmen? „Nicht Fisch nicht Fleisch" und „Furcht und Hoffnung der BRD" zählen ja nun gewiß nicht zu den Spitzenprodukten deutschen Geisteslebens. Aber trübsinnige Larmoyanz ist offenbar so gefragt, daß jeweils gleich elf Bühnen die beiden Werke in ihre Spielpläne aufgenommen haben

Heitere Belanglosigkeiten wie „Der Kontrabaß" von Patrick Süskind und „Amadeus" von Peter Shaffer bilden die Kehrseite des beliebten Trübsinns. Der einzige Klassiker, der da noch mithalten kann, ist ausgerechnet Lessings „Nathan". Auch er wird von mehr als zehn Bühnen gespielt, wobei man nach den Erfahrungen von Ludwigsburg, wo die Münchner Kammerspiele ihn in diesem Sommer herausbrachten, befürchten muß, daß hier mehr die Denunziation gefragt ist als Lessing selber.

Was wäre eine Spielzeit des zeitgenössischen deutschen Theaters ohne Thomas Bernhard! Da Bernhard Minetti bei den diesjährigen Salzburger Festspielen seinen Griesgram nicht zur Verfügung stellen wollte, steht er uns nun für 1985 gleich zweimal ins Haus. In Bochum wird Claus Peymann bei der Uraufführung von Thomas Bernhards jüngster Verdrießlichkeit „Ritter, Dene, Voss" wohl ebensowenig auf Minetti verzichten wie in Salzburg beim „Theatermacher".

Immerhin scheint es, als sei die Dichtung doch noch nicht ganz zum Fremdwort auf deutschen Bühnen verkommen. Tankred Dorst bringt zwei neue Stücke heraus. „Die Reise nach Stettin" (Düsseldorfer Schauspielhaus) setzt die Beschäftigung des Autors mit jenen Grenzbereichen fort, die sich innerlich wie äußerlich in der deutschen Teilung auftun. „Der verbotene Garten" beschäftigt sich poetisch-assoziativ mit dem umstrittenen italienischen Dichter d'Annunzio: Das Verhältnis von Kunst und Macht wird endlich einmal ideologiefrei diskutiert.

Geradezu versessen auf Ur- und Erstaufführungen scheint man in Bochum und in Bonn zu sein, wobei sich die namhafteren Autoren freilich bei Claus Peymann drängeln. Nicht weniger als zehnmal taucht Bochum in der Novitätenliste auf. Neben Thomas Bernhard gilt hier das besondere Interesse dem neuen Stück von Martin Walser. „Die Ohrfeige" ist für das Frühjahr vorgesehen. Von Vielschreiber Achternbusch sind wieder zwei Arbeiten prognostiziert, die eigentlich schon in der vergangenen Saison Premiere haben sollten. „An der Donau" und „Gust" stehen allerdings auch im Programm der Münchner Kammerspiele.

Gleich dreimal will Bochum uns mit einem jungen Schweden konfrontieren, der bei Insidern bereits als „neuer Strindberg" gehandelt wird: Lars Norén setzt sich in „Dämonen" (auch Burgtheater Wien), „Die Asche", „Das Abendmahl/Die Nachtwache" mit Partnerschaftsproblemen auseinander. Und schließlich möchte auch George Tabori in Bochum wieder in menschliche Abgründe hinuntersteigen. Der Titel seiner neuen Arbeit steht allerdings noch nicht fest.

Auch ohne Wolfgang Bauer scheint keine Spielzeit ablaufen zu können. Bonn, das siebenmal ur- und erstaufführt, möchte, trotz schlechter Erfahrungen mit den letzten Bauers, sich mit „Organe" wieder ins Gespräch bringen (Graz spielt übrigens auch einen neuen Bauer: „Pfnacht"). Und Stefan Schütz ist der zweite prominentere Autor in Bonn. Sein „Spectacle Cressida" gehört allerdings zu jenen Adaptionen klassischer Stoffe, die bei uns (mangels eigener Idee?) zunehmend in Mode kommen.

In dieses Genre fällt auch das jüngste Adoptivkind aus der Produktion Hans Magnus Enzensbergers. Er hat sich mit Diderot beschäftigt und ist dabei auf ein bislang kaum bekanntes Stück gestoßen, das er unter dem Titel „Der Menschenfreund" in zeitgemäßer Überarbeitung herausbringen möchte. Boy Gobert, in Berlin bislang der modernen Dramatik abhold, hat sich in diesem Fall wohl zum Kompromiß bekennen können. Schließlich ist Diderot ja schon eine Weile tot. Gobert spielt sogar die Titelrolle.

Wenn unter den zahllosen weniger bekannten Autoren, die auf die Bühne drängen, nicht ein neues Genie verborgen ist, steht damit für 1984/85 kaum Überragendes ins Haus. Vielleicht ein Symptom: Sage und schreibe 23 Regisseure inszenieren demnächst Stücke von Heiner Müller – so gut ist er nun wirklich nicht.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Moskauer Jazzband „Kadans" erstmals im Westen

Lukjanows Gezwitscher

Im gepflegten grauen Anzug stehen sie auf der Bühne, wilde Schaueffekte sind ihnen fremd. Auch das Solo des Schlagzeugers hält sich zurück, schlägt den Takt sauber weiter durch. Dann wieder das Thema, herausgeputzt durch eine Einleitung in Achteln: „It don't mean a thing ..." – Ohne Swing bleibt alles ohne Bedeutung. Das hat auch die sowjetische Jazzformation „Kadans" (Kadenz) erkannt. Vor kurzem hatten sie in Den Haag ihren ersten Auftritt im Westen.

German Lukjanow leitet die Gruppe seit 1978. Zwölf bis dreizehn Konzerte absolviert er samt Band monatlich durch einen festen Vertrag mit der Staatsagentur „Roskonzert". Den swingenden Rhythmus zählt er zu den „beherrschenden Stilmitteln" des Jazz, zum Fundus seiner musikalischen Sprache schlechthin. Ansonsten ist er modernen Klängen nicht abgeneigt, diskutiert seine Kompositions- und Arrangementvorschläge gerne ausführlich mit der Gruppe.

Seine Arrangements verraten eine geschulte Hand; nach ersten musikalischen Erfolgen in Leningrad hat er das Konservatorium in Moskau absolviert, und das macht sich besonders bei den immer wieder wechselnden mehrstimmigen Sätzen bemerkbar. Elektrogitarre mit Flöte und Baß, Klavier, Tuba und Saxophon, Funky-Sound im Chick Corea-Idiom stehen neben einem merkwürdigen flötenähnlichen Instrument, dessen Klangsäule durch Ziehen eines Stopfens ähnlich wie bei einer Posaune *verändert* wird und wie eine Mischung aus Pan-, Piccoloflöte und Vogelzwitschern wirkt.

„Auch in der Sowjetunion sagen viele, daß das Interesse am Jazz gesunken ist", erzählt Lukjanow. „Doch viele der früheren Jazzhörer waren einfach an irgendetwas außerhalb des Standards interessiert, an dem, was nicht so einfach über die Bühne kam. Man wollte sehen, was das wohl würde, wenn Trommeln und Baß gespielt würden ..." Rockmusik und andere Formen neuer Unterhaltung hätten dann diese „Neugierigen" abgezogen. Doch das verbliebene Publikum wertet Lukjanow um so höher: „Leute, die wirklich in der Lage sind, sich mit schwierigen Kunstformen auseinanderzusetzen".

Mit seiner eigenen Gruppe, die er selbstbewußt „Jazz-Kammerensemble" nennt und deren Musik in der Sowjetunion auch schon auf einer Platte erschienen ist, kommt er daheim überall gut an – außer in Tallin, dem alten Reval: „Dort gibt es so viele Fernsehprogramme, da gibt es Jazzprogramme aus Finnland, das Moskauer Programm, das schwedische, tallinische, Leningrader – ein Wahnsinn!"

Als Publikum zieht er die Polen vor. „Man reagiert dort am besten auf ein gutes Solo", erinnert er sich. Ob er gerne in der Bundesrepublik spielen möchte? Geplant ist es nicht bislang, erwidert Lukjanow. Ansonsten wäre ihm wichtig, daß das deutsche Publikum stärker aus der Reserve geht als das holländische – „Dann spielen wir auch vor vierzig Leuten!"

HERMANN SCHMIDTENDORF



Künstlerische Dokumentation der Zeremonien des Todes: Holzschnitt von Otto Nückel aus seiner Geschichte in Bildern „Schicksal" FOTO: KATALOG

Sterben, Tod und Trauersitten: „Die letzte Reise" im Münchner Stadtmuseum

Die Betrachtungssärglein mahnen

Der Tod ist ins Gerede gekommen. Der Schwund des Religiösen, die Lockerung der Familienbande haben den Tod ins Abseits gedrängt, haben ihn tabuisiert. Da ist es erstaunlich, wenn sich das Münchner Stadtmuseum an eine Ausstellung wagt, die sich ausschließlich mit dem Sterben, dem Tod und den Trauersitten in Oberbayern befaßt. „Die letzte Reise" konfrontiert den Besucher unmittelbar mit dem Tod und fordert zum *Nachdenken über das eigene Verhältnis* zum Sterben heraus. Und das Erstaunliche ist, diese düstere Ausstellung scheint einen Nerv zu treffen, ein Bedürfnis zu stillen. Denn anders wäre kaum zu erklären, warum Tag für Tag ganze Heerscharen von Familien hierherpilgern, um den kalten Schauder des Todes zu erleben.

Welche Rolle der Tod früher spielte, wie durch das Denken an den Tod das Lebensgefühl gesteigert wurde, wie man ihn annahm, über ihn hinausdachte, sich mit ihm abfand, das zeigt diese breitangelegte Ausstellung. Mehr als 500 Beispiele, die eine Zeitspanne von 1500 bis zum heutigen Tag umfassen, wurden zusammengetragen. Vier leblose, schwarzgekleidete Gestalten, die vor einer schwarzen Wand sitzen, empfangen den Besucher, der dann durch ein Meisterwerk barocker Schnitzkunst tritt, ein Portal von Asam, das den Sündenfall darstellt, aber auch auf einen Engel hinweist, der dem Tod die Sense fortnimmt und ihn entmachtet.

Der Tod war zu allen Zeiten ein Thema, das die Künstler faszinierte. Hier spannt sich der Bogen von Hans Mielich (1516–1573), der das Bildnis eines schlafenden Knaben als Sinnbild des Todes malte, bis zu Lovis Corinths Selbstbildnis vor seinem Münchner Atelierfenster mit einem Anatomieskelett. Die volkstümliche Variante des „Memento mori" sind geschnitzte Totenköpfe aus Elfenbein und sogenannte „Betrachtungssärglein", die einst als Meditationsobjekt die Vergänglichkeit alles Irdischen ständig vor Augen führen sollten.

Aber das „Memento" bleibt nicht nur auf das Hinnehmen des Todes beschränkt. In der bayerischen Tradition gibt es auch einen „Disput mit dem Tod" und zwar im Kasperltheater. Bilderbogen und Marionetten aus dem 18. Jahrhundert machen dies deutlich: Denn den Kasperl vermag nicht einmal der Tod zu überwinden.

Diese Münchner Ausstellung macht vieles bewußter, fördert Verschüttetes zutage. Unter dem Kapitel „Die gewonnenen Jahre" werden medizinische Wege, aber auch Irrwege im Kampf gegen den Tod geschildert. So starben im Spital der Elisabetherinnen im Jahre 1786 64 Menschen an hitzigen Krankheiten und Faulfieber, neun an Rotlauf und acht am Schlagfluß, verkündet eine Tafel.

Breiten Raum nehmen die „Zeremonien des Todes" ein, angefangen von den kleinen Sterbeblättchen mit heiligen Motiven und frommen Sprüchen bis hin zu den verschiedenen Formen von Särgen. *Und aus Mode*journalen um die Jahrhundertwende ersieht man die „standesgemäße" Trauerkleidung.

Auch die Grabmäler, Friedhöfe, Bildtafeln und Marterln, mit frommen und manchmal kuriosen Sprüchen, wurden nicht vergessen: „Gesund und fröhlich ging ich hinaus, sie brachten mich aber tot zu haus, O Mensch gedenk an das letzte End, ich bin gestorben ohne Hl. Sakrament am 23. Juni 1891" (Partnachklamm, Lkr. Garmisch-Partenkirchen). Neben heute durchaus vertrauten Sitten, muten allerdings die bemalten Totenschädel recht makaber an: Blüten und Blätter ums Haupt gemalt, hinzu die Inschrift mit Namen, Alter und Stand des Dahingeschiedenen. (Bis 9. September; Katalog 44 Mark.)

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Autoren und ihr Lieblingsbrunnen (XI): J. Redings Gaukler von Dortmund

„Die zischen ein Bier nach außen"

Da stehen die bronzenen Gaukler. Ihr Spielzeug ist das Wasser. Sie lassen es aus ihren Jackenärmeln rieseln, verteilen es mit ihren Händen, jonglieren mit ihm und speien es mit Kraft und Andacht aus. Und ihr Spritzen, Planschen und Spucken geschieht so selbstverständlich und souverän, als trieben sie ihr lustvolles Geschäft schon so lange, wie ihre Heimatstadt Dortmund alt ist: 1100 Jahre.

Auch die Beliebtheit der Wasserzauberer bei den Dortmunder Bürgern läßt auf ein methusalemisches Alter der Figuren und Kaskaden schließen. „Wir treffen uns am Gauklerbrunnen!" ist in und um Dortmund ein geflügeltes Wort. Die jungen Liebenden vom Westenhellweg oder vom Borsigplatz verabreden sich so. Aber auch die verrentnerten Kumpel von den längst stillgelegten Zechen „Hansemann" oder „Gottessegen" haben ihre Treffs auf der Steinbank-Umfriedung des Gaukler-Ensembles.

Doch die unmittelbare Freude der Dortmunder Bürger an ihrem Brunnen, die scheinbare Zeitlosigkeit und die Patina der bronzenen Akteure täuschen nicht darüber hinweg: die Stadt erhielt dieses sinnvolle, großzügige Geschenk erst zu ihrem 1100jährigen Geburtstag – am 3. Juli 1982.

Der benevolente Spender: die Dortmunder Stadtwerke AG, die im Jubiläumsjahr ihr 125jähriges Bestehen feierte. Sie schrieb die Idee für sieben Bildhauer aus. Den Zuschlag bekam Eberhard Linke, Jahrgang 1937, Professor an der Fachhochschule Rheinland-Pfalz in Mainz.

Eberhard Linke ist *mir nicht* nur darum sympathisch, weil er und ich zur Bruderschaft der Villa-Massimo-Stipendiaten gehören. Seit ich seinen Villon-Zyklus kennenlernte, versuche ich, seinen Gestalten aus Metall und Terrakotta, seinen Plastiken und Reliefs auf der Spur zu bleiben.

Die Dortmunder Aufgabe war nicht leicht. Es galt ja nicht, einer Ausflugslandschaft einen Akzent zu geben. Zwischen U-Bahnstation und Stadttheater, zwischen Hauptstraßenkreuzungen und Verwaltungsgebäuden war der Standort vorgegeben.

Eberhard Linke hat – angeregt durch die Kaskaden im Park der Villa d'Este in Tivoli – die Höhenunterschiede im Dortmunder Terrain umsichtig genutzt. Das Gesamtkunstwerk Gauklerbrunnen beginnt mit einem gemauerten Quelltopf. Das überfließende Wasser ergießt sich in ein zweites, tiefergelegenes Becken und setzt den Rest des Gefälles als Wildwasserlauf fort. Am Ende verströmt sich das Wasser zwischen den gepflasterten Hügeln und den Gauklerpodesten des unteren Brunnenteils.

So ist für den Betrachter alles in Fluß, in Bewegung. Gelöstheit stellt sich ein. Willkommene Entspannung, die um so mehr genossen wird, als die Brunnenanlage im Zentrum Dortmunds liegt. Mit der Oase Gaukler*brunnen wurde im Ballungsgebiet* des Ruhrreviers ein schöner Kontrapunkt zum Arbeitsrhythmus dieser Landschaft und ihrer Bevölkerung, die diese geistigen und künstlerischen Rastplätze verdient hat, geschaffen.

Das betrifft auch die Gestaltung des Environments. Eberhard Linke hat durch zwölf von ihm entworfene Gaslaternen einen Übergang vom Brunnen zum Stadtkern geschaffen: kannelierte, schlanke Säulen mit einem wirkungsvollen Glas-Unterbruch im oberen Viertel ihres Maßes. Das Licht dieses Lampenkorsos vereinigt sich am Abend mit der Beleuchtung des benachbarten Dortmunder Stadttheaters.

Das Stichwort Theater führt uns zu den Protagonisten des Brunnens zurück: den Gauklern. Der Bildhauer hat sie greifbar gestaltet, aber doch surrealistisch so überhöht, daß dem Betrachter Denkaufgaben erwachsen. So hat der Bronzemann, der im Dialog mit seiner wassertriefenden Jacke steht, vier ineinander verflochtene Beine. Das Dioskurenpaar Wasserspucker und Feuerschlucker erhält durch eine Hinterkopfmaske eine zweite Existenz.

Das beschauliche Temperament unter den Brunnenfiguren wird von einem Nachdenkenden verkörpert, der sich auf dem Brunnenrand aufstützt und zuschaut, wie das Wasser über seine vor ihm liegenden Handschuhe rieselt. Die Hauptrolle spielt der Jongleur: er gibt seine äquilibristischen Vorstellungen mit verbundenen Augen, macht damit die Imagination grenzenlos. Wunderbare „Anstiftungen" wiederum für die Phantasie der Brunnenbesucher.

Der Reigen der Gaukler ist den Menschen zugedreht, die hier Rast machen. Der Volksmund liefert originelle Kommentare. Ein Invalide beim Anblick des als Feuerspucker konzipierten Wasserpusters: „Du, der verzischt sich'n Bier nach außen ...!" – Ein junges Mädchen aus dem Großkaufhaus nebenan vor dem Bronzemenschen, der seine Handschuhe berieseln läßt: „Vielleicht sind ihm seine Glacéledernen zwei Nummern zu groß und er will, daß sie einlaufen!" – Oder der Seufzer eines durchreisenden Zimmermanns in Manchesterkluft vor der Gesamtkonzeption: „Ach, wenn die Dortmunder Stadtwerke wenigstens an einem Tag in jeder Woche das Wasser auf Bier umstellen würden!"

Nicht nur die vox populi beweist, daß der Dortmunder Gauklerbrunnen inzwischen zum Stadtbild gehört wie die Westfalenhalle oder der Fernsehturm Florian. Auch die jüngsten Bürger besetzen ihn für sich. Ich sehe eine Gruppe von deutschen und türkischen Kindern auf den „Inseln" des Gauklersees. Der Gauklerbrunnen also auch ein „Spielplatz", für die Hände, für die Augen, für die Seele.

JOSEF REDING

Wunderbare Anstiftung für die Phantasie: Der Gauklerbrunnen in Dortmund FOTO: WOLFGANG RADTKE

JOURNAL

Neue Riesenbilder bei Nazca entdeckt

AFP, Lima

Ein peruanischer Flieger hat in der Ebene von Nazca, dem rund 450 km südlich von Lima gelegenen Zentrum der indianischen Zivilisation des 1. bis 8. Jahrhunderts, neue Riesenzeichnungen entdeckt. Eduardo Gomez de la Torre legte dem Völkerkundemuseum von Lima Aufnahmen von 87 bisher unbekannten Bodenzeichnungen vor, die er aus einem Ultraleichtflugzeug in einer bisher wenig erforschten Zone, der sogenannten „Pampa von San José", gemacht hatte. Sie stellen Tiere, Pflanzen und Menschen dar und sind überwiegend, wie die bisher bekannten Bodenzeichnungen, in tiefen Furchen in die Erde gegraben. Es gibt aber auch Reliefdarstellungen und Farbabstufungen in Braun und Grau. Das von dem Flieger entdeckte Gebiet grenzt an den bereits bekannten Bereich der Nazca-Zeichnungen.

Frankfurt-Lehrstuhl für israelische Universität

DW. Tel Aviv

Die Universiät Tel Aviv wird 1985 einen Frankfurt-Lehrstuhl einrichten. Er gehört zur Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. Die Hälfte des Betrages von 250 000 Dollar, die für den neuen Lehrstuhl benötigt werden, konnte bereits durch Spenden gesammelt werden. Den Rest sollen Sonderveran*staltungen einbringen, u.a. ein* Benefizkonzert im Großen Sendesaal des Hessischen Rundfunks am 2. Sept. Die Bennenung des Lehrstuhls nach einer deutschen Stadt ist an Israels Universitäten einmalig.

Bölls „Sprinter" erhielt „Goldenen Stab"

dpa, Vevey

Der deutsche Film „Der Sprinter" von Christoph Böll ist bei den „Festspielen der Filmkomödie" in Vevey am Genfer See mit der „Canne d'Or" (Goldener Stab) als Hauptpreis ausgezeichnet worden. Den großen Preis der Publikumsjury erhielt der amerikanische Beitrag „Reuben, Reuben" von Robert Ellis Miller. Die Wahl wurde unter zehn Wettbewerbsfilmen aus neun Ländern getroffen.

Franz Anton Maulbertsch und sein Kreis in Ungarn

DW. Langenargen

Franz Anton Maulbertsch, der Meister spätbarocker Dekorationen im ungarischen Teil der Habsburgermonarchie, wurde anno 1724 in Langenargen am Bodensee geboren. Diese Tatsache war für das rührige Museum Anlaß, in Zusammenarbeit mit dem Museum der Bildenden Künste und der Nationalgalerie in Budapest sowie dem Museum für christliche Kunst in Esztergom die Ausstellung „F. A. Maulbertsch und sein Kreis in Ungarn" zusammenzubringen. Es sind zumeist religiöse Darstellungen. Dazu kommen – dem neuen Zeitgeschmack entsprechend – auch einige hübsche Genreszenen. Zur Ausstellung, die noch bis zum 30. September zu sehen ist, erschien ein umfangreiches Katalogbuch bei Thorbecke in Sigmaringen (196 S., 114 Abb., 29,80 Mark; im Buchhandel 48 Mark).

Um das Prestige der Lehrer zu heben

rst. Budapest

Ab September werden die Gehälter der rund 150 000 ungarischen Lehrer im Durchschnitt um zehn Prozent erhöht. Die ungarische Presse räumt in diesem Zusammenhang ein, daß diese Erhöhung im Vergleich zu den Preissteigerungen der letzten Zeit „verhältnismäßig bescheiden" sei. Ein anderer Aspekt der Gehaltserhöhung ist, daß man das Prestige des Lehrerberufes, das nach soziologischen Untersuchungen in den letzten Jahren abgenommen hat, verbessern wolle.

Peru-Ausstellung jetzt in der Schweiz

dpa, Schaffhausen

Die Ausstellung „Peru durch die Jahrtausende – Kunst und Kultur im Lande der Inka", die zuvor in der Essener Villa Hügel gezeigt wurde (s. WELT v. 2. 4. 84.), ist jetzt in Schaffhausen zu sehen. Mit rund 800 Ausstellungsstücken vermittelt sie im Museum Allerheiligen bis zum 25. November einen Eindruck von dieser bedeutenden amerikanischen Hochkultur. Der Katalog kostet 28 sfr., bei Postversand 35 sfr.

Umwelteinflüsse bedrohen Wagner-Büste

sch. Bonn

Die marmorne Richard-Wagner-Büste im Festspielpark von Bayreuth ist durch Luftverschmutzung bedroht. Deshalb soll sie durch einen Bronzeguß ersetzt werden. Dafür sind rund 30 000 Mark nötig. Die Bayreuther hoffen jedoch auf einen so reichen Spendensegen, daß die Bronzebüste schon im nächsten Jahr aufgestellt werden kann.

Kriegsschiffe sichern Unglücksstelle im Kanal

Kollision enthüllt seltsame Urangeschäfte Frankreichs

DIETER F. HERTEL, **Hamburg**

Die Schiffskollision vor der Scheldemündung, nach der am Samstag der französische Frachter „Mont Luis" (4210 BRT) gesunken ist, hat gleich eine ganze Reihe von weitgehend unbekannten Tatbeständen in das Licht der Öffentlichkeit gerückt: Wer wußte schon, daß auch eine deutsche Reederei am lukrativen Fährgeschäft über den Ärmelkanal beteiligt ist? Wem war klar, daß große Mengen radioaktiven Materials über die Seestraßen transportiert werden? Und wo war bekannt, daß zwischen Frankreich und der Sowjetunion ein Austausch von Uran stattfindet?

Die Hamburger Reederei Olau Line befährt seit 1981 regelmäßig die Strecke Vlissingen–Sheerness. Seit dem 5. Mai 1982 ist ihre zweite Jumofähre „Olau Britannia" im Einsatz. Sie kann ebenso wie ihr ein Jahr älteres Schwesterschiff „Olau Hollandia" auf jeder Fahrt 1200 Fahrgäste befördern.

Die Kollision ereignete sich am Sonnabend um 14.03 Uhr, etwa zwölf Seemeilen nördlich des belgischen Badeortes Ostende. Die „Olau Britannia" hatte um 12.00 Uhr in Vlissingen abgelegt. An Bord befanden sich knapp tausend Fahrgäste. Als ihr die „Mont Luis" von Backbord her vor den Bug lief, lief sie Marschfahrt von knapp 20 Knoten (37 km/h). Trotz des Maschinenkommandos „Alle Kraft zurück" bohrte sich die Fähre noch weit in die Steuerbordseite des Frachters.

Knapp vier Stunden hingen die beiden Schiffe verkeilt ineinander, ehe sie von Schleppern auseinandergezogen wurden. Die „Olau Britannia" konnte aus eigener Kraft ihre Reise fortsetzen. Das Schiff wird auch weiterhin seinen Fahrplan erfüllen, bis auf einer Werft ein Ersatz für die beschädigten Teile – Bugklappe, Rampe und Unterwasserwulstbug – bereitsteht.

Nach einer Stunde sank die „Mont Luis"

Die Beladung des Schiffes erfolgt einstweilen über die unversehrte Heckklappe. Einige bei der Kollision leicht beschädigte Autos auf dem Landedeck der „Olau Britannia" wurden in Sheerness sofort nach der Ankunft auf Kosten der Reedereien wieder fahrbereit gemacht.

Etwa eine Stunden nach der Trennung sank die „Mont Luis", die zuvor an den Rand des Fahrwassers geschleppt worden war. Was bis dahin so gut wie unbekannt war: Im Laderaum des Frachters lagen 30 Spezialbehälter mit je 15 Tonnen des Gases Uranhexafluorid. Dieses Gas ist radioaktiv. Wegen des hohen Behältergewichts ist nicht zu befürchten, daß sie an die Wasseroberfläche treiben. Dennoch wurde vorsorglich über Funk vor ihnen gewarnt.

Uranhexafluorid ist eine Uranverbindung, die dazu benötigt wird, die Uranisotope 235 und 258 voneinander zu trennen. Da sich die Isotope chemisch völlig gleich verhalten, kann eine Trennung nur erfolgen, wenn ihre minimalen Gewichtsunterschiede ausgenutzt werden. Sie betragen beim Uranhexofluorid ein knappes Prozent. In Hochgeschwindigkeitszentrifugen und auf ähnlichen Prinzipien beruhenden Apparaturen reicht das, um – nach vielfacher Wiederholung des Trennvorgangs – die gewünschte Absonderung der verschiedenen Atomarten des gleichen Elements zu erreichen.

Es ist nicht anzunehmen, daß die Bergung der Behälter aus dem in 15 Meter Wassertiefe liegenden Wrack der „Mont Luis" Schwierigkeiten bereiten wird. Schwer wird es den Verantwortlichen allerdings fallen, eine Erklärung dafür zu geben, daß solche Transporte stattfinden, ohne daß die Schiffahrt vor der gefährlichen Fracht gebührend gewarnt wird.

Die Öffentlichkeit stellt sich viele Fragen

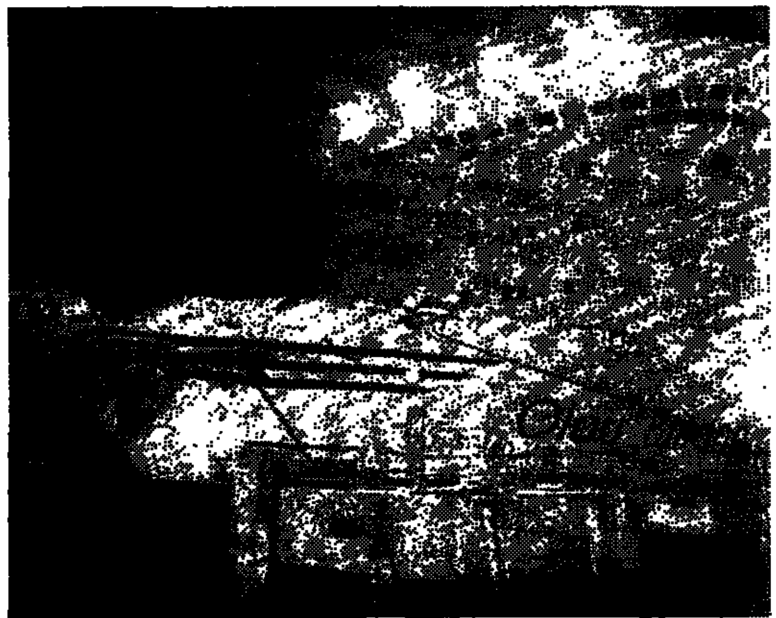
Für die Öffentlichkeit stellt sich auch die Frage, wieso 450 Tonnen Uranhexofluorid, die fast 370 Tonnen des *Kernbrennstoffes Uran enthalten*, aus der französischen Aufbereitungsanlage in La Hague ausgerechnet in ein sowjetisches Werk bei Riga verschifft wurden.

Die 30 Besatzungsmitglieder der „Mont Luis" waren vor der Trennung der beiden Kollisionsgegner trockenen Fußes auf die „Olau Britannia" übergestiegen. Ihr Kapitän hatte gegenüber Fährschiffskapitän Bohn nichts von seiner radioaktiven Fracht erwähnt.

Der Kanal gilt als die meistbefahrene Wasserstraße der Welt und als besonders schwieriges Fahrwasser, weil der in West-Ost-Richtung verlaufende Hauptverkehrsstrang von mehr als drei Dutzend Fährlinien gekreuzt wird.

Wenn, wie zur Unfallzeit, diesiges Wetter die Sicht verringert, kann ein kreuzendes Schiff leicht für einen Gegenkommer gehalten werden. Ausweichpflichtig ist in aller Regel, wer von links kommt. Doch bei ganz stumpfem Kreuzungswinkel herrscht darüber bisweilen Unklarheit...

Zwei *französische Kriegsschiffe*, das Patrouillenboot „Le Glaive" und der Minensucher „Hibiscus", halten seit gestern Wache in der Scheldemündung. Die beiden Schiffe entnehmen laufend Wasserproben, die zur Analyse nach Paris transportiert werden. „Bisher", so teilte die Marinepräfektur mit, „wurde keine Spur von Radioaktivität gefunden."



Die Unglücksursache ist noch ungeklärt: Der beschädigte Bug der Fähre „Olau Britannia" Stunden nach der Kollision. FOTO: AP

Die Killer kamen nach der Sonntags-Messe

In Neapel ist der dritte Camorra-Krieg ausgebrochen / Acht Opfer am ersten „Kampftag" / Gegenschlag erwartet

KLAUS RÜHLE, **Rom**

Der Krieg zwischen den konkurrierenden Camorra-Banden ist Sonntagmittag mit der Heftigkeit einer Eruption erneut ausgebrochen. Bei einer „Strafaktion" in Torre Annunziata bei Neapel kam es zu einem blutigen Raid, bei dem 15 Killer nach ersten Zeugenaussagen wahllos in die Menge schossen. Acht Menschen blieben tot auf dem Pflaster liegen. Sieben von ihnen hatten allerdings nach den neuesten Erkenntnissen der Polizei Kontakt zur napolitanischen Unterwelt. „Irrtümlich" ist demnach offenbar nur ein Passant ermordet worden.

Die Killer kamen nach dem Kirchgang. Sie parkten ihren gestohlenen Kleinbus im Zentrum des Ortes, vis-à-vis der Espresso-Bar, die von Ca*morristen* benutzt wird, und der Hauptkirche. Vor der Bar saßen mehrere Mitglieder des Clans von Valentino Gionta, dem seit einiger Zeit untergetauchten örtlichen Camorra-Boß. Aus der Kirche strömten gerade die Gläubigen...

Da sprangen die gedungenen Männer aus ihrem Versteck. Aus Maschinenpistolen schossen sie wie wild in Richtung Espresso-Bar. In dem Chaos suchten schreiende Frauen und Kinder Rettung in der Kirche. Das Gemetzel ohne Gegenwehr dauerte drei Minuten. Die Männer hatten trotz allem genau gezielt. Sieben der acht Opfer waren „gemeint". Zu den Unschuldigen zählen ein Passant und zehn Verletzte, darunter zwei Kinder. Von dem Manipel der Killer fehlt jede Spur. Zurück blieb lediglich der Kleinbus.

Mit der Bluttat von Torre Annunziata hat der dritte Camorra-Krieg von Neapel begonnen. Der erste erreichte seinen Höhepunkt Anfang der siebziger Jahre. Kontrahenten waren die sogenannte „Marseiller Bande" und eine sizilianische Schmugglerorganisation. Streitobjekt war damals die Vorherrschaft um den Zigaretten-Schmuggel. Der zweite Bandenkrieg von Neapel entbrannte in den Jahren 1979 bis 1982 zwischen der „Neuen Camorra-Organisation" von Raffaele Cutolo und seinen zahlreichen Konkurrenten, die sich in der „Neuen Familie" zusammengeschlossen hatten. Streitobjekt war der Drogenhandel geworden. Die Verhaftung Cutolos brachte Verwirrung in die Reihen der Bandenmitglieder, die sich neu organisierten. Nebenfiguren wollten das Vakuum ausfüllen und selbst Boß spielen.

Der Rauschgifthandel, heute bei weitem die wichtigste Einnahmequelle von Camorra und Mafia, geriet in neue Hände. Eine der neuen Figuren, Valentino Gionta, pendelte solange zwischen beiden Gruppen hin und her, bis er es mit allen Seiten verdorben hatte.

Die Strafaktion vom Sonntag scheint von den Erben Cutolos organisiert worden zu sein. Als sicher darf nur gelten, daß das Gemetzel von Torre Annunziata nicht ohne Antwort bleiben wird. Denn nach den ungeschriebenen Gesetzen der Camorra wie der Mafia werden solche Bluttaten mit entsprechender Münze heimgezahlt.

Die italienische Presse bringt unter Balkenüberschriften seitenlange Berichte über die Schlacht von Torre Annunziata und erinnert daran, daß allein in der Provinz Neapel in fünf Jahren 700 Menschen dem Bandenkrieg zum Opfer gefallen sind. In den Kommentaren wird die totale Abwesenheit des Staates beklagt. Der römische „Messaggero" stellt entsetzt fest, daß in der Camorra-Provinz eine Art Niemandsland inmitten eines demokratischen Staatswesens entstanden ist.

In der Tat hat sich die Regierung in *Rom bisher trotz einiger* Teilerfolge und zahlreicher Verhaftungen dem Phänomen der Camorra und der Mafia gegenüber als machtlos erwiesen. Während der italienische Staat mit den roten und schwarzen Brigaden fertig geworden ist, fehlt es ihm offensichtlich an Mitteln, Männern und Methoden, um des organisierten Verbrechertums in Süditalien Herr zu werden. Italiens Polizeichef Giuseppe Porpora hat jetzt eine „entschiedene Antwort des Staates" mit „verstärktem Personaleinsatz und anderen Mitteln" versprochen. Italiens öffentliche Meinung hofft, daß das Versprechen diesmal eingelöst wird.



„Planten un Blomen" – eine Institution erlebt ihr Jubiläum nicht in bester Verfassung. FOTO: ANDREAS LAIBLE

Hamburger „Diva" kommt in die Jahre

GISELA SCHÜTTE, **Hamburg**

„Planten un Blomen" wird 50 Jahre alt. Zum Geburtstag der Hamburger Parkanlage am 1. September soll ein Volksfest dem Garten breite Besucherströme bringen. Einbezogen in die Bürgerfete wird der benachbarte Wallringpark, der 150 Jahre alt wird.

„Planten un Blomen", einst eine Sehenswürdigkeit, ist in die Jahre gekommen. Eine „Diva" mit Falten. Heute bildet die Anlage zusammen mit Botanischem Garten und Wallringpark das Ensemble eines Stadtparks, wie es viele Städte inzwischen haben. Trotzdem ist „Planten un Blo*men" Anziehungspunkt geblieben.* Der Musikgarten zu Füßen des Congress Centrums und des Plaza Hotels zaubert weiterhin Kurpark-Atmosphäre und lockt unzählige Hamburger während der Mittagspausen an.

„Planten un Blomen" liegt auf geschichtsträchtigem Terrain, das auf die Apothekergärten des 13. Jahrhunderts zurückgeht. Die Wälle der Stadt boten den Hanseaten seit dem 17. Jahrhundert Wege im Grünen für den Sonntagsspaziergang. Als die Befestigungsanlagen zu Beginn des 19. Jahrhunderts geschleift wurden, entstand an ihrer Stelle eine langgestreckte Grünanlage, die aber seit 1934 nach und nach für wichtige Bauten wie den Hauptbahnhof „gekürzt" wurde.

In diesem Grüngürtel legte man um 1820 auch den Botanischen Garten an. Sieben Jahre später wuchsen in diesem lebendigen Museum schon an die 7000 Pflanzenarten. 50 Jahre später, 1876, blühten im Haus der Orchideen rund 3000 verschiedene Arten.

Auf dem Gelände daneben lag ein großes Gräberfeld. Hier wurden die Pestopfer des Jahres 1713 begraben. In der Aufbruchstimmung des 19. Jahrhunderts wurde auf diesem einstigen Friedhof 1863 der Zoologische Garten eröffnet. Dank Privatinitiative. Vor allem das Gelände um die romantische Eulenburg wurde bald zum verschwiegenen Treffpunkt...

Als erster Direktor des Zoologischen Gartens arbeitete ein gewisser Alfred Brehm in der Abgeschiedenheit eines kleinen Hauses an seiner wissenschaftlichen Unsterblichkeit: „Brehms Tierleben" – längst ein Klassiker. Heute erinnert nur noch die „Eulenschänke" in „Planten un Blomen" an den alten Zoo.

Futtermangel und Verwahrlosung während des Ersten Weltkrieges, zugleich aber auch die Konkurrenz durch Hagenbecks Tierpark trugen zum Niedergang des Zoologischen Gartens bei, dessen Tore sich 1930 schlossen. Im Herbst '34, nunmehr vor 50 Jahren, setzte der Gartengestalter Karl Plomin auf dem verwahrlosten Zoogelände die Schaufel an für einen neuen Park. Nach knapp einem Jahr war die niederdeutsche Pflanzenschau „Planten un Blomen" fertig. Die Anlage mit ihren strohgedeckten Häusern, Teichen, Vogelvolieren und dem alten Brehm-Haus begeisterte alle Welt. Schrebergartenbesitzer gingen mit Bleistift und Block von Beet zu Beet.

Nach dem Zweiten Weltkrieg notierte man in „Planten un Blomen" Besucherrekorde. Auch Ausländer lernten, den schwierigen Namen für Taxifahrer verständlich richtig auszusprechen. Die Internationale Gartenbau-Ausstellung (IGA) bot 1953 neben Blüten und *exotischen Pflanzen* den rund 50 Meter hohen, gläsernen und abends beleuchteten Philipsturm, der inzwischen abgebrochen wurde, als Sehenswürdigkeit sowie den größten Kinderspielplatz der Welt.

Zehntausende bestaunten abends das romantische Spiel von Licht, Farben, Wasser und Bewegung zur Musik, wenn die Wasserlichtorgel ihre Vorstellung gab. Eine Nachbildung der kunstreichen Fontänenspiele wurde unter anderem für den arabischen Königspalast in Riad angefertigt.

Noch zweimal, 1963 und 1973, gastierte die IGA in „Planten un Blomen" und im angrenzenden Wallringpark. Doch damit hatte der Garten seinen Kulminationspunkt überschritten. Zwar wurde das Gelände noch mehrmals der fortschrittlichen Gartenmode entsprechend neu „gestylt", doch dann wurde der Park zugunsten des Congress Centrums um 13 000 Quadratmeter verkleinert. Daraufhin tauften ihn die Hamburger um in „Beton und Blomen".

Weltreisen und Fernsehen haben ein übriges getan, exotischen Blüten und Pflanzen einiges ihrer Anziehungskraft zu nehmen. Kurkonzert und Wasserorgel stehen nun mal gegen Krimi und Dallas schlecht da. Und ein Kinderspielplatz ohne Mikkymaus und Riesen-Looping ent*lockt auch Hamburgs Jüngsten nur* noch bedingt Begeisterungsstürme.

Kommt hinzu, daß sich der Geschmack der Gartenbesucher gewandelt hat. Statt breiter Betonwege und abgezirkelter Rasenflächen ist Wildwuchs wieder „in".

So, wie die Gartengestalter sich die Geburtstagsfeier der „alten Dame" gedacht haben, könnte man als Besucher schon ins Grübeln geraten. Lassen sich die Wege wirklich nicht – dem Zug der Zeit entsprechend – ein wenig verwunschener gestalten? Könnte man die alte Dame „Planten un Blomen" nicht dadurch wieder mehr ins Gespräch bringen, indem man sie mit ein bißchen Okö-Idylle „aufpeppt"?

Sieben Türken in brennender Wohnung getötet

dpa, **Duisburg**

Bei einem Brand in einem Wohnhaus in Duisburg sind sieben Türken, *darunter vier Kinder, getötet und* 23 türkische Bewohner verletzt worden. Ein Junge und eine Frau sprangen aus Angst vor den Flammen aus der zweiten Etage in den Tod. Die anderen fünf Bewohner, die vom Feuer im Schlaf überrascht wurden, verbrannten. Ein etwa acht Jahre alter Junge seilte sich buchstäblich in letzter Sekunde mit Bettlaken aus dem brennenden Gebäude ab. Nach den ersten Ermittlungen war das Feuer im hölzernen Treppenhaus des zweieinhalbgeschossigen Gebäudes ausgebrochen. Dieser einzige Fluchtweg war für die Bewohner allerdings mit Möbeln und anderem brennbaren Material zugestellt. Fünf Minuten nach Auslösung des Alarms war die Feuerwehr am Brandort. Zu diesem Zeitpunkt, so ein Sprecher, brannte die zweite Etage jedoch schon lichterloh. Das Feuer in Duisburg gehört zu den schwersten Unglücken dieser Art in Deutschland. Die größte Brandkatastrophe ereignete sich in einer Klinik in Achern/Baden am 25. Mai 1980, als neun Patienten ums Leben kamen.

Lollo-Villa beraubt

dpa, **Rom**

Zwei bewaffnete Gangster sind in Rom in die Villa der italienischen Filmschauspielerin Gina Lollobrigida eingedrungen und haben Bargeld sowie Wertsachen erbeutet. Die beiden Räuber hatten zwei Gäste zur Herausgabe von 400 Pfund Sterling (rund 1500 Mark) und einigen Schmuckstücken gezwungen. Die Schauspielerin befand sich zum Zeitpunkt des Einbruchs im Ausland.

Ergebnislose Obduktion

AFP, **Los Angeles**

Die Obduktion des bei Los Angeles verstorbenen amerikanischen Schriftstellers Truman Capote hat keine Ergebnisse erbracht. Es wurde lediglich festgestellt, daß Capote an Epilepsie litt. Durch weitere toxikologische Untersuchungen soll allerdings noch ermittelt werden, ob der Schriftsteller vor seinem Tod Alkohol oder Medikamente eingenommen hatte.

Stiftung gegründet

dpa, **London**

Die Eltern des herzkranken Babys Hollie Roffey, das 18 Tage nach der Einpflanzung eines neuen Herzens an Lungenversagen starb, haben eine Stiftung gegründet, mit der *herzkranken Kindern geholfen werden* soll. Der finanzielle Grundstock für die Hollie-Roffey-Stiftung ist das Geld, das Tony und Janet Roffey von der Zeitung „News of the World" als Honorar für die Exklusiv-Rechte zur Veröffentlichung der Lebensgeschichte Hollie Roffey's erhielten.

Von Taxi überrollt

dpa, **Idar-Oberstein**

Ein auf der Straße schlafender 22jähriger US-Soldat ist in Idar-Oberstein von einem Taxi überrollt und tödlich verletzt worden. Der Soldat war zusammen mit einem Kameraden am frühen Morgen auf dem Rückweg in die Kaserne offenbar von der Müdigkeit übermannt worden.

Wal in der Falle

AP, **Edinburgh**

Vierundzwanzig Stunden lang saß in einer schottischen Meeresbucht ein 15 Meter langer Buckelwal gefangen, bevor er in einer aufwendigen Rettungsaktion von Tauchern befreit werden konnte. Der in einem Netz verstrickte Meeressäuger gab bellende Laute von sich und peitschte verzweifelt das Wasser.

Führerschein auf Probe

dpa, **Bonn**

Der von der Bundesregierung angestrebte „Führerschein auf Probe" wird nach Auffassung der Deutschen Verkehrswacht nicht vor 1986 eingeführt. Bei den Beratungen zur Führerschein-Neuregelung plädiere die Verkehrswacht für eine generelle Weiterbildung aller Fahranfänger.

Posthume Hochzeit

SAD, **Paris**

Dank einer Sondergenehmigung von Staatspräsident *François Mitterrand* darf Martine Alligant, 34, Besitzerin einer Krankentransportfirma, demnächst einen Toten heiraten, den erschossenen Polizisten Claude Hochard. Der 31jährige Beamte war im November 1983 im Pariser Park Bois de Boulogne von dem Mörder Lionel Cardin erschossen worden, als er dessen Papiere überprüfen wollte. Martine Alligant und Claude Hochard wollten am 14. Januar 1984 heiraten.

ZU GUTER LETZT

„Ein umfangreicher Teil des von den deutschen Nationalsozialisten während des Zweiten Weltkriegs in Norwegen eingesetzten Ministerpräsidenten Vidkun Quisling ist auf dem Dachboden eines Wohnhauses in Oslo gefunden worden", berichtet die „Süddeutsche Zeitung" in ihrer Montag-Ausgabe.

WETTER: Störungsfrei

Wetterlage: Das Wetter im nordöstlichen Deutschland wird von trockener Luft bestimmt, während die übrigen Gebiete Deutschlands im Bereich feuchter Warmluft liegen.

27. August 1984, nachm.
Deutscher Wetterdienst

Vorhersage für Dienstag:

In ganz Deutschland nach Auflösung von Nebel- und Hochnebelfeldern teils heiter, teils wolkig. Im Südwesten vereinzelt noch Schauer. Später im Norden Durchzug starker Wolkenfelder, aber noch trocken. Höchsttemperaturen bei 23 Grad. Nächtliche Tiefstwerte um 12 Grad.

Weitere Aussichten:

Am Mittwoch im Norden aufkommende Regenfälle, auch im Westen wolkiger, aber vorerst niederschlagsarm. Im Süden wolkig mit Aufheiterungen.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	18°	Kairo	29°
Bonn	17°	Kopenh.	21°
Dresden	19°	Las Palmas	24°
Essen	16°	London	21°
Frankfurt	18°	Madrid	24°
Hamburg	20°	Mailand	24°
List/Sylt	20°	Mallorca	21°
München	16°	Moskau	10°
Stuttgart	20°	Nizza	25°
Algier	26°	Oslo	15°
Amsterdam	19°	Paris	20°
Athen	28°	Prag	19°
Barcelona	25°	Rom	24°
Brüssel	18°	Stockholm	15°
Budapest	18°	Tel Aviv	31°
Bukarest	24°	Tunis	27°
Helsinki	13°	Wien	19°
Istanbul	21°	Zürich	18°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 6.30 Uhr, Untergang: 20.15 Uhr; **Mondaufgang:** 9.47 Uhr, Untergang: 21.42 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

LEUTE HEUTE

Kleider-Macher

Der französische Modeschöpfer **Pierre Cardin** wird die Piloten und Stewardessen der ungarischen Fluggesellschaft Malev neu einkleiden. Nach einem Bericht der ungarischen Nachrichtenagentur MTI bekam der Pariser Couturier den Auftrag. Cardin hat erst kürzlich im Zentrum von Budapest eine Boutique eröffnet.

Lady Di's Verwandte

Was haben **Nancy Reagan** und **Richard Nixon** mit mindestens 20 Millionen anderen Amerikanern gemeinsam? Sie alle sind mit Prinzessin **Diana**, der Frau des britischen Thronfolgers, verwandt. Dies berichten die amerikanischen Ahnenforscher **William Addams Reitwiesner** und **Gary Boyd Roberts** in ihrem in Kürze erscheinenden Buch „American Ancestors and Cousins of the Princess of Wales". Roberts: „Wir nennen in unserem Buch nur die 500 nächsten amerikanischen Verwandten des fünften Grades von einfachen Arbeitern bis zum Präsidenten. Im sechsten bis zwölften Grad sind mindestens 20 Millionen Amerikaner mit ihr verwandt."

Jagd nach dem Gold des Meeres

Sylter Feriengäste entdecken neuen Freizeitsport: Die Suche nach Bernsteinen

PETER ZERBE, **Sylt**

Auf der deutschen Nordseeinsel Sylt ist das „Bernsteinfieber" ausgebrochen: Zahlreiche Urlauber und Einheimische nutzen die Chance, das „Gold des Meeres" zu finden. Durch die umfangreichen Sandaufspülungen am Westerländer Hauptstrand, wo Sand vom weit draußen liegenden Meeresboden über große Rohrleitungen hin gepumpt wird, um die von *den Frühjahrsstürmen abgetragenen* Sandmengen wieder aufzufüllen, werden angeblich Bernsteine mit aufgespült.

„Mensch, is dat wat, Vadder", tönt eine Ruhrgebietsstimme unüberhörbar. Der so aufgeforderte Ehemann tritt in die schwarze Brühe und sucht nach braunen Steinchen. „Da kannst'e ja nicht gucken durch", antwortet er und wirft den milchigen Kiesel wieder ins Wasser.

Große Schilder warnen davor, das Spülfeld zu betreten. Für die Urlauber gibt es endlich mal eine Abwechslung. Da bekanntlich probieren über studieren geht, interessiert sich kaum einer für die Schilder, zumal schwere Planierraupen schon über die frisch aufgespülten Sände fahren und sogar während des Spülvorgangs unmittelbar vor dem Spülkopf arbeiten. Für die Schatzsucher gibt es kein Halten mehr.

Um an die kostbaren Steine zu kommen, lassen sich die Bernsteinsucher sogar von der dunklen Brühe berieseln. An der Strandpromenade stehen Duschen.

Kurdirektor Johannes Schmidt hatte schnell reagiert, als es Beschwerden von den Kurgästen gab. Weil das Wasser durch die Aufspülungen nicht mehr so klar ist, ließ er am Strand die zusätzlichen Duschen installieren. „Das Problem haben wir sofort gelöst", versichert der gebürtige Berliner, der seit vier Jahren der Kurverwaltung vorsteht.

Die Nackten und auch die Halbnackten kommen in den letzten Tagen voll auf ihre Kosten. Auf der Insel ist immer etwas los. Sei es bei den Partys der Jet-set-Mitglieder in Kampen oder den Punkern, die mal hier und mal dort plötzlich auftauchen und eben so schnell wieder verschwinden.

Am Strand sind jedenfalls alle Urlauber gleich. Ein Gold- oder Platinkettchen um die Hüfte, die Taille oder am Fuß sowie eine Nobeluhr am Handgelenk, die sowohl dem Seewasser als auch dem feinen Sand standhält, lassen erahnen: Geld spielt hier keine Rolle.

Die Wirte sind großzügiger geworden. Wer als Mädchen passabel aussieht, darf auch schon mal mit knappem Sonnentop und Bikini-Höschen abends zum Essen gehen. Was am Strand begann, pflanzt sich langsam im „Hinterland" fort. Barbusige Gäste dagegen sind auch heute nur bei privaten Anlässen gefragt, wenn die Schickeria unter sich ist.

Ein Verkäufer von Bernsteinketten sieht noch keinen neuen Boom. „Eine schöne Kette", so sagt er, „kostet um die 2000 Mark. Und die hat nicht jeder. Aber wer sie trägt, hat sie passend zum Teint des Dekolletés."

Über das „Bernsteinfieber" hat er nur abschätzige Worte übrig: „Vielleicht findet der eine oder andere ja mal einen Stein. Zur Kette wird es nicht reichen. Mir hat jedenfalls noch keiner einen Stein vorgelegt."